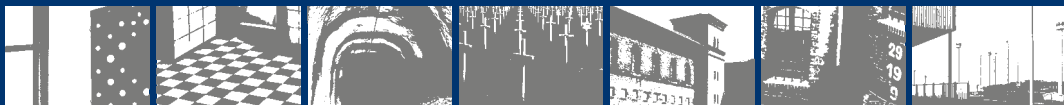




Erinnern!

Aufgabe, Chance, Herausforderung.

1 | 2024



STIFTUNG GEDENKSTÄTTEN SACHSEN-ANHALT

1933

1945

1989

Editorial	
Kai Langer	1
Jüdisches Leben stärken – Sachsen-Anhalt gegen Antisemitismus	
Wolfgang Schneiß	3
Rede des Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland zur Eröffnung der Neuen Synagoge Magdeburg am 10. Dezember 2023	
Josef Schuster	21
Rede der Bürgermeisterin der Hansestadt Gardelegen zu Gedenkveranstaltung anlässlich des 79. Jahrestages des Massakers von Gardelegen am 14. April 2024	
Mandy Schumacher	26
100 Jahre Reichsbanner	
Benjamin Ziemann	33
Geschichtskultureller Wandel nach 1990. Grenzinformationsstellen und Grenzgedenkstätten im Vergleich	
Jan Matthias Hoffrogge	45
Erinnerung 2.0: Künstliche Intelligenz und die Aufarbeitung der DDR-Geschichte	
Felix Ludwig	65
Das „streikende Klassenzimmer“ an der Humboldt-Schule in Magdeburg 1961	
Frank Stucke, Wolfgang Bischoff	75
Nachruf auf Batsheva Dagan (1923 – 2024)	
Cornelia Habisch	90

Vernetzung der Opposition in den Staaten des sozialistischen Lagers	98
Ulrike Poppe	

Verhaftet im „Bruderland“ – Fluchtversuche von Menschen aus dem Bezirk Halle über Drittstaaten	109
Niklas Poppe	

(K)eine Schwachstelle im Eisernen Vorhang? Zur Bedeutung von Flüchtlingen aus europäischen sozialistischen Staaten für die Grenzsicherung der DDR	120
Felix Ludwig	

Ausländische Staatsangehörige in Haft des Ministeriums für Staatssicherheit in Magdeburg	127
Daniel Bohse	

Aus der Arbeit der Stiftung

Mein Urgroßvater war ein Täter – Franz Beckers Lebensweg in zwei diktatorischen Systemen	140
Lilli Hietschold	

„Die Auswirkungen politischer Haft in der SBZ/Sowjetunion auf die nach- folgenden Generationen der Angehörigen“ – Tagung der Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion am 20./21.4.2024 in Halle (Saale) in Kooperation mit der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)	156
Edda Ahrberg	

Neue Leiterin der Gedenkstätte Bernburg:

Judith Gebauer folgt auf Ute Hoffmann

Kai Langer

163

Neuer Leiter der Gedenkstätte Gardelegen:

Stefan Winzer tritt die Nachfolge von Andreas Froese an

Kai Langer

166

Liebe Leserinnen und Leser,

weil unser „Erinnern!“ im vergangenen Jahr nur einmalig erschien, melden wir uns mit der Ausgabe 1 | 2024 wieder zurück. Wie das Titelbild der unter Polizeischutz stehenden neuen Synagoge in Dessau bereits andeutet, beschäftigen wir uns darin u.a. mit jüdischem Leben und dessen Bedrohungen heute. Den traurigen Anlass dafür lieferte der Großangriff der Hamas auf Israel vom 7. Oktober 2023. In einer offiziellen Erklärung zu dem Terrorakt hat die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt ihre volle Solidarität mit dem jüdischen Staat erklärt und dessen Recht auf Selbstverteidigung betont. Mit Blick auf Deutschland wurde verlautbart: „Weil auch bei uns [...] Israelfeindschaft, Judenhass und Antisemitismus keinen Platz haben dürfen, müssen antisemitische Hetze auf der Straße und im Netz sanktioniert, jüdische Einrichtungen und jüdisches Leben geschützt und historisch-politische Bildungsangebote gestärkt werden“.¹

In seinem Leitartikel zu dieser Ausgabe skizziert Wolfgang Schneiß, Ansprechpartner für jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt und gegen Antisemitismus, die Entwicklung im Land seit dem Terroranschlag auf die Synagoge und einem Döner-Imbiss in Halle vom 9. Oktober 2019. Auch mit Unterstützung des Landes hat sich seither vieles zum Positiven verändert. Symbolisch dafür stehen die beiden 2023 eingeweihten Synagogenbauten in Dessau und Magdeburg.

Anlässlich der Eröffnung der neuen Synagoge in der Landeshauptstadt am 10. Dezember ging Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, auf die wechselvolle Geschichte der Magdeburger Juden ein. In seiner hier dokumentierten Rede findet er trotz aktuell bedrohlicher Entwicklungen Worte kämpferischer Zuversicht: „Jede selbstverständliche Religionsausübung ist ein Schritt in Richtung ‚Normalität‘. Und unter Normalität begreife ich die Erfahrung eines absehbaren und ritualisierten Alltags. Diese Erfahrung ist vielen Jüdinnen und Juden in den letzten Wochen entrissen worden. Heute holen sie wir uns ein Stück weit zurück.“

Mit einem sehr persönlichen Nachruf erinnert Cornelia Habisch, stellvertretende Direktorin der Landeszentrale für politische Bildung, an die kürzlich verstorbene Holocaust-Überlebende Batsheva Dagan. Diese war nicht nur als aktive Zeitzeugin, sondern als Pädagogin und Psychologin eine herausragende Persönlichkeit, die sich – nicht zuletzt in Sachsen-Anhalt – großes Ansehen für die Verständigung zwischen Deutschen

und Israelis, zwischen Juden und Nichtjuden erworben hat. Dass diese Wertschütze auf Gegenseitigkeit beruhte, zeigt der Umstand, dass Frau Dagan sich nach dem Mord an der Hamas in Magdeburg in Sicherheit brachte, bevor sie kurz darauf in ihrer Heimat ihre letzte Ruhe fand.

Eine Reihe weiterer Texte dieser Ausgabe entstand im Kontext des vorangegangenen Halle-Forums, des landesweit größten Treffens ehemaliger politischer Häftlinge. Die zweitägige Veranstaltung im November 2023 widmete sich „Proteste[n] hinter dem ‚Eisernen Vorhang‘“. Dazu finden Sie in diesem Heft eine kleine Nachlese. Die Auswahl der hier dokumentierten Beiträge von Ulrike Poppe, Niklas Poppe, Felix Ludwig und Daniel Bohse thematisiert die Vernetzungsbemühungen zwischen Oppositionsgruppen verschiedener Ostblockstaaten, die Fluchtversuche von Menschen aus dem Bezirk Halle über Drittstaaten, die Bedeutung von Flüchtlingen aus sozialistischen Staaten für die DDR-Grenzsicherung sowie die Schicksale ausländischer Untersuchungshäftlinge in den Fängen der Magdeburger Bezirksverwaltung für Staatssicherheit.

Neben weiteren Texten zur DDR-Geschichte, die u.a. Fragen Methoden der Vermittlung beleuchten, lege ich Ihnen den Beitrag von Benjamin Ziemann ans Herz. Mit seinem am 22. Februar 2024 im Landtag gehaltenen Festvortrag erinnerte er an die Gründung des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“ in Magdeburg vor genau 100 Jahren. Aus Sicht des an der Universität Sheffield lehrenden Historikers lohnt es sich, gerade heute an die Geschichte der von Sozial-, Liberal- und Christdemokraten gegründeten Organisation zum Schutz der Weimarer Republik zu erinnern: Die „Verteidigung der Demokratie gegen ihre Gegner und Verächter [...] kann nur dann gelingen, wenn die wichtigsten Institutionen des parlamentarischen Staates intakt und voll funktionsfähig sind.“

Auch in diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine spannende und erkenntnisreiche Lektüre.



Dr. Kai Langer

Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt

Anmerkungen

- 1 „Wir stehen solidarisch an der Seite Israels“, Pressemitteilung der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt vom 13.10.2023.

Jüdisches Leben stärken – Sachsen-Anhalt gegen Antisemitismus

Wolfgang Schneiß

1

Jüdisches Leben gehört seit über tausend Jahren zur Region des heutigen Landes Sachsen-Anhalt. Diese reichhaltige Tradition gilt es zu bewahren und an vielen Stellen neu sichtbar zu machen. Zugleich ist auch unsere Region von einer langen, beschämenden Tradition des Antisemitismus geprägt.

In den zurückliegenden Jahrzehnten entfaltet sich glücklicherweise auch in unserem Land jüdisches Leben wieder neu. Im Jahr 2023 wurden zwei neue Synagogen eingeweiht, eine in Dessau-Roßlau und eine in Magdeburg. Die jüdische Gemeinschaft ist heute ein fester Bestandteil unseres gesellschaftlichen Lebens. Doch der Terroranschlag vom 9. Oktober 2019 auf die Synagoge in Halle (Saale) offenbarte die mörderische Dimension des Antisemitismus einmal mehr auf erschütternde Weise.

Vor diesem Hintergrund hat sich die Landesregierung die Stärkung des jüdischen Lebens und den Kampf gegen jede Form von Antisemitismus in besonderer Weise in ihre Agenda geschrieben. Beides gehört zusammen und bildet den Rahmen für das „Landesprogramm für jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt und gegen Antisemitismus“, das am 6. Oktober 2020, ein Jahr nach dem Terroranschlag, erstmals beschlossen wurde. Das Programm sollte unterstreichen, dass der Einsatz für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus alle Bereiche der Landespolitik, letztlich unserer ganzen Gesellschaft betrifft. Damit sollte auch einer Engführung entgegengewirkt werden, die nach dem Terroranschlag – nachvollziehbar, aber eben doch zu einseitig – die Bemühungen auf die Felder von Polizei und Justiz fokussiert.

Diesen übergreifenden Ansatz in Sachsen-Anhalt unterstreicht auch die Tatsache, dass die zentrale Federführung für alle Bemühungen des Landes in der Stabsstelle eines „Ansprechpartners für jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt und gegen Antisemitismus“ gebündelt ist, der der Staatskanzlei und dort unmittelbar dem Ministerpräsidenten zugeordnet ist. Unter seiner Leitung hat die Landesregierung am 21. November 2023 ein umfassendes Programm-Update verabschiedet und im Januar 2024 öffentlich

vorgestellt. Dahinter steht die Überlegung, dass ein solches Programm immer wieder evaluiert und fortgeschrieben werden muss, um Ziele nachzujustieren und die Bemühungen am Laufen zu halten.

Das Programm-Update bilanziert bisher Erreichtes, aber auch Nicht-Erreichtes und steckt vor allem neue Ziele bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode im Jahr 2026. Deutlich wird darin, dass in den letzten Jahren viele fruchtbare Initiativen entstanden sind, Vertrauen gewachsen ist, manches Positive geschieht. Aber die Schlussphase seiner Erstellung stand bereits im Schatten des Terrorangriffs der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und seiner furchtbaren Folgen. Dieser Angriff markiert neuerlich eine tiefgreifende Zäsur. Er beeinflusst die Situation der jüdischen Gemeinschaft weltweit, auch in Deutschland, auch in Sachsen-Anhalt in hohem Maße sowie alle Bemühungen zu ihrer Unterstützung.

So zeigt sich auf ebenso bedrückende wie herausfordernde Weise: Beides gehört tatsächlich zusammen, lässt sich nicht trennen, schon gar nicht gegeneinander ausspielen. Wenn wir von jüdischem Leben sprechen, können wir über Antisemitismus nicht schweigen – und umgekehrt. Im Folgenden wird – mit starkem Bezug zum erwähnten Landesprogramm, dieses teilweise auch zitierend – dargelegt, worin aus Sicht der Landesregierung die künftigen Herausforderungen liegen, gerade im Licht des 9. Oktober 2019 wie des 7. Oktober 2023¹.

2

Die jüdische Gemeinschaft stellt in Sachsen-Anhalt nur eine sehr kleine Minderheit dar. Sie erfuhr eine Neubelebung ab Anfang der 90er Jahre mit dem Eintreffen der sogenannten Kontingentflüchtlinge aus der ehemaligen Sowjetunion, nachdem das jüdische Leben zu DDR-Zeiten fast erloschen war. Etwa zur Hälfte ist sie in religiösen Gemeinden organisiert. Damit ist die Situation in Sachsen-Anhalt nicht anders als in Deutschland insgesamt, wenn man von wenigen großen Gemeinden in großen Städten absieht.

Wichtig ist zu beachten: Jüdisches Erbe in unserem Land und jüdisches Leben heute fallen extrem auseinander. Zwischen Vergangenheit und Gegenwart bestehen kaum Berührungspunkte. Die Wahrnehmung innerhalb der Gemeinden für die lange Geschichte des jüdischen Lebens in Sachsen-Anhalt muss erst allmählich wachsen.

Zurzeit gibt es drei Gemeinden in Dessau-Roßlau, Halle und Magdeburg, die der Orthodoxen Rabbinerkonferenz verbunden sind und einem Landesverband angehören, der auch einen Landesrabbiner berufen hat, sowie eine Gemeinde in Magdeburg, die der liberal ausgerichteten Allgemeinen Rabbinerkonferenz verbunden ist. Der Landesverband ist das zentrale Bindeglied zur Landesregierung, wobei diese erwartet, dass er auch die Interessen der ihm nicht angehörenden Gemeinde angemessen vertritt.

Der Landesverband ist auch der Vertragspartner der Landesregierung bei einem Staatsvertrag, der die Beziehungen zueinander grundlegend festlegt, nicht zuletzt die Staatsleistungen, die das Land jährlich an die Gemeinschaft leistet, in Analogie zu den Leistungen an die beiden großen Kirchen. Der Vertrag wurde vor 30 Jahren, im März 1994, geschlossen und im Jahr 2006 überarbeitet. Er wird bei gegenseitigem Einvernehmen jeweils um fünf Jahre verlängert, das nächste Mal im Jahr 2026. Aus Sicht der Landesregierung bildet er eine gute Grundlage für das gegenseitige Miteinander.

Wichtiger als jeder Vertrag ist das wirkliche Leben. Seine Entfaltung muss aus den Gemeinden selbst heraus erwachsen. Die Synagogen und Gemeindehäuser, ob neu errichtet oder schon alt, sollen mit Leben erfüllt werden. Das richtet den Blick vor allem auf die junge Generation. Inzwischen ist nämlich auch in Sachsen-Anhalt wieder eine zweite und dritte Generation von Jüdinnen und Juden herangewachsen. Sie wollen natürlich vor allem ganz normal und unbehelligt leben, dazugehören, ihr Leben so leben, wie sie selbst es möchten. Dazu gehört im Übrigen auch, dass sie ihr Jüdischsein nach eigenen, oftmals sehr unterschiedlichen Vorstellungen leben möchten. Sie wollen nicht in bestimmte Rollen gedrängt werden. Gleichwohl erleben sie Antisemitismus als eine alltägliche Erfahrung.

Wichtig ist es auch, wahrzunehmen, dass in unserem Land viele Jüdinnen und Juden leben, die nicht zu einer Gemeinde gehören. Einige organisieren sich in Vereinen mit jüdischer Prägung, insbesondere zur Kultur- und Gemeinschaftspflege. Andere fühlen sich keiner Organisation zugehörig, wollen auch nicht als jüdisch oder israelisch wahrgenommen werden, aus ganz unterschiedlichen Gründen. Aber auch hier gilt: Sie sind in der Regel auf die eine oder andere Weise mit Antisemitismus konfrontiert.



Prozession zur Überführung der Thorarolle in das Gebäude der Neuen Synagoge Magdeburg, 8. Dezember 2023

3

Die Landesregierung versucht auf vielfältige Weise das jüdische Leben in Sachsen-Anhalt zu stärken. Wichtige Themen waren in den letzten Jahren natürlich die beiden Synagogenbau-Projekte, aber zum Beispiel auch die Berufung eines Polizeirabbiners, das kleine Pflänzchen eines jüdischen Religionsunterrichts als Pilotprojekt, die Berufung eines zivilgesellschaftlichen Beirats für das jüdische Leben oder die landesweite Ausrichtung von jüdischen Kulturtagen. Seit 2023 gibt es über den „Ansprechpartner“ in der Staatskanzlei die Möglichkeit zur Förderung von Projekten, die jüdisches Leben gezielt stärken und sichtbar machen. Gedacht ist insbesondere an Vorhaben, die von strategischer Bedeutung sind, der jüdischen Gemeinschaft in ihrer Entwicklung weiterhelfen, jedoch ohne Unterstützung nicht realisiert werden könnten. Wer sich dafür interessiert, kann sich gerne umfassend beraten lassen.

Jüdinnen und Juden selbst bewegen aber vordringlich auch ganz andere Themen. Da ist zum einen die bedrängende Altersarmut vieler ehemaliger Kontingentflüchtlinge.



Grundsteinlegung für die Kurt-Weill-Synagoge Dessau, 8. November 2019

Sie konnten eben in Deutschland nur noch sehr eingeschränkt rentenrechtliche Ansprüche erwerben. Rentenrecht ist Bundesrecht und alle bisherigen Vorschläge zur Behebung waren unzureichend. Hinzu kommen in den letzten Jahren große Herausforderungen innerhalb der Gemeinden infolge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine. Für die Aufnahme und Integration geflüchteter Menschen wurde hier Großes geleistet.

Noch viel größer sind die Herausforderungen für Jüdinnen und Juden auch in Sachsen-Anhalt infolge des Terrorangriffs der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023. Die jüdische Gemeinschaft fühlt sich dem Staat Israel als „Heimstatt des jüdischen Volkes“ auf intensivste Weise verbunden, ganz unabhängig von der Tatsache, dass selbstverständlich die inneren Auseinandersetzungen in der israelischen Gesellschaft auch unter den Jüdinnen und Juden in Deutschland sehr kontrovers bewertet werden. Trotzdem bleibt der Wunsch nach einem sicheren Rückzugsort in Anbetracht all der Erfahrungen mit antisemitischer Ausgrenzung, Diskriminierung, Entrechtung und Verfolgung in Geschichte und Gegenwart. Hier ist eine Erschütterung eingetreten,



Erster Spatenstich für die Synagoge in Magdeburg, 5. Mai 2022

deren Folgen lange nachwirken werden und vermutlich noch überhaupt nicht abzuschätzen sind.

Aber es geht eben nicht nur um die Ereignisse in Israel. Seit dem Terrorangriff ist die Zahl antisemitischer Vorfälle in Deutschland erheblich angestiegen. Es kam zu unverhohlenen antiisraelischen Äußerungen, zu Gewalttaten, das Existenzrecht Israels wurde zum Teil offen, zum Teil verklausuliert infrage gestellt, eine Täter-Opfer-Umkehr betrieben. Die Politik hat in Deutschland nach Wahrnehmung der jüdischen Gemeinschaft bislang überwiegend sehr angemessen reagiert. Aber die Zivilgesellschaft ist sehr leise geblieben. Vor allem an den Hochschulen und im kulturellen Bereich bestehen offenbar starke antiisraelische Ressentiments.

Dazu mag man sagen: Dies betrifft doch vor allem die Metropolen und bestimmte große Institutionen und Events. Dabei wird aber leicht der Signalcharakter bestimmter Vorfälle übersehen, der wohl in vielen Fällen bewusst intendiert ist, jedenfalls bei Jüdinnen und Juden auch in Sachsen-Anhalt sehr deutlich und genau so wahrgenom-



Dr. Wolfgang Schneiß während seiner Rede auf der Solidaritätskundgebung für Israel neben dem Magdeburger Rathaus, 11. Oktober 2023

men wird. Die Beunruhigung ist dementsprechend groß. Die Monitoring- und Beratungsstellen arbeiten seither am Limit. Häufig überwiegt der Wunsch, derzeit die Türen eher geschlossen als offen zu halten und im Zweifel lieber nicht als jüdisch wahrgenommen zu werden. Und dies betrifft – so offen muss es gesagt werden – natürlich den besonders sorgenvollen Blick auf Menschen, die aus islamisch geprägten Ländern nach Deutschland kommen, wo Antisemitismus und der Hass auf Israel häufig zur Staatsdoktrin gehören und auch in religiösen und Bildungseinrichtungen sowie im familiären Umfeld stark propagiert werden. Hier liegt eine besondere Herausforderung gerade auch für die Landespolitik.

4

Fragen von Schutz und Sicherheit, Prävention und auch die Wahrnehmung der Betroffenenperspektive sind überhaupt nicht neu. In Sachsen-Anhalt haben sie spätestens mit dem 9. Oktober 2019 höchste Aktualität erlangt und zeitweise sogar alle anderen Aspekte jüdischen Lebens in den Hintergrund gedrängt.

Antisemitische Vorfälle haben in beiden Teilen Deutschlands auch nach 1945 nie aufgehört. Sie rückten nur ganz selten in den Fokus allgemeiner Wahrnehmung. Für Jüdinnen und Juden sind sie, wie sie immer wieder schildern, eine mehr oder weniger alltägliche Erfahrung, wenngleich häufig unterschwellig. Seit etwa 2010 äußerte die jüdische Gemeinschaft allerdings eine zunehmende Besorgnis, weil sie spürte, dass sich das gesellschaftliche Klima veränderte, dass solche Vorfälle häufiger und aggressiver wurden, ohne dass die Mehrheitsgesellschaft dies wirklich wahrnahm. Dies führte im Jahr 2017 zu einem Expertenbericht für die Bundesregierung und nachfolgend zur Berufung von Antisemitismusbeauftragten in Bund und Ländern. Erstes Ziel ihrer Arbeit sollte es sein, überhaupt genauer zu erfassen, was Antisemitismus eigentlich ist und in welcher Ausprägung und welchem Ausmaß er sich äußert. Der 9. Oktober 2019 hat diese Ausgangslage dann natürlich grundlegend verändert. Wichtig war deshalb zu Beginn und ist bis heute ein zivilgesellschaftlich getragenes Monitoring, dass antisemitische Vorfälle aus der Sicht der Betroffenen – also zunächst einmal nicht entlang rechtlicher Kriterien der Strafbarkeit – erfasst und Hilfestellung vermittelt. In Sachsen-Anhalt nimmt diese Aufgabe seit 2022 die Meldestelle RIAS Sachsen-Anhalt wahr (RIAS steht für Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus). Sie arbeitet mit einem bundesweiten Netzwerk ähnlicher Stellen zusammen, die gemeinsame Kriterien für ihre Arbeit vereinbart haben, und wird durch die Staatskanzlei gefördert. Im Juni 2023 hat die Meldestelle erstmals einen Bericht veröffentlicht mit noch geringen Vorfallszahlen. Seit dem 7. Oktober 2023 sind diese Vorfälle bundesweit stark angestiegen, wobei israelbezogener Antisemitismus deutlich zunimmt. Das RIAS-Meldenetzwerk soll aus Sicht der Landesregierung keineswegs die Beobachtungen der Sicherheitsbehörden ersetzen oder in Frage stellen. Es geht um Ergänzung. Der Verfassungsschutz beobachtet und informiert Politik und Öffentlichkeit. Die Landespolizei erfasst ebenfalls gezielt antisemitische Vorfälle, sofern sie eine strafbare Handlung erkennt. Auch hier gibt es bundesweit vereinbarte Kriterien im Rahmen der Erfassung von politisch motivierter Kriminalität. Diese Kriterien stammen allerdings aus dem Jahr 2001 und gelten nach Auffassung vieler Experten nicht mehr als zeitgemäß. Eine Überarbeitung ist in Arbeit, wird aber noch Zeit benötigen. Vereinfacht kann man sagen: Viel zu viele Vorfälle, die nicht genauer zugeordnet werden können, fallen in die Kategorie „rechtsextrem“. Zum Beispiel geht die Wahrnehmung bei israelkritischem Antisemitismus zwischen Polizeistatistik und RIAS-Beobachtungen stark

auseinander und innerhalb der jüdischen Gemeinschaft selbst wird dies noch einmal stärker empfunden.

Wichtig für die Landesregierung ist eine intensive Verknüpfung aller Informationen von Landespolizei, Meldestellen, Justiz und jüdischer Gemeinschaft zu einem ganzheitlichen Bild. Deshalb gibt es in der Staatskanzlei zweimal jährlich einen Runden Tisch zu antisemitischer Gewalt, bei dem Beobachtungen ausgetauscht und gemeinsame Strategien besprochen werden. Die Kommunikation untereinander und das Vertrauen zueinander sind dadurch in den letzten Jahren gewachsen und das ist die Grundlage für alle weiteren Bemühungen.

Zentral ist außerdem, die Perspektive der Betroffenen, Hilfe und Empowerment nie aus dem Blick zu verlieren. Zu beobachten war insbesondere nach dem Anschlag von Halle, dass die seit langem in Sachsen-Anhalt bestehenden Angebote zur Opferberatung von der jüdischen Gemeinschaft kaum in Anspruch genommen wurden. Notwendig war eine Ergänzung, die den spezifischen Bedarfen der Zielgruppe hinreichend entspricht. Daraus ist mit OFEK Sachsen-Anhalt die erste Beratungsstelle in Sachsen-Anhalt entstanden, die das Thema Antisemitismus dezidiert aufgreift und zugleich im landesweiten Beratungsnetzwerk verankert ist. Die enge Verbindung von RIAS und OFEK durch eine gemeinsame Trägerschaft ist eine Besonderheit Sachsen-Anhalts, die sich sehr bewährt, weil Betroffene sehr direkt von der Vorfallesberatung in die persönliche Betreuung geführt werden können. Durch die Verbindung mit der Wohlfahrtsstelle des Zentralrats der Juden in Deutschland steht außerdem ein guter Zugang zu qualitätsgesicherten Fortbildungsangeboten zur Verfügung, die überall im Land genutzt werden können.

Seit dem Hamas-Angriff in Israel ist der Bedarf an psychischer Beratung und Betreuung für Jüdinnen und Juden sehr stark angestiegen. Auch OFEK Sachsen-Anhalt arbeitet am Limit. Die Situation in Israel stellt für die gesamte jüdische Gemeinschaft eine enorme Belastung dar.

5

Absoluten Schutz kann niemand garantieren. Klar ist aber: Für die Landesregierung hat die Sicherheit der jüdischen Gemeinschaft höchste Priorität. Das wird auch so bleiben. Die polizeiliche Präsenz an Synagogen, jüdischen Einrichtungen und bei Veranstaltungen war bereits seit dem 9. Oktober 2019 sehr hoch und ist seit dem

7. Oktober 2023 noch einmal erhöht worden. Dazu gibt es leider bisher keine Alternative.

Nach dem Anschlag von Halle hat die Landesregierung mit dem jüdischen Landesverband und den Gemeinden zügig einen zusätzlichen Sicherheitsvertrag geschlossen. Es ging um die fachgerechte Erfassung und um die Finanzierung baulich-technischer Sicherheitsmaßnahmen, deren zukünftige Wartung und um Wachpersonal. Diese Bemühungen werden von einer Gemeinsamen Sicherheitskommission koordiniert. Aufgrund allgemeiner Entwicklungen im Baubereich zogen sich etliche Maßnahmen hin, im Jahr 2023 konnten aber alle wesentlichen Sicherungsmaßnahmen realisiert werden, auch die an den beiden neuen Synagogen. Das war ein ganz wichtiger Schritt. Er bedeutet allerdings, dass der Zutritt zu den Synagogen inzwischen nur noch durch eine Sicherheitsschleuse möglich ist. Dies ist ein Zustand, den sich gerade die Gemeinden selbst am allerwenigsten wünschten.

In den kommenden Jahren werden Bedarfe für Wartung, Instandsetzung und für die Bewachung entstehen, allerdings in deutlich geringerem Umfang. Die Bedarfe werden kontinuierlich erfasst und alles, was notwendig ist, wird dann gemeinsam umgesetzt. Auch Gedenkstätten, Kultureinrichtungen und andere Orte, die Bezug zum jüdischen Leben haben, sind natürlich betroffen. Auch hier wurden durch das Landeskriminalamt in den letzten Jahren Bedarfe erfasst und Maßnahmen sukzessive umgesetzt. Leider muss man feststellen, dass es nach dem 7. Oktober 2023 wieder eine Reihe aggressiver Vorfälle, meist Sachbeschädigungen und Schmierereien, gegeben hat. Dies gilt auch für alte jüdische Friedhöfe. In Köthen etwa wurden alte Grabsteine im letzten Jahr unwiederbringlich zerstört.

Auf lange Sicht wohl noch wichtiger als Monitoring, Bewachung und baulich-technische Ausstattung ist die Sensibilisierung aller Beteiligten und die Prävention. Die Landespolizei stand nach dem Anschlag von Halle besonders stark in der Kritik und wird in ihrem Handeln weiterhin kritisch beobachtet. Sie hat allerdings in den letzten Jahren viel getan, um die Prävention zu stärken und den Blick zu schärfen. Die jüdischen Gemeinden bestätigen diese Entwicklungen. Das Angebot des Landes, einen Polizeirabbiner zu berufen, der insbesondere in Aus- und Fortbildungsmaßnahmen eingebunden ist, wurde dankbar angenommen. Ein Höhepunkt, auch emotional für alle Beteiligten, war seine Einführung gemeinsam mit der Einführung von Polizeianwärtinnen und -anwärtlern im Jahr 2022 in der halleschen Synagoge.

Auch der Verfassungsschutz des Landes schärft mit speziellem Informationsmaterial den Blick für antisemitische Propaganda und Aktivitäten. Es kann sowohl innerhalb der Verwaltungen als auch von Multiplikatoren und interessierter Öffentlichkeit gut genutzt werden.

6

Dem Handeln der Polizei folgt häufig die Befassung der Justiz. Betroffene schauen besonders darauf: Ihre Wahrnehmung, dass der Rechtsstaat auch tatsächlich und für sie nachvollziehbar handelt, ist für die Bekämpfung von Antisemitismus entscheidend. Denn nur wenn bei Betroffenen das Vertrauen besteht, dass eine ausreichende Ahndung antisemitischer Vorfälle im Rechtssystem stattfindet, werden von ihnen erlebte Vorfälle zur Anzeige gebracht. In den letzten Jahren sind, nicht zuletzt durch die Impulse der Antisemitismusbeauftragten, etliche Verschärfungen im Strafrecht vorgenommen worden. Nach dem Hamas-Angriff und den nachfolgenden Solidaritätsaktionen in deutschen Städten wird über weitere Verschärfungen diskutiert. Das ist hilfreich. Strafrecht ist allerdings Bundesrecht und für das Land Sachsen-Anhalt ist umso wichtiger, dass das geltende Recht auch tatsächlich durch die Justiz angewandt wird. Dies setzt voraus, dass innerhalb der Staatsanwaltschaften und Gerichte hinreichend erkannt wird, wenn es sich um antisemitische Vorfälle handelt.

Um hier gezielt zu unterstützen, wurde Ende 2022 bei der Generalstaatsanwaltschaft Naumburg ein Antisemitismusbeauftragter der Justiz benannt. Er hat eine Koordinierungs- und Vernetzungsfunktion, berät die Justizangehörigen, führt Fortbildungen durch und pflegt den Austausch zur jüdischen Gemeinschaft, zur Landespolizei und auch zur Zivilgesellschaft. Anfang 2024 hat er einen „Leitfaden zur strafrechtlichen Verfolgung antisemitischer Straftaten“ vorgelegt, der inzwischen als interne Dienstweisung innerhalb der Justizbehörden zu berücksichtigen ist.

Ein weiterer wichtiger Schritt war die Einrichtung einer neuen „Zentralstelle zur Bekämpfung von Hasskriminalität im Internet“ im Mai 2023 bei der Staatsanwaltschaft Halle. Hass und Radikalisierung werden immer stärker im Netz und in den Medien transportiert. Gerade seit dem 7. Oktober sind die entsprechenden Kanäle voll davon und die Extremisten nutzen sie gezielt und hochprofessionell. Aufklärung, Prävention, Schutz und Durchsetzung des Rechts sind wichtiger denn je. Letztlich muss hier überregional, international gehandelt werden. Aber auch auf Landesebene ist zu tun, was

möglich ist, etwa durch die Zentralstelle oder durch die Landesmedienanstalt. Viele Bemühungen stehen diesbezüglich in Sachsen-Anhalt noch sehr am Anfang.

7

Wenn von der Sensibilisierung der Sicherheitsbehörden und der Justiz gesprochen wird, dann darf nicht unter den Tisch fallen, dass nicht weniger alle weiteren Bereiche der öffentlichen Verwaltung hier angesprochen sind. Das Wissen um jüdisches Leben und die Aufklärung über heutige Äußerungsformen von Antisemitismus gehört in die Regelstrukturen der Aus-, Fort- und Weiterbildung des Landes wie der Kommunen. Hier ist in den letzten Jahren vieles in Gang gekommen, es ist aber auch noch viel Luft nach oben.

Hilfreich ist zum Beispiel als thematischer Einstieg die Beschäftigung mit der international verbreiteten Definition von Antisemitismus, die die International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) erarbeitet hat. Die Bundesregierung und auch die Landesregierung haben beschlossen, sie zur Grundlage ihrer Arbeit zu machen, und dies auch zur Nachahmung für Institutionen, Verbände, Vereine empfohlen. Davon wird in Sachsen-Anhalt leider zu wenig Gebrauch gemacht. Richtig ist: Die IHRA-Definition wird auch kritisiert, gerade wegen ihres besonderen Insistierens auf dem Bezug zu Israel. Aber genau dies kann ein guter Einstieg zur vertieften inhaltlichen Beschäftigung sein.

Bei aller Vielfalt an Angeboten ist es wichtig, auf Qualität zu achten. Nicht alles, was einmal gut gemeint war, ist heute hilfreich. Es gibt inzwischen ein gutes Angebot an zeitgemäßen Materialien. Sie müssen aber auch bekannt sein. Die Landesregierung empfiehlt die Nutzung der Angebote des „Kompetenzzentrums antisemitismuskritische Bildung und Forschung“ (bis vor kurzem: „Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment“). Es ist in den Feldern Qualifizierung, Empowerment, Forschung und Politikberatung tätig und mit RIAS und OFEK eng verbunden. Inzwischen wird in Sachsen-Anhalt gerne auf diese Angebote oder auf entsprechende Beratung und Vermittlung zurückgegriffen.

Hilfreiche Angebote für die Landesverwaltung bieten etwa der Fachbereich Verwaltungswissenschaften der Hochschule Harz, das Aus- und Fortbildungszentrum Sachsen-Anhalt (AFI), die Museen in Gröbzig und Halberstadt, die Fachhochschule der Polizei oder das Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung (LISA) und na-

türlich die Landeszentrale für politische Bildung sowie die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt. Weniger geschieht bisher auf der kommunalen Ebene. Hier liegt eine Herausforderung für die nächsten Jahre.

Nicht nur die öffentliche Verwaltung, die gesamte Gesellschaft ist gefragt, wenn es um die Wahrnehmung von und Sensibilisierung für die angesprochenen Themen geht. Denn man darf nicht vergessen: Die zentralen Orte für antisemitische Vorkommnisse sind heute der Schulhof, die Chatgruppe und der heimische Küchentisch. Und wenn die Einstellungsforschung uns heute darlegt, dass Antisemitismus längst nicht mehr ein Phänomen an den Rändern unserer Gesellschaft ist, sondern auch in der Mitte, dann sind wir alle gefordert, diesen Tendenzen entschieden entgegenzuwirken.

Die Landesregierung unterstützt vielfältige Maßnahmen zivilgesellschaftlicher Träger zur Aufklärung über und den Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus und alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Dies geschieht mit Hilfe des Landes-Demokratiezentrums, das Landesmittel ausreicht und Mittel aus Bundesprogrammen weitergibt, durch die Landeszentrale für politische Bildung und auch durch den Ansprechpartner in der Staatskanzlei. Auch Kontakte zu Stiftungen, die sich diesen Themen widmen, sind hilfreich und können vermittelt werden.

Wichtige zivilgesellschaftliche Netzwerke gruppieren sich um die Kirchen, die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, die beiden Sektionen der Deutsch-Israelischen Gesellschaft in Halle und Magdeburg, um Stolperstein-Initiativen oder Förderkreise zur Bewahrung früherer Synagogen und jüdischer Friedhöfe. Aber sie sind oft klein, sie bedürfen der Ermutigung und Vernetzung, auch der Verjüngung. Eine „Stolperstein-App“ für ganz Sachsen-Anhalt könnte dabei eine Hilfe sein oder auch das Mittun bei den nächsten landesweiten jüdischen Kulturtagen. Es wäre wichtig, in Zukunft zusätzliche Zielgruppen für solche Anliegen zu gewinnen, etwa im Sport, bei der Feuerwehr, bei den Vereinen im ländlichen Raum, aber auch in Wirtschaft und Gewerkschaften.

Aus Sicht der jüdischen Gemeinschaft muss man wohl ehrlicherweise sagen, dass dort nicht der Eindruck besteht, als ob sich die gesellschaftliche Mitte in Deutschland sonderlich für sie interessiert oder gar engagiert. Die Reaktion der deutschen Zivilgesellschaft auf den Hamas-Angriff auf Israel und den nachfolgenden Gaza-Krieg sorgt innerhalb der Gemeinden für viel Besorgnis und Enttäuschung. Viele stellen sich die Frage: Wie wird das in den nächsten Jahren weitergehen?

8

Umso mehr sind Bildung und Begegnung die zentralen Faktoren, um Verständnis füreinander zu gewinnen und letztlich das jüdische Leben in unserem Land zu stärken. In unseren Schulen werden dafür die entscheidenden Weichen gestellt. Eine Studie des bereits erwähnten „Kompetenzzentrums“ zu „Antisemitismus im Kontext Schule in Sachsen-Anhalt“ wird in Kürze veröffentlicht und wird hoffentlich Beiträge liefern, wie insbesondere im praktischen Schulalltag mehr Handlungssicherheit für alle Beteiligten erreicht werden kann.

Der Landesbildungsserver stellt inzwischen gutes, zeitgemäßes Material für den Einsatz im Unterricht zur Verfügung. Alle Angebote der Lehrerfort- und -weiterbildung werden derzeit auf ihre Qualität hin überprüft. Sukzessive sollen die Fachlehrpläne aller Schulformen überarbeitet werden und Themen zum jüdischen Leben, zur Religionsausübung und Antisemitismusprävention auf zeitgemäße Weise enthalten. Ein erster Fachtag für die Schulpraxis hat im Jahr 2023 stattgefunden. Er soll in Zukunft regelmäßig und an verschiedenen Orten im Land stattfinden.

Schulfahrten zu Gedenkstätten und Erinnerungsorten sind wichtig und brauchen noch mehr Unterstützung, besonders für Kinder aus einkommensschwachen Familien. Aber noch wichtiger ist die Begegnung der Schulkinder mit heutigem jüdischem Leben. Jedes Kind in Sachsen-Anhalt, so lautet das Ziel im Landesprogramm, soll im Rahmen seiner schulischen Biografie mindestens einmal eine konkrete Begegnung mit dem heutigen jüdischen Leben haben, sei es in einer heutigen oder ehemaligen Synagoge oder in den Museen in Gröbzig und Halberstadt. Jüdische Gemeinden oder andere mit dem jüdischen Thema verbundene Orten könnten zu außerschulischen Lernorten werden und auch entsprechend unterstützt werden. Ein Konzept ist zumindest in Vorbereitung. Informationen zu Orten in Sachsen-Anhalt, die dafür infrage kommen, trägt das ILAN-Programm am Judaistik-Seminar der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zusammen. Ein Blick auf die Website zeigt beeindruckend, in welcher Fülle flächendeckend durch das ganze Land einmal jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt verwurzelt war. Drei kulturelle Stätten des jüdischen Erbes ragen natürlich heraus. Die Landesregierung hat sie in den letzten Jahren gezielt gestärkt, um sie für eine breite Vermittlungsarbeit nutzbar zu machen. Dies sind die Moses Mendelssohn-Akademie mit dem Berend-Lehmann-Museum in Halberstadt, das Museum Synagoge Gröbzig und die neu in Angriff genommene Ausstellung des Moses-Mendelssohn-Zentrums in Dessau-

Roßlau. Letztere bereitet den 300. Geburtstag Moses Mendelssohn vor, der 1729 in Dessau geboren wurde.

Eine ganz entscheidende Rolle bei der Vermittlung jüdischen Lebens und jüdischer Kultur sowie bei der Vernetzung vieler Initiativen im Land kommt den landesweiten Kulturtagen statt. Zwar gab und gibt es seit vielen Jahren an vielen Orten solche Kulturtage, getragen von örtlichen Initiativen. Das soll auch so bleiben. Aber die landesweite Vernetzung erhöht die Sichtbarkeit und eröffnet, unterstützt durch eine Förderung der Landesregierung, auch mehr Möglichkeiten. 2021 und 2023 fanden die ersten landesweiten Kulturtage statt. Die Landesregierung wünscht eine Fortsetzung, hat ihre Unterstützungsbereitschaft bereits erklärt und so wird es wahrscheinlich 2025 oder 2026 erneut landesweite Kulturtage geben. Es wäre wunderbar, wenn ein bunter Strauß entsteht aus Angeboten zu jüdischer Kultur, Geschichte, Religion und Lebensart überall im Land.

Auch hier muss man aber neben dem Aspekt der Sichtbarkeit auch den der Sicherheit bedenken. Die Kulturtage im Herbst 2023 waren durch die Ereignisse in Israel erheblich eingeschränkt. Etliche Veranstaltungen wurden abgesagt. So sehr wir es uns wünschen mögen, unbeschwert miteinander zu feiern, so sehr ist auch auf den Wunsch von Jüdinnen und Juden Rücksicht zu nehmen, vielleicht lieber nicht so sehr öffentlich wahrnehmbar zu sein.

9

Sichtbarkeit betrifft das, was heute ist, und das, was an jüdischem Leben in Sachsen-Anhalt einmal war und woran es auch in Zukunft in angemessener Weise zu erinnern gilt.

Immer wieder besuchen Menschen Sachsen-Anhalt auch auf der Suche nach den Spuren jüdischen Lebens. An manchen Orten in Deutschland wird solches Interesse durch touristische Angebote gezielt genutzt. Zu fragen ist, ob auch in Sachsen-Anhalt Möglichkeiten bestehen, um jüdische Orte besser sichtbar zu machen und dies mit einem touristischen Mehrwert zu verbinden. Antworten darauf soll zunächst eine Machbarkeitsstudie geben.

Dabei geht es natürlich auch um Orte des Schreckens und der Schande. Zum historischen Erbe in Sachsen-Anhalt gehören die vier schändlichen antijudaistischen



Abschlussveranstaltung für die jüdischen Kulturtage in Sachsen-Anhalt in der Dessauer Synagoge, 7. Dezember 2023

Schmähplastiken an und in Kirchen in Calbe (Saale), Magdeburg, Wittenberg und Zerbst. Sie befinden sich im Eigentum der jeweiligen Kirchengemeinde bzw. der Kulturstiftung des Landes. Gleichwohl betreffen sie das Land im Ganzen.

Aus Sicht der Landesregierung sind im Umgang mit diesen Schmähplastiken heute unterschiedliche Wege möglich. Wichtig ist es, sie nicht unkommentiert zu lassen, sondern sich kritisch mit ihnen und ihrem Entstehungskontext auseinanderzusetzen, sie gegebenenfalls auch in ihrer Sichtbarkeit einzuschränken. In den letzten Jahren ist diesbezüglich einiges geschehen, aber dies ist noch nicht genug. Notwendig sind einvernehmliche Lösungen an den verschiedenen Orten und dass auch die jüdische Gemeinschaft im Land in dieses Einvernehmen einbezogen ist.

Zur Erinnerung trägt die Arbeit der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt maßgeblich bei. Zu ihr gehören Gedenkorte, die an Verbrechen des Nationalsozialismus und insoweit auch an die Diskriminierung, Ausgrenzung und Ermordung von Jüdinnen und Juden erinnern. Die Stiftung hat in den letzten Jahren neben ihrer regulären Arbeit durch besondere Austauschprojekte und Wanderausstellungen immer wieder auf jüdische Schicksale aufmerksam gemacht.

Bald 80 Jahre nach der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz ist es dringlich, auch in Sachsen-Anhalt weiter über die „Zukunft der Erinnerung“ an die nationalsozialistischen Verbrechen nachzudenken. Auch in unserem Land sind in den letzten Jahren Formate weiterentwickelt worden. Das ist hilfreich, aber die Zeit steht nicht still. Es ist notwendig, verstärkt nach Formen zu suchen, die an die sich verändernden Rahmenbedingungen, etwa dem Ende der direkten Zeitzugenschaft oder sich ändernden Rezeptionsgewohnheiten, anschlussfähig sind. Etablierte Rituale – Gedenktage, Orte, Formeln – sind weiterhin hilfreich. Das besondere Erinnern im Jahresverlauf am 27. Januar und am 9. November sowie in Sachsen-Anhalt am 9. Oktober, soll erhalten bleiben. Solche Rituale begegnen aber zunehmend auch kritischen Anfragen. Sie sind nicht unberechtigt. Gerade auf dem sensiblen Gebiet der Erinnerung(spolitik) ist es besonders notwendig, das eigene Tun fortwährend zu überprüfen.

Erinnerung ist heute durch revisionistische Weltbilder besonders gefährdet. Aber auch Positionen, die sich als progressiv verstehen, etwa wenn sie sich auf die international geführte Debatte um Postkolonialismus und den „globalen Süden“ beziehen, sind kritisch zu hinterfragen. Die erweiterte Thematisierung von Feldern der Erinnerung ist notwendig. Sie darf aber nicht zur Relativierung oder Marginalisierung der Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen führen. Insofern bleibt die Erinnerung an die Shoah identitätsstiftend für unser Land.

Zur Zukunft der Erinnerung gehört die Aufgabe, die jüdische Gemeinschaft als Teil unserer Gesellschaft stärker einzubeziehen. Wie in allen Bereichen, so auch hier sollte gelten: Das, was wir als Gesellschaft tun, tun wir zusammen mit der jüdischen Gemeinschaft, die ein Teil unserer Gesellschaft ist. Wir reden und handeln nicht über –, sondern miteinander.

In Sachsen-Anhalt leben mittlerweile auch viele Bürgerinnen und Bürger mit migrantischem Hintergrund, die aufgrund ihrer Prägung einen ganz anderen Blick auf Fragen der deutschen Erinnerungskultur haben. Sie sind nicht mit dem deutschen Erinnerungsnarrativ aufgewachsen, kommen teilweise aus Staaten, die offene Feindschaft zu Israel und Antisemitismus verbreiten. Sie können sich nur schwerlich mit der Rolle, die Erinnerung an die Shoah in Deutschland spielt, identifizieren. Aber wenn sie Teil unserer Gesellschaft sind, dann ist es notwendig, auch sie in die Bemühungen, der Erinnerung eine Zukunft zu geben, mit hineinzunehmen.

10

„Jüdisches Leben stärken – Sachsen-Anhalt gegen Antisemitismus“: so lautet der Titel des Landesprogramms, das ich hier vorgestellt und aus dem ich zum Teil auch zitiert habe. In dieser zweifachen Akzentuierung, die das eine nie ohne das andere denken kann, sind wir in Sachsen-Anhalt unterwegs.

Deutlich soll werden: Die Landesregierung meint es ernst mit ihren gegenüber der jüdischen Gemeinschaft gegebenen Zusagen und mit den begonnenen Initiativen. Sie werden fortgesetzt. Die formulierten Ziele sind der Maßstab, an dem sie sich zum Ende der Legislaturperiode messen lassen will.

Deutlich ist aber auch: Der Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 hat für die jüdische Gemeinschaft überall in der Welt, auch in Sachsen-Anhalt, eine veränderte Lage geschaffen. Die Folgen daraus sind noch längst nicht absehbar. Natürlich stellt das auch die Ansätze der Landesregierung intensiv auf den Prüfstand. Die Grundlinie aber bleibt: Jüdisches Leben stärken – Sachsen-Anhalt gegen Antisemitismus.

Entschieden staatliches Handeln, die Schaffung und Festigung belastbarer Strukturen: Das sind zentrale Säulen, die notwendig sind, um die entsprechenden Bemühungen auf Dauer zu tragen. Zugleich braucht es eine entschlossene und handlungsbereite Zivilgesellschaft und eine starke jüdische Gemeinschaft als ein wichtiger Teil von ihr.

Anmerkungen

- 1 Das Landesprogramm und alle erwähnten Materialien sind einsehbar unter: <https://lsaur1/Ansprechp-Antisemitismus> Wenn Sie mehr wissen oder in Kontakt mit dem Ansprechpartner und seinem Team treten möchten, dann finden Sie dort auch alle Daten und sind herzlich willkommen.



Dr. Josef Schuster bei seiner Rede am 10. Dezember 2023.

Rede des Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland zur Eröffnung der Neuen Synagoge Magdeburg am 10. Dezember 2023

Josef Schuster

Sehr geehrter Herr Landesrabbiner Fabian,
sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Dr. Reiner Haseloff,
sehr geehrter Vorstand der Magdeburger Synagogen-Gemeinde, Frau Khalida Fradkin
und Frau Inessa Myslitska,
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, Frau Simone Borris,
sehr geehrter Bundesmilitärrabbiner Zsolt Balla,
sehr geehrter Herr Landesbischof der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland,
Friedrich Kramer
sehr geehrte Vorsitzende des Fördervereins, Frau Waltraut Zachhuber,

sehr geehrter Daniel und Jan Josef Laiter,
sehr geehrter Herr Toeppel,
Liebe Gemeindemitglieder,
Meine verehrten Damen und Herren,
ich fühle mich geehrt, heute an diesem bedeutenden Tag bei Ihnen sein zu können.
Was lang währt, wird endlich gut:

Magdeburgs jüdische Gemeinde gilt als eine der ältesten in Mitteldeutschland. Ihre Geschichte ist voller gewaltvoller Zäsuren, auf die Wiederaufbau und Wiederaufleben der jüdischen Gemeinschaft folgten.

Letztes Jahr wurde der Grundstein gelegt. Und heute, mehr als 85 Jahre, nachdem die Alte Synagoge am 9. November 1938 von den Nationalsozialisten zerstört wurde, feiern wir die Eröffnung der neuen Synagoge in Magdeburg. Ich möchte aus diesem Anlass auch unbedingt an Wadim Laiter seligen Angedenkens erinnern. Als langjähriger Vorsitzender der Gemeinde ist dies heute seine Vision, die wahr wird. Er ist in unseren Herzen bei uns.

Auch er steht dafür, dass wir uns trotz aller Widrigkeiten niemals entmutigen lassen und unsere jüdische Gemeinschaft begeistert zum neuen Blühen führen wollen und auch werden – darüber dürfen wir uns gemeinsam von Herzen freuen.

Die Geschichte vieler jüdischer Gemeinden wurde in der DDR erschwert oder gänzlich unterbrochen. Ein religiös-gesellschaftliches Leben spielte sich in dieser Region Deutschlands unter sehr widrigen Regeln ab.

1946 lebten nur 120 Juden in Magdeburg. Ihre Gottesdienste hielt die Gemeinde in wechselnden Räumlichkeiten. Von 1950 bis 1965 diente ein Wohnhaus in der Klausener Straße als Ersatz-Synagoge. Die antisemitische Propagandawelle der DDR trieb vermutlich bis zu einem Drittel aller in der DDR lebenden Juden in die Flucht. Anfang der 1980er Jahre umfasste die Jüdische Gemeinde nur noch etwa 20 Mitglieder. In den 1990er Jahren wuchs ihre Zahl durch jüdische Zuwanderer aus den GUS-Staaten erheblich an. Jüdisches Leben in Deutschland ist eine Erfolgsgeschichte, die auch dem Mut jüdischer Zuwanderer zu verdanken ist. Dem Mut sich hier eine neue Existenz aufzubauen. Heute erleben wir hier vor Ort in Ostdeutschland die Pluralität gelebter Religiosität.

Liebe Gemeindemitglieder,

heute ist ein Tag der Freude und des Stolzes für uns alle, ein Tag, an dem wir die Früchte jahrelanger Anstrengung ernten dürfen. Die Neue Synagoge ist ein Wahrzeichen des jüdischen Lebens im Herzen dieser Stadt, ein Ort des Gebets, der Begegnung und des Zusammenhalts. „Denn mein Haus soll ein Gebetshaus für alle Völker genannt werden“, diese Worte zieren auf Hebräisch die Außenwand der Synagoge. Es sind zum Dialog und zur Begegnung einladende Worte. Das gegenwärtige jüdische Leben in Deutschland ist selbstbewusst. Wir bitten nicht um Teilhabe, sondern wir schaffen aktiv die Räume der Teilhabe. Im Hebräischen spricht man nicht von einem Gebetshaus, sondern vom ‚Beth Knesset‘, einem Haus der Versammlung. Es ist ein Raum, in dem es nicht nur um das Zwiegespräch mit Gott, sondern auch um das zwischenmenschliche Miteinander geht.

Sehr geehrte Damen und Herren, diesem Festakt und der Eröffnung der neuen Synagoge lebt eine Kraft inne, die uns vereint, statt uns zu vereinzeln. Und das ist von großer Bedeutung. Dieser Tage feiern wir Chanukka, das jüdische Lichterfest, während 136 Menschen noch immer in Geiselhaft der Hamas-Terroristen sind. Seit dem 7. Oktober klafft in einigen jüdischen Familien eine große Leerstelle, nämlich dort, wo Angehörige als Geisel verschleppt oder ermordet wurden. Wir lassen sie nicht alleine. Andere Familien konnten ihre aus der Geiselhaft befreiten Angehörige, Kinder und Alte, wieder in die Arme schließen und im Licht zurückwissen. Die jüdische Gemeinschaft in Deutschland ist in Gedanken und in ihren Gebeten bei allen Betroffenen des entfesselten Terrors der Hamas.

Jüdische Solidarität ist ein existenzielles Gebot. Die Israelische Zivilgesellschaft ist dafür ein leuchtendes Beispiel. Sie sorgt sich um seine und die Angehörigen der Mitmenschen, man organisiert sich, leistet Nothilfe. So stand man den Menschen bei, die im Süden aus ihren Wohnorten evakuiert werden mussten.

Die Vernichtungsideologie der Hamas gegen alles Jüdische wirkt auch in Deutschland. Der psychische Terror wird auch konkret zu Taten. Wir stehen als jüdische Gemeinschaft in dieser Zeit fest zusammen. Wir sind solidarisch.

Wir werden unser Leben nicht durch Terror bestimmen lassen.

Wir werden unser jüdisches Gemeindeleben nicht von Angst rauben lassen.

Und auch die Stadt Magdeburg, die große Mehrzahl der Magdeburger und Magdeburgerinnen sorgen sich um ihre jüdischen Mitmenschen. Neben dem Hass und der

zunehmenden antisemitischen Hetze erleben wir eine erstarkte zivilgesellschaftliche Solidarität. In diesem Sinne will ich den Veranstaltern der Festtage jüdischer Kultur, dem Forum Gestaltung, Kulturbüro und Arbeitskreis Festtage danken. Sie haben sich trotz des erhöhten Sicherheitsrisikos und dem Klima der Angst entschieden, anlässlich der Eröffnung dieses jüdischen Gotteshauses sogar die Festtage zu erweitern und jüdische Kultur und Kunst in Zeiten des Krieges zu zelebrieren. Und ich verspreche Ihnen, dieser Mut und dieses Bekenntnis zum Jüdischen Leben wirkt sich auf viele Jüdinnen und Juden aus.

Auch hier in Magdeburg, in unmittelbarer Nachbarschaft der Neuen Synagoge, sehe ich auf Fensterbrettern stehende Chanukkia leuchten, an den Abenden in jenen Häusern, in denen die Menschen keine Angst haben, als Jüdinnen und Juden ausgemacht zu werden. Oder die es der Angst zum Trotz tun.

Jede selbstverständliche Religionsausübung ist ein Schritt in Richtung „Normalität“. Und unter Normalität begreife ich die Erfahrung eines absehbaren und ritualisierten Alltags. Diese Erfahrung ist vielen Jüdinnen und Juden in den letzten Wochen entrisen worden. Heute holen sie wir uns ein Stück weit zurück.

Mein tiefer Dank und Respekt gilt auch dem Förderverein „Neue Synagoge Magdeburg“. Seit über 20 Jahren setzten sich seine Mitglieder unermüdlich für den Neubau der Synagoge ein und hielten an diesem heute wahr gewordenen Traum fest. Sie wagten zu fordern und zu erträumen, was viele nicht für möglich hielten. Die Neue Synagoge ist nun endlich keine Zukunftsmusik mehr.

Der Bau der Synagoge konnte nur dank einer engagierten Politik der Stadt Magdeburg und des Landes Sachsen-Anhaltes gelingen. Ihnen sehr verehrter Herr Ministerpräsident gebührt stellvertretend für dieses Engagement mein Dank.

Sämtliche Einzelspenden von engagierten Bürgern der Stadt trugen ebenfalls zur Finanzierung der Synagoge bei.

In den kommenden Jahren werden wir, werden Sie, liebe Gemeindemitglieder, in Ihrer Synagoge viele wichtige religiöse Feiern und Anlässe zelebrieren, die unser Gemeinschaftsleben bereichern. In der Neuen Synagoge werden junge Menschen ihre Bar Mitzwa feiern und damit symbolisch in die jüdische Gemeinschaft eintreten. Hier werden wir das neue Jahr begrüßen und das jüdische Neujahrfest, Rosch Haschana, feiern. An Purim wird die Synagoge voller ausgelassener verkleideter Kinder sein und der Rabbiner die Geschichte Esther verlesen.

Dieser Ausblick in die Zukunft erfüllt mich mit Zuversicht, denn die Jüdischen Gemeinden in Deutschland, meine Damen und Herren, sind das Fundament, auf dem der Zentralrat der Juden in Deutschland steht.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!



Bürgermeisterin Mandy Schumacher bei ihrer Rede am 14. April 2024, im Hintergrund der Männerchor „Eintracht“ 1881 Gardelegen.

Rede der Bürgermeisterin der Hansestadt Gardelegen zur Gedenkveranstaltung anlässlich des 79. Jahrestages des Massakers von Gardelegen am 14. April 2024

Mandy Schumacher

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
auch im Namen der Hansestadt Gardelegen möchte ich Sie willkommen heißen zur heutigen Gedenkveranstaltung, heute, an dem Tag, an dem vor 79 Jahren das Massaker entdeckt wurde – Das Massaker an über 1.000 Konzentrationslagerhäftlingen aus den Komplexen Mittelbau und Neuengamme, das europaweit eines der größten nationalsozialistischen Todesmarschverbrechen war. Das fand in unserer Stadt statt, in unserer Heimat. Und darum ist dies nicht nur die Geschichte des „Dritten Reiches“ oder dieses Ortes, sondern auch unsere Geschichte – zum Teil auch unsere Familien-

geschichte. Das ist sicher auch der Grund, warum ich heute die Gedenkrede halten darf.

Es gibt nämlich einen inhaltlichen Schwerpunkt, auch in diesem Jahr – der heißt: „Erinnerung bewahren“. Und die Erinnerung zu bewahren, das ist auch, und vor allem unsere Aufgabe: Unsere Aufgabe als Stadt, denn wir tragen ja weiterhin die Verantwortung als Eigentümer des Gedenkortes, aber eben auch als Gardelegener. Das ist keine einfache Aufgabe, denn die Erinnerung an sich bezieht sich eigentlich auf das, was man selbst erlebt hat. Die Definition für Erinnerung ist dann auch: „ein mentales Wiedererleben früherer Erlebnisse und Erfahrungen“.

Und ich denke jeder von uns kann sich noch erinnern, zumindest, wenn das altersmäßig passt, dass er den Mauerfall mitbekommen hat oder den 9. September 2001, den Anschlag auf das WorldTradeCenter. Das sind echte Erinnerungen – Erinnerungen, die in einem Leben, weil man sie erlebt hat.

Die Erinnerungen an das Massaker, dessen Opfern wir heute gedenken, haben wir aber meist schon nur aus zweiter Hand. Dies führt dazu, dass die emotionale Verknüpfung eben gar nicht so da sein kann. Und das macht das Erinnern eben auch so schwierig. Und die große Angst, die immer besteht, ist eben, dass eine Art statische „Erinnerungszwangsveranstaltung“ durchgeführt wird. Das darf nie passieren, und zum Glück ist das bist jetzt auch nicht der Fall. Sondern das, was wir hier machen, das ist ein echtes Erinnern. Ein echtes Gedenken – natürlich der Menschen, die ihr Leben hier verloren haben, aber auch ein Gedenken daran, was alles möglich ist. Sogar in einem kleinen beschaulichen Städtchen, wie bei uns.

Und in dem Wort Gedenken steckt das Wort Denken. Und das ist es, worum ich jeden herzlich bitte: nachzudenken, Bezüge herzustellen, zu eigenen Gedanken und Befindlichkeiten. Das Thema Gedenken ist es natürlich auch ein Thema, zu dem ich mich oft mit Herrn Froese ausgetauscht habe; ich möchte nicht sagen „gestritten“. Insbesondere auch, weil ich auch Gedenkerfahrungen aus DDR-Zeiten habe, die oft Thema waren.

Aber ich möchte mit etwas Anderem anfangen: Ich komme z.B. aus Hottendorf. Das ist ein Ort östlich von hier, der ebenfalls Tatort war. Ein Tatort, über den in unserem Ort nicht gesprochen wurde. Und warum nicht?! Weil Menschen an den Taten beteiligt waren, die von dort waren. Deren Familien noch dort lebten. Wie man immer so schön sagt „Menschen wie du und ich“, waren also in der Lage, schlimmste Verbrechen zu

begehen: In unserem Fall, geflohene Häftlinge zu verfolgen und zu töten. In Hottendorf gibt es zehn Grablagen für Personen, die so getötet wurden. Das möchte man nicht wahrhaben, dass sowas Menschen gemacht haben, die man gern hatte.

Im letzten Jahr wurde der Ort des Gedenkens würdevoll neugestaltet und es fand auch eine Informationsveranstaltung zu Wissensständen bei uns statt. Noch da war die Emotionalität ganz, ganz stark zu merken. Und das ist ja auch selbstverständlich. Wer kann sich schon vorstellen, dass sein Vater, sein Onkel, sein Großvater in der Lage war, derartige Verbrechen zu begehen? Niemand. Dennoch ist es so gewesen. Und zwar nicht nur bei uns, sondern auch in vielen anderen Ortsteilen, rund um unseren eigentlichen Gedenkort hier in Gardelegen herum.

Und so war es auch hier, direkt vor Ort. Denn auch hier waren Menschen beteiligt, die ihren Lebensmittelpunkt hier hatten: Volkssturm-Angehörige, vor ortsanwesende Wehrmachtssoldaten, Mitglieder von NS-Organisationen: Menschen, die auch genau wussten, dass sie ein schweres Verbrechen begangen haben. Denn sonst hätte es die Vertuschungsversuche nicht gegeben. Zum Glück haben diese aber nicht funktioniert, so dass die Amerikaner den Ort des Grauens hier entdeckt haben.

Und schon dieser Zeitraum der Entdeckung und der Tage danach wird später so unterschiedlich dargestellt und bewertet – so unterschiedlich erinnert; das ist ja unser Thema heute

Denn dieser Ort hier, das ist nicht nur der Ort der Geschichte des heutigen Tages und des gestrigen Tages vor 79 Jahren, nein das ist auch ein Ort nachfolgender Zeitschichten: Gleich nach der Tat, aber eben auch Jahrzehnte danach.

Und da zeigt sich, wie anfällig Geschichte für die Ausnutzung im Sinne des bestehenden Gesellschaftssystems ist. Und das darf nicht passieren!

Eine ganz objektive Darstellungsweise von Ereignissen ist schwer. Das ist klar, weil durch menschliche Erinnerung aber auch durch bewusst andere Darstellung ist das fehleranfällig. Und das weiß ich, weil ich auch Teil einer solchen Anfälligkeit war. Wir sprechen ja hier auch über das Gedenken in den weiter zurück liegenden Jahrzehnten. Viele von uns haben hier ihr Pionierhalstuch bekommen, die FDJ-Bluse, auch ich.

Können Sie sich erinnern an diesen Gedenkort als Stätte sozialistischen Gedenkens? Oft hatte ich Diskussionen mit Herrn Froese über die Frage, wie ehrlich dieses Gedenken war? Oder, ob es ein „Zwangsgedenken“ war? Ich kann für mich sagen, für mich war es auch immer ein ehrliches Gedenken.

Und trotzdem sehe ich heute – damals nicht – unglaubliche Parallelen: Wir sind in einer Quasi-Uniform hierhergekommen in einem fackelbeleuchteten Aufmarsch, um hier eine weitere „Weihe“ zu bekommen. Mir ist es damals nicht aufgefallen, aber heute finde ich, dass sich das von der Art und Weise nicht sehr von den Organisationsstrukturen für Kinder und Jugendliche in der NS-Zeit unterschieden hat.

Und auch die historische Bewertung der Vorgänge hier, ist zu DDR-Zeiten instrumentalisiert worden. Da kann man sich drüber aufregen und es ablehnen wollen, aber es bleibt trotzdem die Wahrheit.

Diana Gring schreibt dazu 1993 in ihrem Heft „Die Todesmärsche und das Massaker von Gardelegen“ richtigerweise zur Richtlinie des damaligen Staates im Umgang mit Gedenkstätten. Ich erlaube mir, zu zitieren aus Seite 36: „Im Vordergrund steht der Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen den Faschismus im NS-Regime (und gleichzeitig die Anklage gegen Imperialismus, Neofaschismus und Militarismus in der Bundesrepublik, die führende Rolle der KPD und Sowjetarmee im Kampf gegen den Nationalsozialismus und die besondere Rolle der DDR, als Erbe des Antifaschismus.“

Ich habe mich mit der Frage beschäftigt, ob das wirklich so war oder ob das auch nur eine im Nachhinein vorgenommene Betrachtungsweise ist. Und wenn ich mir jetzt zum Beispiel das Heft zur Geschichte des Mahn- und Gedenkweges ansehe – ich habe hier die zweite überarbeitete Auflage aus 1984 – dann muss ich feststellen, dass das so ist. Denn auf Seite 17 wird Bezug genommen auf das, was nach der Tat hier passiert ist – ich zitiere:

„Die 1.016 Opfer des Infernos vom 13. April 1945 wurden damals von der Bevölkerung der Stadt Gardelegen zur letzten Ruhe gebettet. Auf jedes Grab wurde ein weißes Holzkreuz gesetzt. 1.016 Kreuze. Jedes Kreuz steht für ein bestialisch ausgelöschtes Menschenleben. Die Mehrzahl der Kreuze trägt die Inschrift „unbekannt“: Kein Wort in diesem Heft davon, dass der Oberbefehlshaber der US-amerikanischen Besatzungstruppen, Keating, den Befehl erlassen hat, wonach alle männliche Bevölkerung die Exhumierung und Bestattung der Opfer vornehmen müsse, unter Militäraufsicht. Aber das ist die Wahrheit, es gab keine freiwillige Umbettung hier. Es war eine erzwungene Konfrontation der lokalen Bevölkerung.

Und auch die auferlegte Verpflichtung zur Pflege der Gräber wurde nur ganz kurze Zeit regelmäßig durchgeführt. Es gibt wenige Ausnahmen, diese pflegen allerdings auch

bis heute. Aber das ist eben die Gefahr, die in Erinnerungen und der Erinnerungskultur vorkommen kann: dass sie missbraucht wird.

Und ein weiteres Beispiel dafür ist auch die Tafel, die dort wieder steht. Hier steht jetzt ein Duplikat der Originaltafel. Auf der alten Tafel, die zu DDR-Zeiten hier stand, konnte man die damalige Geschichtsdarstellung lesen. Denn da stand: „Am 13. April wurde von der faschistischen Waffen-SS 1.016 Gefangene aus verschiedenen Konzentrationslagern in der nahegelegenen Feldscheune auf bestialische Art und Weise ermordet.“

Und es war eben nicht nur die Waffen-SS. Und auch wenn es schmerzt, auch die Täter gehören zu unserer Stadt, so wie auch die Opfer, die später teilweise in unserer Stadt geblieben sind, zum Beispiel aus Liebe.

Wir müssen den abstrakten geschichtlichen Blick vielleicht öfter tauschen gegen die konkrete Biografiearbeit – das ist etwas, von dem ich denke, das beflügelt die Erinnerung, die Erinnerungskultur. Denn das macht es greifbarer für jeden von uns. Denn die Verbrechen sind so groß, dass man sie in ihrer Größe gar nicht richtig fassen kann, weil sie unvorstellbar sind.

Aber anders ist es doch, wenn man konkret darüber hört oder liest, dass Menschen aus Gardelegen erzählen, wie am Tag vor dem Massaker die Menschen durch die Stadt getrieben wurden oder wie sie gesehen haben, dass Menschen erschossen wurden, zum Beispiel vor dem Fleischer oder in der Bahnhofstraße, auf dem Rathaus- und dem Marktplatz, vor dem Salzwedeler Tor. Das haben die Menschen aus unserer Stadt gesehen und später auch berichtet. Aber die wenigsten haben eingegriffen.

Bei einer Veranstaltung in Mieste vor ein paar Jahren habe ich erlebt, wie dann gesagt wurde, „Ja, aber die Häftlinge wurden ja auch von den Miestern mit Essen versorgt.“

Ja, auf Grund einer Befehlssituation. Aber wie viele Menschen haben sich damals entschieden, freiwillig zu helfen? Sicher aus heutiger Zeit können wir nicht beurteilen, wie es sich angefühlt hat, wie die Menschen gedacht haben. Aber es gab ja Menschen, die sich entschieden haben zu helfen, andere zu verstecken, zu versorgen. Auch darüber gibt es ja umfangreiche Erfahrungsberichte von Überlebenden zum Beispiel. Trotzdem darf die Erinnerung hier nicht verfälscht werden.

Ganz viele haben geholfen? Nein – so war es nicht. Das waren die Wenigsten und wir stehen ja hier nicht nur, um der Opfer zu gedenken, sondern auch, um uns für die

Zukunft sicher zu machen, dass so etwas nie wieder passiert. Und darum muss man sich immer Gedanken machen um sein eigenes Tun.

In diesem Zusammenhang stellt sich natürlich die Frage, wann ist denn eigentlich die Zeit, einzuschreiten? Wann ist die Zeit, um etwas zu sagen? Denn häufig, das möchte ich auch einmal sagen, jedenfalls nach meiner Meinung, erscheint Schweigen, obwohl man etwas anderes denkt, für den Anderen als eine Zustimmung. Und wenn man das in größerer Gruppe macht, dann denken alle, dass ist die Meinung der Mehrheit. Darum denke ich, es ist wichtig seine Meinung offen zu sagen. Man erreicht viel damit. Den Punkt des „wann“ zu finden, das ist schwierig. Ich denke hier immer an ein Zitat von Martin Niemöller, was auch in abgewandelter Form bekannt ist. Da heißt es: „Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen. Ich war ja kein Kommunist. Als sie die Gewerkschafter holten, habe ich geschwiegen. Ich war ja kein Gewerkschaftler. Als sie die Juden holten, habe ich geschwiegen. Ich war ja kein Jude. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.“ Und meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist das, was ich denke.

Es gibt Anfänge, wo jeder denkt, „Ach, das geht mich ja nichts an, da bin ich weit von entfernt. Lass die mal machen.“ Aber nein, auch in der damaligen Situation gab es Menschen, die so gedacht haben und die vielleicht nicht wie Herr Niemöller dann selbst verhaftet wurden, aber deren Land dann doch einige Jahre später in einem unglaublichen Krieg mit Leid und Toten für jede Familie gezogen wurde.

Darum, wenn wir hier erinnern und gedenken, dann ist das kein Selbstzweck, sondern wie gesagt, in dem Wort Gedenken, hier steckt „Denken“ drin. Und jeder von uns sollte ganz oft darüber nachdenken, wann der richtige Zeitpunkt ist, aufzustehen, seine Meinung zu sagen. Und ich war froh, dass nun in der vergangenen Zeit vielen Leuten bewusst wurde, dass es Zeit ist, aufzustehen, seine Meinung zu sagen für Demokratie, für Pluralität, für eine Gesellschaft, die alle willkommen heißt, die an dieser Gesellschaft teilhaben wollen und die Gesellschaft und ihre Regeln akzeptieren.

Und ich glaube, dass die Erinnerung natürlich auch durch solche Veranstaltungen bewahrt wird. Aber sie wird durch etwas Anderes viel mehr befördert – durch konkreten Kontakt mit Menschen. Und sei es auch nur, wenn man sich um die Erforschung der Biografien von Verstorbenen kümmert, so wie es zum Beispiel die AG Stolpersteine gemacht hat. Man hat einfach eine ganz andere Verbindung dazu, ein ganz anderes Denken danach.

Oder zum Beispiel der Kontakt mit Nachkommen von Menschen aus dieser Zeit. Sei es als Helfer, wie bei den südafrikanischen Verwandten von Pfarrer Franz oder sei es bei den Opfern des Massakers.

Ich kann mich noch sehr gut an eine Gedenkveranstaltung hier erinnern, als eine Enkeltochter sprach, die endlich wusste, wo ihr Großvater ums Leben gekommen ist und welche Auswirkung das für sie und ihre Familie hat, auch heute noch. Darum fand ich das auch richtig gut, als meine Tochter sich hat konfirmieren lassen, gab es im Vorfeld eine Wanderung entlang des Gedenkweges, wo man sich auch mit der Thematik beschäftigt hat. Auch in Bezug auf christliche Werte, die ja auch das hochhalten, was wir als gesellschaftliche Werte für wichtig halten.

Auch eine besondere Sache hier bei uns ist der aktive Förderverein der Gedenkstätte und die vielen ehrenamtlichen Pfleger der Gedenksteine. Und insofern ist das Vorhalten von solchen Erinnerungsorten, die Durchführung von Erinnerungsveranstaltungen, das Aufarbeiten unserer regionalen Geschichte und damit auch unserer Familiengeschichten, auch wenn es weh tut, ganz unbedingt erforderlich, um uns für die Zukunft ein sicheres Warnsystem anzueignen. Denn wir alle tragen die Verantwortung dafür in uns, dass derartige Verbrechen nicht wieder geschehen.

Und in dem Wort Verantwortung steckt das Wort Antwort. Und die Antwort, was jeder bereit ist dafür zu tun, die kann sich nur jeder selber geben. Aber nichts zu tun, nicht einzuschreiten, nicht zu diskutieren, nicht seine Meinung zu sagen, wird jedenfalls nicht dazu führen, dass wir sicher sein können, dass derartige schreckliche Verbrechen nicht noch einmal passieren.

Vielen Dank



Prof. Dr. Benjamin Ziemann bei seinem Festvortrag am 22. Februar 2024 im Landtag von Sachsen-Anhalt.

100 Jahre Reichsbanner¹

Benjamin Ziemann

Am 22. Februar 1924, also genau vor 100 Jahren, versammelte sich hier in Magdeburg eine Gruppe ortsbekannter politischer Persönlichkeiten, um eine neue Organisation aus der Taufe zu heben. Zu diesem Kreis zählten der Oberpräsident der preußischen Provinz Sachsen, deren Hauptstadt Magdeburg war. Otto Hörsing, 1874 in Ostpreußen als Sohn eines kleinen Landwirts geboren, hatte nach langen Wanderjahren als Arbeiter in verschiedenen Berufen 1906 eine Karriere als lokaler Parteisekretär der SPD begonnen. Nach dem Ende des Weltkrieges stieg er rasch in hohe politische Ämter auf und kam 1920 nach Magdeburg. Hörsing war für seine ungeschliffenen Umgangsformen bekannt. Harry Graf Kessler, in seinen Tagebüchern ein wichtiger Chronist der Zeit, hat ihn als „grober Klotz mit Humor und derber Faust“ charakterisiert.

Aber Hörsing war, das war entscheidend, in der politischen Szene der Provinz Sachsen bestens vernetzt, und zwar weit über die sozialdemokratische Arbeiterbewegung mit ihren beiden Säulen, der SPD als Partei und den Freien Gewerkschaften, hinaus. Hörsing war von Beginn an die treibende Kraft hinter der Gründung des neuen Verbandes und fungierte auch aus diesem Grund bis Dezember 1931 als dessen Bundesvorsitzender. Als intellektueller Kopf der Gründung kann Karl Höltermann gelten. 1894 geboren, war er stark durch seine Fronterlebnisse im Ersten Weltkrieg geprägt. 1920 wurde er Redakteur der sozialdemokratischen *Magdeburger Volksstimme*, bald darauf deren Chefredakteur.

Weitere Mitglieder dieses Kreises waren Walter Röber, Gauleiter des 1917 gegründeten Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen; Ernst Brandenburg, der seit 1921 die SPD im preußischen Landtag vertrat, und weitere Sozialdemokraten aus Magdeburg. Zu diesem Gründungszirkel zählten aber auch Alexander Pohlmann, der Regierungs-Präsident von Magdeburg, und ein Polizeioberst namens Hardt. Beide waren Mitglieder der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei. An den Beratungen über die Gründung des Verbandes nahmen auch ein Mitglied der katholischen Zentrumspartei teil, ein Funktionär der Christlichen Gewerkschaften.

Dieser in Magdeburg versammelte Kreis gründete das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Bund republikanischer Kriegsteilnehmer“. Doch warum erfolgte diese Gründung in Magdeburg, und warum Anfang 1924? Die Geschichte der republikanischen Wehrpolitik in der Revolution 1918/19 ist die Geschichte eines Scheiterns. Es gab Versuche, durch den Aufbau einer Volkswehr einen Stamm republiktreuer Verbände zu schaffen. An einigen Orten entstanden Volkswehreinheiten aus den örtlichen Soldatenräten. Aber die Spaltung der Arbeiterbewegung in eine radikale Linke und die Mehrheits-SPD verhinderte eine stärkere Mobilisierung für die Volkswehr. Die im März 1919 gegründete Vorläufige Reichswehr übernahm nur 11.000 Mann aus der Volkswehr. Der Kapp-Putsch im März 1920 zeigte noch einmal auf, auf welcher unsicherer Grundlage die Wehrpolitik der Republik stand. Zugleich erschütterte eine Serie von Attentaten gegen republikanische Politiker das Land, und radikalnationalistische Wehrverbände wie der „Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten“ attackierten ihre politischen Gegner.

In dieser Situation entstanden in verschiedenen Gegenden Deutschlands lokale und regionale sozialdemokratische Selbstschutzverbände. Als direkte Reaktion auf die Ermordung Walther Rathenaus entstand 1922 in Hamburg eine „Vereinigung Republik“,

in München Ende 1921 die „Sicherheitsabteilung“ der lokalen SPD, die sogenannte „Auergarde“. In einigen Städten Ostpreußens wählte man das Modell eines überparteilichen Zusammenschlusses, so im „Republikanischen Frontkämpferbund“, der im November 1923 in Königsberg unter maßgeblicher Beteiligung von Vertretern der DDP und des Zentrums gegründet wurde.

In Magdeburg hatte die SPD 1922 einen Selbstschutz gegründet, die „Republikanische Notwehr“. Das war eine Reaktion auf die Störung von Versammlungen durch Mitglieder des Stahlhelms und der KPD, aber auch auf die starke örtliche Präsenz des Stahlhelms insgesamt, der seine Zentrale in Magdeburg hatte. Diese „Notwehr“ organisierte erstmals am 15. April 1923 einen Marsch durch die Stadt, der mit einer öffentlichen Erklärung Hörsings endete. Im Herbst 1923 gehörten ihr angeblich bereits 25.000 Mitglieder an. Im SPD-Parteivorstand gab es zunächst erhebliche Bedenken gegen die Idee eines zentralen Wehrverbandes. Seit dem Herbst 1923 räumten die erneuten Putschvorbereitungen von Teilen der Reichswehr und der Hitlerputsch diese Bedenken aus.

Das in Magdeburg aus der Taufe gehobene Reichsbanner kombinierte also Strukturelemente seiner lokalen und regionalen Vorläufer. Erstens die Idee eines Selbstschutzes, der die sichere Durchführung von Versammlungen und Wahlkämpfen der SPD sicherstellen und deren Mitglieder vor Attacken radikalnationalistischer Gewalttäter schützen sollte. Zweitens das Ziel, gegen den Stahlhelm und andere nationalistische Wehrverbände all jene ehemaligen Kriegsteilnehmer des Ersten Weltkrieges zu sammeln, die für die Republik eintraten. Der mythologisch aufgeladene Begriff des „Frontsoldaten“ sollte so nicht länger den Gegnern der Republik überlassen bleiben. Leitend war – drittens – der Gedanke der Zusammenarbeit aller engagierten Republikaner unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit, und deshalb die Zusammenarbeit von Vertretern der Parteien der sogenannten „Weimarer Koalition“, der SPD, DDP und des Zentrums. Aus diesem Grund war eine Fortsetzung der Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten, wie sie in Thüringen und Sachsen in den seit Anfang 1923 aufgebauten „Proletarischen Hundertschaften“ stattfand, aus Sicht der SPD-Führung keine Option.

Ich habe diese Zusammenhänge ausführlich geschildert, um den historischen Kontext zu verdeutlichen, in dem die Gründung des Reichsbanners stattfand, die Bedeutung des Ortes, an dem das geschah, und die Erfahrungen, die in die Gründung einfließen.

Heute vor einhundert Jahren war keineswegs absehbar, ob der eben gegründete Verband ein Erfolg werden würde. Der eigentliche Aufbau der Organisation erfolgte erst seit dem Frühjahr 1924. Aber bereits im Spätsommer desselben Jahres konnte die Magdeburger Verbandszentrale des Reichsbanners stolz beeindruckende Zahlen vermelden. Demnach existierten rund 5.600 Ortsgruppen, die 1,2 Millionen Mitglieder organisierten. Wie alle Mitgliederzahlen von Wehr- und Veteranenverbänden der Weimarer Zeit ist diese Angabe mit Vorsicht zu betrachten. Es gibt gute Gründe für die Annahme, dass das Reichsbanner nie mehr als eine Million Mitglieder hatte. Aber selbst diese Zahl ist aus zwei Gründen bemerkenswert. Zum einen nahm die Mitgliederzahl auch in der krisenhaften Endphase der Republik seit 1930 nicht ab, sondern eher noch leicht zu. Zum anderen war das Reichsbanner damit immer noch stärker als die wichtigsten rechtsnationalen Wehr- und Veteranenverbände zusammen. Der Stahlhelm erreichte 1932 einen Höchststand von 350.000 Mitgliedern, der antisemitische Jungdeutsche Orden hatte 1924 noch etwa 100.000 Mitglieder. Die „Sturmabteilungen“ der NSDAP zählten Ende 1931 rund 260.000 Mitglieder, Ende 1932 dann mehr als 400.000 Mitglieder.

In seinem Anfang März 1924 veröffentlichten Gründungsaufruf wandte sich das Reichsbanner an all jene, die es organisieren wollte: „Kriegsteilnehmer, Republikaner!“ Der kurze Text erwähnte die für die Gründung leitenden Erfahrungen. „Bewaffnete Sturmhaufen“ von Männern, die nur vorgaben, „nationale Ziele zu verfolgen“, hätten „die Entfesselung des Bürgerkrieges“ vorbereitet. Die so organisierten Männer seien „Opfer wüster Demagogen“, die ihre wahren Ziele „hinter schmachtvoller Judenhetze verstecken“. „Kommunisten und Monarchisten“, so hieß es weiter, hätten im Reichsbanner keinen Platz. Mit den Mitteln der „Aufklärung und Werbung“ wolle man künftig dem „nationalistischen und kommunistischen Demagogentum“ entgegentreten. Zugleich forderte man die Besetzung aller wichtigen Ämter in Verwaltung, Schule und Justiz „mit Republikanern“.

In diesem Gründungsaufwurf sind – direkt oder indirekt – fünf wesentliche Zusammenhänge angesprochen, die sowohl die historische Leistung des Reichsbanners als auch Grenzen seiner Wirksamkeit umreißen. Diese fünf Zusammenhänge und ihre Bedeutung will ich nun vertiefen.

Dabei geht es – erstens – um das, was der Politologe Dolf Sternberger 1970 mit Blick auf die Bundesrepublik als „Verfassungspatriotismus“ bezeichnet hat. Sternberger

und im Anschluss an ihn Jürgen Habermas bezeichnen damit eine Form nationalen Denkens, die nicht in der Vorstellung einer ethnischen Einheit des Volkes oder dem Gefühl der Überlegenheit über andere Nationen begründet ist. Verfassungspatriotismus baut vielmehr auf dem republikanischen Gedanken auf. Er sieht den Wert nationaler Zugehörigkeit in der aktiven, staatsbürgerlichen Teilnahme an dem durch die Verfassung begründeten und in seinen Strukturen umrissenen demokratischen Gemeinwesen. Die Weimarer Republik kannte den Begriff des „Verfassungspatriotismus“ noch nicht. Dies ergibt eine Durchsicht der heute digital erschlossenen Quellenbestände wie etwa der Sitzungsprotokolle des Reichstages oder der SPD-Tageszeitung „Vorwärts“. Die damit bezeichnete Sache – ein auf der Verfassung begründeter Patriotismus – war allerdings bereits zur Zeit der Weimarer Republik bekannt.

Der Gründungsaufruf des Reichsbanners berief sich gleich einleitend auf die „neue Verfassung“, die sich das deutsche „Volk“ in Weimar selbst gegeben hatte und die, von den „Grundmauern“ aufwärts, den „Bau“ des neuen Gemeinwesens begründen sollte. Seinen sichtbarsten Ausdruck fand der Weimarer Verfassungspatriotismus in der Feier des Verfassungstages, der an die Unterzeichnung der Weimarer Verfassung durch Reichspräsident Friedrich Ebert am 11. August 1919 erinnerte. Von 1921 bis 1932 feierte jede Reichsregierung der Weimarer Republik den Verfassungstag, obwohl er nie ein nationaler Feiertag wurde. Eine Parlamentsmehrheit, die eine Erhebung zum Nationalfeiertag ermöglichen hätte, kam nicht zustande, weil auch die Sozialdemokraten dies nicht vorbehaltlos unterstützten. Der linke Flügel der SPD fand, die Republik solle ihren Geburtstag jährlich am 9. November, dem Tag der Revolution, feiern.

Das Reichsbanner machte sich die Feier des Verfassungstages vorbehaltlos zu eigen. Die Ortsgruppen des Verbandes zelebrierten dieses symbolische Gründungsdatum der Republik mit Aufmärschen, Chorgesängen, Theateraufführungen und Ansprachen. Seit Mitte der 1920er Jahre wurde ein Festumzug zum wichtigen Bestandteil der Verfassungsfeier in der Reichshauptstadt, die der Reichskunstwart Edwin Redslob organisierte. Bei diesen Gelegenheiten marschierten zunächst Tausende, dann Zehntausende von Reichsbannermännern durch die Berliner Innenstadt, in besonders großer Zahl am 11. August 1929, dem zehnten Geburtstag der Republik.

Dem Konzept des „Verfassungspatriotismus“ in der von Jürgen Habermas vertretenen Form ist oft vorgeworfen worden, dass ihm eine emotionale Komponente fehle. Eine rein rationale Bindung an das demokratische Gemeinwesen reiche nicht aus. Mit

Blick auf die Praxis des Reichsbanners kann davon keine Rede sein. Das wird deutlich, wenn wir die Flaggenfrage in den Blick nehmen, abseits der großen politischen Entscheidungen eines der wichtigsten Themen der Weimarer Zeit. In der Diskussion alternativer Flaggenoptionen verbanden sich Gemeinschaftsbildung, die Abgrenzung politischer Grundhaltungen und die emotionale Bindung an bestimmte Werte. Die Weimarer Nationalversammlung hatte sich für schwarz-rot-gold als Nationalfarben entschieden, allerdings nur als Teil eines Kompromisses, der Schwarz-Weiß-Rot als Element etwa für die Flagge der Handelsmarine vorsah. Das rechtsnationale Lager benutzte jede Gelegenheit, die (inoffiziellen) Farben des Kaiserreichs, Schwarz-Weiß-Rot, in der Öffentlichkeit zur Schau zu stellen. Demgegenüber zeigte das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold bereits in seinem Namen an, dass es sich vorbehaltlos hinter die Farben der Republik stellte.

Man mag einwenden, dass die symbolische Orientierung an den Farben der Republik nur ein äußerliches Gepränge gewesen sei, die mit der Lebenswelt der einfachen Reichsbannerleute nichts zu tun hatte. Wir sind heute, nach der Erfahrung der propagandistischen Nutzung von Flaggensymbolen durch den NS-Staat, skeptisch sowohl was die Benutzung von Flaggen als Symbolen als auch was die tatsächliche Bindung breiter Bevölkerungskreise an sie angeht. Die Realität im Reichsbanner sah anders aus. Einen Einblick in diese Zusammenhänge bietet ein Manuskript mit dem Titel „Gedanken eines Reichsbannermannes auf Grund von Erlebnissen und Erfahrungen“, das ein einfaches Reichsbannermitglied 1926 verfasste. Sein Autor, Fritz Einert, Angestellter in einer Besteckfabrik im thüringischen Schmalkalden, SPD-Mitglied und Gründungsmitglied der Reichsbanner-Ortsgruppe, hatte es zur Selbstverständigung verfasst. Durch die Relektüre seiner Feldpostbriefe aus dem Weltkrieg motiviert, wollte er die Gründe für seine Unterstützung des republikanischen Verbandes darlegen. Einerts Überlegungen kamen immer wieder auf die Flaggenfrage zurück. Sie war der wichtigste, emotional bedeutsame Ausdruck seines Engagements für die Weimarer Ordnung. Rückblickend auf den Krieg schrieb er, ich zitiere:

„Niemand hat sich darum gekümmert, welches Symbol hinter schwarz-weiß-rot steht und niemand kann sagen, daß wir aus Überzeugung für schwarz-weiß-rot gekämpft hätten, zumal das Militär-System, das hinter diesen Farben stand, auf jedem Soldaten wie ein Alp lastete. Wäre in dem Krieg jedem Soldaten die Frage vorgelegt worden, ob er für die schwarz-weiß-rote Fürstenfahne, hinter der „Krieg“ stand,

kämpfen oder ob er für die schwarz-rot-goldene Volksfahne, hinter der „Friede und Völkerversöhnung“ steht, kämpfen wolle, so weiß ich bestimmt, wie die Entscheidung ausgefallen wäre.“

Eiert machte zugleich klar, dass er seinen Einsatz für die durch schwarz-rot-gold symbolisierte Verfassungsordnung als den wahren Patriotismus verstand. Er verdeutlichte dies durch eine Reihe von rhetorischen Fragen. Ich zitiere nochmals:

„Ist der nationaler, welcher, obwohl er gesunde Knochen hatte, den Krieg in der Heimat oder Etappe verbracht hat, oder der Frontsoldat, der sich heute im Reichsbanner befindet, oder ist der nationaler, welcher sich auf Kosten des deutschen Vaterlandes und des deutschen Volkes bereichert hat oder der, welcher für 53 Pfg. pro Tag [der Tagessold im Weltkriegsheer] im Dienste des Vaterlandes stand, sich heute aber im Reichsbanner befindet.“

Der Verfassungspatriotismus des Reichsbanners war ganz bewusst ein Patriotismus, das Bekenntnis dazu, dass die deutsche Nation in der republikanischen Ordnung ihre historisch legitime Form gefunden hatte.

Die Gründung des Reichsbanners stand – zweitens – im Zeichen der Überparteilichkeit. Der Verband brachte Vertreter der SPD, der DDP und des katholischen Zentrums zusammen. Es stellte sich aber bald heraus, dass mindestens 85%, wenn nicht 90% der einfachen Mitglieder entweder Wähler oder Mitglieder der SPD waren. Auf der Ebene der Ortsvereine war das Reichsbanner somit fest mit den Organisationskultur der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung verbunden, zu der neben dem bereits genannten Reichsbund der Kriegsbeschädigten die Vereine der Arbeiterkultur- und Arbeitersportbewegung gehörten. Aus der Perspektive seiner SPD-Mitglieder war die aktive Teilnahme am Reichsbanner ein legitimer Kompromiss. An die Stelle der roten Fahne, dem traditionellen Symbol der sozialistischen Arbeiterbewegung, trat der Einsatz für Schwarz-Rot-Gold, die Farben der Republik.

Gerade weil die Masse der Mitglieder die SPD unterstützten, war das Reichsbanner darum bemüht, in seinen regionalen und nationalen Führungsgremien die Maxime der Überparteilichkeit klar zum Ausdruck zu bringen. Dies zeigte sich vor allem in der Besetzung des Reichsausschusses, dem erweiterten Vorstand des Verbandes. Ihm gehörten namhafte Vertreter sowohl des Zentrums – etwa die Reichskanzler Wilhelm Marx und Joseph Wirth oder der christliche Gewerkschafter Heinrich Hirtsiefer – als auch der DDP – etwa die Publizisten und Zeitungsherausgeber Otto Nuschke und

Theodor Wolff – an. Zu den beliebtesten Rednern des Reichsbanners gehörten zwei Offiziere a.D. des kaiserlichen Heeres, Berthold von Deimling und Paul von Schoenaich, ab 1929 der Vorsitzende der Deutschen Friedensgesellschaft. Beide waren Mitglieder der DDP. Vor allem von Deimling vermochte es, mit seinen Reden die Massen zu begeistern. Ende 1924 jubelten ihm im Berliner Sportpalast 20.000 begeisterte Teilnehmer einer Reichsbannerkundgebung zu. Der „jugendlich straffe General“, so schrieb die *Frankfurter Zeitung* 1928, erhielt die „stürmische Ovation“ seiner Zuhörer wenn er etwa die Notwendigkeit der Aussöhnung mit Frankreich betonte.

Das Reichsbanner basierte – drittens – auf der zivilgesellschaftlichen Aktivierung seiner Mitglieder. Sie setzten sich in ihrer karg bemessenen Freizeit – seit 1924 war die Arbeitswoche für die meisten Arbeiter wieder 48 Stunden lang – für die republikanische Sache ein. Die Mitgliedschaft im Reichsbanner verschaffte ihnen keine wirtschaftlichen Vorteile, wie jene im Stahlhelm oder anderen Rechtsverbänden, sondern wenn dann eher Nachteile. Fritz Einert wusste um diese Zusammenhänge. Er hatte beobachtet, dass örtliche Fabrikanten nach Streiks nur solche Arbeiter wieder einstellten, die sich dem Stahlhelm anschlossen. Im April 1926 sandte er sein Manuskript an den Historiker Ludwig Bergsträsser, der als DDP-Reichstagsabgeordneter die „Ursachen des deutschen Zusammenbruchs“ 1918 untersuchte und selbst Mitglied des Reichsbanners war. In seinem Anschreiben bat er Bergsträsser um – ich zitiere – „vollständige Diskretion, denn ich bin Angestellter in einem Fabrik-Unternehmen und natürlich wirtschaftlich abhängig.“

Namhafte linke Publizisten wie Carl von Ossietzky und Kurt Tucholsky haben das Reichsbanner wiederholt kritisiert. In dessen Aufmärschen und Fahnenweißen fehlte ihnen intellektueller Schwung, und das Innenleben der Ortsvereine – soweit sie es von außen wahrnahmen – erinnerte sie an den Militarismus der Kriegervereine des Kyffhäuserbundes. Dem widersprach etwa Hermann Schützinger, Polizeioberst a.D. und Mitglied des Reichsausschusses des Reichsbanners. Gegen den intellektuellen Hochmut, der für ihn in dieser Kritik aufschien, forderte er Tucholsky dazu auf, den „unendlich opfermütigen Reichsbanner-Muschkot“, die zum Schutz der Republik auf die Straße gingen, seinen Respekt zu zollen.

Das Reichsbanner engagierte sich – viertens – gegen Antisemitismus in jeglicher Form. Das machte bereits, wie erwähnt, sein Gründungsaufruf deutlich. Neun Prozent der Mitglieder des Reichsausschusses waren jüdischen Glaubens oder hatten einen jüdischen

Familienhintergrund, weitaus mehr als ihrem Anteil an der deutschen Bevölkerung von weniger als einem Prozent entsprach. Der DDP-Reichstagsabgeordnete Ludwig Haas und Erich Kuttner, der Gründer des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, waren sowohl im Reichsausschuss des Reichsbanners als auch im C.V., dem „Centralverein der deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens“, aktiv. Der jüdische Rechtsanwalt Fritz Bauer, der als Generalstaatsanwalt in Hessen nach 1945 maßgeblich zur Ahndung von NS-Verbrechen beitrug, war in der Rechtsberatung für das Reichsbanner tätig und übernahm 1931 den Vorsitz der Ortsgruppe Stuttgart. Durch öffentlichen Widerspruch gegen antisemitische Propaganda, durch juristische Ahndung von Rechtsverstößen und durch den Versammlungsschutz bei Auftritten demokratischer Redner jüdischer Herkunft setzte sich das Reichsbanner konsequent für die Rechte der jüdischen Deutschen ein. So konsequent, dass völkische Politiker vereinzelt den Verband selbst mit antisemitischer Hetze überzogen.

Schließlich war das Reichsbanner – fünftens – ein Bund republikanischer Kriegsteilnehmer. Der Gründungsaufwurf wandte sich ausdrücklich an jene, die als „Republikaner ins Feld gezogen oder als solche“ aus ihm zurückgekehrt seien. Diese Berufung auf das Erbe der Front hatte ambivalente Folgen. Auf der einen Seite konnte das Reichsbanner damit dem Frontsoldatenmythos der Rechten entgegentreten. Im Gegensatz dazu propagierte es einen gemäßigten Pazifismus, den Friedenswunsch und den Wunsch nach Völkerverständigung als die eigentlichen Ziele der Kriegsveteranen. Auf der anderen Seite schloss das Reichsbanner damit Frauen als potenzielle Unterstützer der Republik aus und blieb ein reiner Männerverein. Auf der Jahreshauptversammlung 1926 wurde der Antrag gestellt, einen „Frauenbund Schwarz-Rot-Gold“ zu gründen. Ohne dass er überhaupt diskutiert worden wäre, verschwand er wieder von der Tagesordnung. „In der Stunde der Gefahr“ müsse das Reichsbanner „zufassen“, und Frauen hätten dabei nichts zu suchen. So begründete der Bundesvorstand diese Politik. Erst im Rahmen der „Eisernen Front“, in der Reichsbanner, Freie Gewerkschaften und Arbeitersportler ab 1931 gegen die nationalsozialistische Bedrohung kämpften, waren dann auch Frauen ausdrücklich erwünscht. Mit dem Ausschluss von Frauen wurde eine große Chance vertan, mehr als die Hälfte der Bevölkerung für die Republik zu aktivieren. Angesichts der Tatsache, dass es die Republik war, die Frauen das Wahlrecht gab und sie damit als gleichberechtigte Staatsbürgerinnen anerkannte, wog dieses Versäumnis besonders schwer.

Auf viele andere wichtige Aspekte der Arbeit des Reichsbanners kann ich hier aus Zeitmangel nicht eingehen, etwa seine wehr- und friedenspolitischen Vorschläge, seine Reaktion auf die politische Gewalt vor allem der „Sturmabteilungen“ der NSDAP und damit auch auf die Geschichte jener gewaltsamen Zusammenstöße, in die Mitglieder des Reichsbanner verwickelt waren, und zwar in der Regel als Opfer.

Eine Schlussfolgerung aus dem Gesagten ist wohl unausweichlich. Anders als eine oft kolportierte und bereits von den Zeitgenossen benutzte Redensart suggeriert, war die 1919 in Weimar geschaffene Verfassungsordnung keine „Republik ohne Republikaner“. Die schiere Größe und die vielfältigen Aktivitäten des Reichsbanners widerlegen diese These. Ich habe die Arbeit des Reichsbanners unter fünf Gesichtspunkten akzentuiert, die seit seiner Gründung prägend waren: der in den Reichsfarben symbolisch verdichtete Verfassungspatriotismus; die überparteiliche Zusammenarbeit aller vorbehaltlos demokratischen Parteien; das zivilgesellschaftliche Engagement aktiver Staatsbürger; die Abwehr des Antisemitismus und jeder anderen Form des chauvinistischen Nationalismus; schließlich die Aktivierung der Kriegsveteranen und unter Ausschluss der Frauen.

Wenn wir uns heute, im Februar 2024 an die Gründung des Reichsbanners erinnern, dann geschieht das vor dem Hintergrund einer wachsenden Bedrohung der parlamentarischen Demokratie nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in anderen Ländern Europas und darüber hinaus. Angesichts der populistischen Ablehnung der repräsentativen Demokratie, angesichts einer neuen Welle des Rechtsnationalismus und des Antisemitismus zeigt sich, dass viele der Grundmotive, welche die Arbeit des Reichsbanners von 1924 bis 1933 leiteten, auch heute aktuell sind. Dabei denke ich vor allem an den Verfassungspatriotismus, das überparteiliche und zivilgesellschaftliche Engagement der überzeugten Demokraten und die aktive Widerrede gegen jeglichen Chauvinismus und Antisemitismus. All dies sind Gründe, warum wir uns heute mit Recht an die Gründung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und an seinen Beitrag zur Verteidigung der ersten deutschen Demokratie erinnern.

Zugleich hält die Geschichte des Reichsbanners aber auch eine Mahnung an uns bereit. Denn trotz seiner eine Million starken Anhängerschaft und trotz seines aktiven Eintretens gegen die nationalsozialistische Bewegung konnte das Reichsbanner die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler im Januar 1933 nicht verhindern. In den Monaten nach dem 30. Januar 1933 konnten die Nationalsozialisten schrittweise



Einweihung des Denkmals zur Erinnerung an die Gründung des Reichsbanners auf dem Magdeburger Domplatz, 22. Februar 2024.

ihre politischen Gegner ausschalten, darunter auch das Reichsbanner. Es hielt am 19. Februar 1933 seine letzte große Kundgebung mit über 40.000 Teilnehmern im Berliner Lustgarten ab. Eine für den 22. Februar 1933 geplante Kundgebung wurde verboten. Ab März 1933 erließen die Länder des Reiches nacheinander Verbote gegen den republikanischen Verband.

Die Weimarer Republik ging nicht unter, weil es an engagierten Demokraten gefehlt hat, die sich für ihre Verteidigung einsetzten. Die Machtergreifung der NSDAP war vielmehr nur möglich, weil Teile der politischen Eliten die Zerstörung der Demokratie beförderten und weil Kerninstitutionen des Verfassungsstaates, darunter vor allem der Reichstag und die Spitzen der Justiz, durch permanente Regelverstöße blockiert und in ihrer Substanz ausgehöhlt waren. Es ist gerade in der heutigen Situation wichtig daran zu erinnern, dass in der Weimarer Republik Hunderttausende gegen die Bedrohung von Rechtsaußen auf die Straßen gingen. Aber die Verteidigung der Demokratie gegen ihre Gegner und Verächter – auch daran gilt es heute zu erinnern – kann nur

dann gelingen, wenn die wichtigsten Institutionen des parlamentarischen Staates intakt und voll funktionsfähig sind.

Anmerkungen

- 1 Festvortrag gehalten am 22. Februar 2024 im Landtag von Sachsen-Anhalt in Magdeburg im Rahmen der Festveranstaltung zum 100. Jahrestag der Gründung des Reichsbanners in Magdeburg.

Geschichtskultureller Wandel nach 1990. Grenzinformationsstellen und Grenzgedenkstätten im Vergleich

Jan Matthias Hoffrogge

Ostdeutsche Perspektiven fehlen in der gesamtdeutschen Geschichtskultur.¹ Diese These hat zur Zeit Konjunktur, auch wegen der Bücher von Katja Hoyer und Dirk Oschmann.² Der Gedanke dominierte aber – spätestens – schon das Doppeljubiläum von 2019/20, als sich Grenzöffnung und Wiedervereinigung zum 30. Mal jährten.³ Um ostdeutsche Sichtweisen zu stärken, wurde gar ein „Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“ aus der Taufe gehoben, das seinen Sitz ab 2028 in einem der ostdeutschen Bundesländer haben sollte.⁴ Die Wahl fiel auf Halle (Saale).

Dass es bereits eine Reihe von Gedenkstätten gibt, die an die deutsche Teilung und deren Überwindung erinnern und dafür vom Bund gefördert werden, ging derweil etwas unter.⁵ Zu nennen ist hier vor allem die „Gedenkstätte Berliner Mauer“. Einem breiten Publikum etwas weniger bekannt sind vermutlich vier geschichtskulturelle Institutionen, die unmittelbar an der ehemaligen innerdeutschen Grenze liegen und bereits vor dem Jubiläumsjahr 2019/20 zumindest sporadisch Gelder aus dem Bundeshaushalt erhielten: die „Gedenkstätte Deutsche Teilung“ in Marienborn, das „Grenzlandmuseum Eichsfeld“ in Teistungen, die „Gedenkstätte Point Alpha“ in Geisa beziehungsweise Rasdorf und das „Deutsch-Deutsche Museum“ in Mödlareuth.⁶

Das Übersehen gerade dieser Einrichtungen mag zum einen mit der scheinbar randständigen Lage zusammenhängen.⁷ Zum anderen aber waren eben diese vier Gedenkstätten in den Forschungen der letzten Jahre dafür kritisiert worden, vornehmlich westdeutsche Erzählmuster aus der Zeit des Kalten Krieges weiterzuführen⁸ – so die These bei Daphne Berdahl, Antje Havemann, Maren Ullrich, Sagi Schaefer und jüngst Astrid M. Eckert. Selbst im wichtigen „Handbuch Museum“ wurde die Kritik übernommen.⁹

Eine solche Fortschreibung westdeutscher Meistererzählungen¹⁰ wäre in mehrfacher Hinsicht problematisch. Geschichtsdidaktisch betrachtet müsste man fehlende Multiperspektivität konstatieren.¹¹ Geschichtspolitisch widerspräche ein solcher

Befund eigentlich den Ansprüchen des Bundestages. Denn die vor 15 Jahren fortgeschriebene „Gedenkstättenkonzeption des Bundes“ spricht eindeutig von einem „pluralen Charakter der Gedenkstättenlandschaft“, den es zu fördern gelte.¹² Und auf noch allgemeinerer politischer Ebene müsste man dann ein (weiteres) Repräsentationsdefizit ostdeutscher Perspektiven konstatieren.

Ein Vergleich von Ausstellungen an der innerdeutschen Grenze vor und nach 1990 kann hingegen belegen, dass bereits in der Bonner Republik sehr unterschiedlich über die Einheit und Teilung Deutschlands gesprochen wurde. Somit fehlt eigentlich schon das angebliche Ursprungsnarrativ. Diese Praktiken des Zeigens und Sprechens im Medium der Ausstellung haben sich nach 1990 zudem noch weiter ausdifferenziert. Von einer Kontinuität einer Meistererzählung kann daher keine Rede sein. Die wichtigsten Argumente, die gegen die bisher verbreitete Annahme einer Kontinuität beim Ausstellen der innerdeutschen Grenze sprechen, seien – basierend auf einer ausführlicheren Studie¹³ – in den nächsten beiden Punkten zusammengefasst: Zunächst stehen die institutionellen Rahmenbedingungen im Fokus, danach die Inhalte. Drittens geht es um vereinzelte und durchaus vorhandene Fortschreibungen. Viertens soll ein doppelter Ausblick gewagt werden: Wie werden sich die Ausstellungen an der innerdeutschen Grenze weiterentwickeln und welche neuen geschichtsdidaktischen Erkenntnisse sollten vorher gewonnen werden?

Die großen institutionellen Unterschiede

Doch zunächst zu den vermeintlichen Vorgängern der heutigen Grenzgedenkstätten, den sogenannten Grenzinformationsstellen: Sie bestanden zwischen 1963 bis 1990 und sollten die Besuchermassen, die seit Beginn der 1950er-Jahre an der Grenze zusammenkamen, in koordinierter Art und Weise betreuen. Kurz sei auf die Entstehung dieser ganz eigenen geschichtskulturellen Institution eingegangen.

Erste Ansätze gab es 1963 in Niedersachsen, genauer gesagt in Zicherie und in Offleben – ganz in der Nähe der heutigen Marienborner Gedenkstätte. An diesen beiden Orten entstanden die ersten Ausstellungen der innerdeutschen Grenze. Gestaltet wurden sie von Anwohnern und den Ortskuratorien der Vereinigung „Unteilbares Deutschland“, allerdings mit wohlwollender Unterstützung der Landesregierung in Hannover. In einem nächsten Schritt übernahm die Landesregierung mit Zustimmung der Landkreise, die in den 1950er-Jahren mit der Besucherbetreuung begonnen hatten, im

Januar 1964 auch die konzeptionelle Federführung. Man entwickelte in Hannover ein „Zonenrandwerk“ für den niedersächsischen Teil der Grenze, das sich mehrmals umbenannte und schließlich in den 1980er-Jahren als „Grenzinformationsdienst“ bekannt war. In diesem Rahmen wurden beispielsweise Fortbildungen angeboten, Informationsbroschüren und Ausstellungen gestaltet und vor der Wiedervereinigung sogar ein eigenes Magazin für die Betreuer an der innerdeutschen Grenze herausgegeben.¹⁴ Noch im Dezember 1964 wurde diese allmähliche Koordinierung auf Bundesebene weiter vorangetrieben. Ein Grund war das liebe Geld: Ab dem Haushaltsjahr 1965 sollten nicht nur Reisen nach Berlin, sondern auch an die innerdeutsche Grenze gefördert werden. Entsprechend lud das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen die Vertreter der vier Bundesländer, die an die DDR grenzten, zu einem Koordinierungsgespräch ein. Hauptthema war die Einrichtung einer „Kette von Stützpunkten“¹⁵ – eben der besagten Grenzinformationsstellen. Bis zum Jahr 1969 entstanden in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen und Bayern immerhin 35 Grenzinformationsstellen. Und selbst unter dem Eindruck der sozial-liberalen „Neuen Ostpolitik“ wurde das Angebot eher noch ausgebaut. Kurz vor dem Ende der Teilung, im Januar 1989, konnte man 44 Einrichtungen dieser Art besuchen.¹⁶

Die Bundesländer verfahren bei der Organisation der Grenzinformationsstellen höchst unterschiedlich: In Niedersachsen steuerte die Landesregierung wie erwähnt stark. In Hessen hingegen dominierten die Landkreise das Geschehen. In Bayern wiederum lagerte man die Koordination an eine scheinbare Nichtregierungsorganisation aus, nämlich an den „Volksbund für Frieden und Freiheit“ mit recht undurchsichtigen Verbindungen zum Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. In Schleswig-Holstein wurde die Betreuungsarbeit bis 1985 den Bundesbehörden überlassen, dem Zoll und dem Bundesgrenzschutz. Letztere leisteten auch in den anderen vier Bundesländern einen Beitrag zur Informationsarbeit – zum Teil sehr zum Verdruss der zivilen Stellen, die eine zu große Militanz kritisierten. Alles in allem ergab sich dadurch schon eine große Vielfalt. Zumal es auf gesamtwestdeutscher Ebene keine zentralen Direktiven gab und man eher im Modus des gegenseitigen Beobachtens und Kopierens beziehungsweise Variierens operierte, reguliert dann aber eben vornehmlich auf Landesebene.¹⁷

Die Gemeinsamkeiten waren daher eher formaler Natur. Grenzinformationsstellen übernahmen in diesem System an allen Orten ähnliche Aufgaben, die dann unter-

schiedlich ausgestaltet wurden: Grenzinformationsstellen waren a) der Raum für Vorträge und Seminare sowie Filmvorführungen und sie zeigten b) Ausstellungen. Ebenso lagen dort c) Informationsmaterialien, insbesondere Broschüren aus. Neben solchen didaktischen Funktionen sind drei organisatorische Aufgaben zu nennen. Grenzinformationsstellen halfen d) bei der Förderung von Gruppenreisen, indem sie Bescheinigungen ausstellten. In Zeiten ohne Handy und Navigationssystem waren sie zudem e) zentrale Anlaufpunkte. Nicht zuletzt waren sie f) Teil der notwendigen Tourismusinfrastruktur: Fanden Besucher hier doch Parkplätze und Toiletten. Ergänzen könnte man noch eine soziale und eine politische Funktion: Einerseits waren die Ausstellungsgelände mit Filmvorführgeräten g) für die ländlichen Gemeinden an der innerdeutschen Grenze ein willkommener Ort des Austausches. Andererseits repräsentierten sie eben h) Bund und Land in diesen Regionen und zogen daher etwa auch Demonstrationen der „Außerparlamentarischen Opposition“ an.¹⁸

Noch stärker zusammenfassend kann man so schon zwei Hauptkennzeichen der Grenzinformationsstellen identifizieren, die einen Vergleich mit dem heutigen System der Grenzgedenkstätten ermöglichen und deutliche Unterschiede markieren. Die erste Neuentwicklung nach 1990 betrifft die geschichtspolitischen Akteure in den Hauptstädten: Bereits vor 1990 konnte der Bund nicht im Alleingang über historisch-politische Deutungsangebote an der innerdeutschen Grenze entscheiden. Er war abhängig von der Kooperationsbereitschaft der Bundesländer. Ähnliches gilt für die Jahre nach 1990, in denen der Bund einerseits zwar geschichtspolitische Kompetenzen ausweiten konnte, in denen er aber andererseits doch grundsätzlich die Beteiligung des Bundeslandes voraussetzt, in dem eine Einrichtung ihren Sitz hat.¹⁹ Durch die neue Offenheit der innerdeutschen Grenze wurde die Komplexität dabei sogar noch gesteigert: Denn die Gedenkstätten berührten nun die Interessen von immer mindestens zwei Ländern, einem west- und einem ostdeutschen Partner. In dieser Konstellation zog sich der einstige Spitzenreiter der historisch-politischen Bildungsarbeit an der innerdeutschen Grenze, Niedersachsen, stark zurück. Ein völlig neuer Akteur hingegen war der Freistaat Thüringen, ohne den es die drei Gedenkstätten in Teistungen, am Point Alpha und in Mödlareuth wohl nicht geben würde.²⁰

Zweitens gab es nach 1990 eine Konzentration der Einrichtungen. Statt einer „Kette von Stützpunkten“ wurden nun einzelne Leuchttürme gefördert. Die heutigen Einrichtungen sind dabei sehr viel größer und werden – anders als vor 1990 – von

akademisch einschlägig ausgebildeten Professionals geführt. Auch dadurch ergibt sich eine größere Autonomie der heutigen Einrichtungen.²¹ Freilich findet sich auf westdeutscher Seite mancher Kommunalbeamter und -politiker, der bereits vor 1990 beim Ausstellen der Grenze mitgeholfen hatte.²² Doch sollten solche Kontinuitäten westdeutscher Perspektiven eben nicht den Blick verstellen auf die Beteiligung von DDR-Bürgern, gerade in der frühen Gedenkstättenarbeit Anfang der 1990er-Jahre.²³ In Marienborn zeigt sich das im besonderen Maße: Der Denkmalschutz war hier bereits vor dem 3. Oktober 1990 ein Anliegen des Landeskonservators Gerhard Voß in Halle. Im benachbarten Hötensleben, dessen Grenzdenkmal im Jahr 2004 in die Marienborner Gedenkstätte integriert wurde, waren es Anwohner auf der ostdeutschen Seite um Achim Walther, die einen Abriss durch die Bundeswehr weitgehend verhindern konnten.²⁴ Auch an den anderen drei Gedenkstätten wirkten „Ostdeutsche“²⁵ entscheidend beim Gedenkstättenaufbau mit: Sei es als Lokalpolitiker, sei es als Experten – hatten doch ehemalige Grenztruppenangehörige die wohl beste Sachkenntnis vom Sperrsystem der DDR.

Die großen inhaltlichen Unterschiede

Das leitet über zu den Deutungsangeboten. Auf der Makroebene ist hierbei auf zwei weitere wichtige Veränderungen hinzuweisen. Zum einen bezog sich die historisch-politische Bildungsarbeit der Jahre vor 1990 kaum auf die Opfer der innerdeutschen Grenze.²⁶ Der Begriff „Gedenkstätte“ war für Gedenkkreuze reserviert, die vor Ort an getötete Geflüchtete erinnerten.²⁷ Informationsstellen waren demgegenüber keine Orte des Gedenkens für Opfer – ganz anders als die heutigen Gedenkstätten, die mit Ausnahme Mödlareuths eigene Trauerangebote bereithalten.

Zum anderen war der zeitliche und räumliche Zuschnitt vor 1990 ein ganz anderer. Während Ausstellungen in den heutigen Grenzgedenkstätten mit dem Jahr 1945 beginnen, griffen ihre vermeintlichen Vorläufer sehr viel weiter aus. Ende der 1980er-Jahre, nach dem Regierungswechsel in Bonn, ergab sich dabei eine interessante Konstellation: Auf Bundesebene, aber auch in Bayern, bildete die Reichsgründung von 1871 den Ausgangspunkt deutschlandpolitischer Erzählungen. Demgegenüber zog man in Hessen und Niedersachsen auf Ebene der Ausstellungsgestaltung und Bildungsarbeit Linien zum Föderalismus des Deutschen Bundes, zum Teil sogar bis zum Alten Reich.²⁸



(1) Grenzinformationsstelle Philippsthal im Jahr 1967.

Auf der Mikroebene lassen sich ebenfalls deutliche Unterschiede erkennen. Illustriert sei das hier am Beispiel von Uniformen. Dieser Objekttypus war und ist in vielen Ausstellungen der Jahre vor und nach 1990 zu sehen. In der Zeit der Teilung betraf das allein ostdeutsche Uniformen, die dabei von Schaufensterfiguren getragen wurden – zumeist in denjenigen Informationsstellen, die dezentraler eingerichtet wurden, insbesondere von Beamten des Zolls, der Bayerischen Grenzpolizei und des Bundesgrenzschutzes.²⁹ Zwar sahen Besucher der Grenze natürlich auch westdeutsche Uniformen – ganz besonders, wenn Zöllner, Bundesgrenzschützer und bayerische Grenzpolizisten Führungen anboten. Allerdings gehörten westdeutsche Uniformen dann eher zum Sprecher einer Ausstellung. Sie waren nicht das gezeigte Objekt.

Schaut man sich die überlieferten Ausstellungen ostdeutscher Uniformen an, kann man mindestens zwei unterschiedliche Präsentationsmuster erkennen: Zum einen wurden Uniformen im Kontext mit Waffen, zum Teil mit Bildern von gescheiterten Fluchtversuchen gezeigt (siehe Abb. 1). Uniformen bedeuteten in diesem Fall Gefahr. Das andere Präsentationsmuster lässt sich am besten als „Exotisierung“ bezeichnen. In der Töpener Grenzausstellung der 1980er-Jahre, in unmittelbarer Nähe des heutigen



(2) Grenzinformationsstelle Töpen im Jahr 1986.

„Deutsch-Deutschen Museums“ Mödlareuth, zeigte man eine Schaufensterpuppe in einer NVA-Uniform (siehe Abb. 2). Exotisch muten die langen blonden Haare der Figur an – insofern sie sich nicht in den ja eigentlich militärischen Kontext fügen. Etwas unpassend ist auch der der Lidschatten, den die Puppe trug. Darüber hinaus war ihr eine Wintermütze nach sowjetischem Vorbild auf den Kopf gesetzt worden, eine sogenannte Uschanka. Vermutlich war die Vielfalt innerhalb der Grenzausstellungen der alten Bundesrepublik sogar noch größer: So bestellte das Hauptzollamt Fulda 1986 für Ausstellungszwecke ausdrücklich Schaufensterpuppen ohne Gesichtszüge.³⁰ Maren Ullrich vermutet zudem, dass Uniformen (und Waffen) von Grenztruppenangehörigen, die in die Bundesrepublik geflohen waren, dort häufig als Trophäen präsentiert wurden. Dafür fehlen indessen Belege.³¹

Nach 1990 ergaben sich jedenfalls erneut deutliche Veränderungen. Zum einen gerieten die Schaufensterpuppen allmählich aus der Mode.³² Zum anderen avancierten nun aber auch westdeutsche sowie US-amerikanische Uniformen zu Ausstellungsobjekten. Im Sinne von „symbolischen Ordnungen“³³ (Gottfried Korff) interessieren



(3) „Deutsch-Deutsches Museum“ in Mödlareuth im April 2019.

nun besonders die unterschiedlichen Kombinationsmöglichkeiten und Hierarchisierungen.

In Mödlareuth sehen Besucher westdeutsche Uniformen zusammen mit US-amerikanischen in einer Vitrine; ostdeutsche wiederum gemeinsam mit sowjetischen (Abb. 3). Eine solche Separierung von westdeutschen und US-amerikanischen Uniformen auf der einen Seite und ostdeutschen Uniformen auf der anderen Seite begegnet einem auch am „Point Alpha“ (Abb. 4 und Abb. 5). Auf dem Rundweg erblicken Besucher dort zunächst die Dienstanzugsjacke eines Bundesgrenzschutzkommissars. Die Uniformjacke eines Grenztruppenmajors sehen Besucher erst, wenn sie um die Ecke biegen, und dann vor allem im Kontext von Tötungen an der innerdeutschen Grenze. In einem weiteren Ausstellungsgebäude, der sogenannten Baracke A, werden hingegen Bundeszöllner und Bundesgrenzschützer in einer Reihe mit US-amerikanischen Militäreinheiten gezeigt.

Im Grenzlandmuseum Eichsfeld finden Besucher statt einer Trennung eine Kombination vor. Eine ost- und eine westdeutsche Zolluniform stehen nebeneinander, ebenso



(4) „Gedenkstätte Point Alpha“ in Geisa/Rasdorf im April 2018.



(5) „Gedenkstätte Point Alpha“ in Geisa/Rasdorf im April 2018.



(6) „Grenzlandmuseum Eichsfeld“ in Teistungen im September 2017.

eine Uniform des Bundesgrenzschutzes und eine der Grenztruppen (siehe Abb. 6). Anders als am Point Alpha kommen in Teistungen zudem Bundesgrenzschützer und Grenztruppenangehörige an denselben Zeitzeugenstationen zu Wort.

In der Marienborner Ausstellung indessen sieht man bloß ostdeutsche Uniformen. Und diese werden zudem als Teil des wenig spektakulären Dienstilltages kontextualisiert – eine Kontextualisierung, die es vor 1990 nicht gab (siehe Abb. 7). Kurzum: Auch ein überaus standardisiertes Objekt wie eine Uniform wurde vor und nach 1990 höchst unterschiedlich gezeigt und kontextualisiert.

Problematisch: Schaubilder und Modelle

Nicht unerwähnt bleiben darf hingegen eine vorhandene Kontinuität – zumal sie zwei Schlüsselmedien betrifft, nämlich Schaubilder und Modelle. Beide Medien schematisieren das tödliche Sperrsystem der DDR. Daraus ergibt sich manch unglückliche Vereinfachung in Raum und Zeit.³⁴ Letztlich schufen sie aber erst auf der westlichen Seite einen räumlichen Eindruck vom Grenzsystem und waren daher auch fast ausschließlich aus einer bundesdeutschen Perspektive angefertigt.



(7) „Gedenkstätte Deutsche Teilung“ in Marienborn im August 2018.



(8) „Gedenkstätte Point Alpha“ in Geisa/Rasdorf im April 2018.

Ein solcher Blick aus der Bundesrepublik in die DDR hat sich auf Ebene der Modelle nach 1990 an einigen Stellen durchaus erhalten. Die heutige Mödlareuther Ausstellung übernahm zwei Modelle aus der Töpener Grenzinformationsstelle. Sie visualisierten damals die Grenzverhältnisse im Dorf aus bayerischer Perspektive. Heute werden die Modelle in der identischen Ausrichtung aufgebaut, wobei nur eines der Modelle so aufgestellt ist, dass die Perspektive den heutigen räumlichen Gegebenheiten entspricht.³⁵

Das Grenzlandmuseum Eichsfeld zeigt ebenfalls zwei alte Modelle aus der Zeit der Zweitstaatlichkeit in der etablierten West-Ost-Ausrichtung. Das irritiert umso mehr, als ein umgebender Bereichstext die Sperranlagen sogar aus einer ostdeutschen Perspektive beschreibt. Darüber hinaus erschließen in der Ausstellung und auf dem Lehrpfad „Grenzlandweg“ im Außengelände erst Schaubilder des Bundesgrenzschutzes den räumlichen Aufbau der einstigen Sperranlagen.³⁶ Noch problematischer ist ein Grenzmodell am „Point Alpha“. Es wurde für die neue Dauerausstellung aus dem Jahr 2014 eigens erstellt – und auch in diesem Fall, 25 Jahre nach der Grenzöffnung, aus dezidiert westdeutscher Richtung (siehe Abb. 8).

Es wäre empirisch zu prüfen, inwiefern eine solche westliche Perspektivierung das Verständnis für die Sperranlagen erschwert, die ja nun einmal errichtet wurden, um Ostdeutsche an der Flucht zu hindern.³⁷ Prüfwert wäre zudem die Frage, ob sich Besucher aus den sogenannten neuen Ländern durch diese Perspektive besonders zur Schau gestellt fühlen.³⁸ Kritisch anzumerken ist ferner, dass die vereinfachten Schematisierungen letztlich den Machthabern in der DDR auf den Leim gehen, die eine möglichst „saubere“ Grenze präsentieren wollten.³⁹ Feststellbar sind in diesem einem Punkt jedenfalls erhebliche Kontinuitäten.

Was wären nun Alternativen? Hier verdienen Marienborn und Hötenleben besondere Beachtung. Dort sind keine westdeutschen Modelle zu sehen. Vor allem aber wurde für graphische Darstellungen konsequent eine Seitenperspektive gewählt. Aus der Entstehungsgeschichte der Einrichtung lässt sich das kaum herleiten. Denn ursprünglich wurde die Übergangsstelle doch fast ausschließlich von Westdeutschen frequentiert. Karl Schlögel sprach gar von einer „Generation Marienborn“, die geprägt worden sei durch die dortigen Kontrollen.⁴⁰ Doch gab es in Marienborn und in Hötenleben eine besondere Sensibilität für solche Perspektivfragen. So kritisierte Gerhard Voß, der sich in besonderem Maße um den Denkmalschutz an der einstigen Kontrollstelle verdient gemacht hatte, im Jahr 1995: „Diejenigen, die ihren Arbeitsplatz in Sachsen-Anhalt haben, aber in einem anderen Bundesland wohnen, wollten eine blühende Einfahrt nach Sachsen-Anhalt erleben.“⁴¹

Solche klaren Einordnungen der unterschiedlichen „Fokalisierungen“, wie sich diese Perspektivfragen erzähltheoretisch noch präziser fassen lassen, müssten – im Sinne einer zweiten Alternative neben den Seitenansichten – besonders Ausstellungstexte leisten. Wichtig wäre es, Schematisierungen der Jahre vor 1990 deutlicher als Objekte aus jener Zeit auszustellen.

Eine dritte Möglichkeit bestünde darin, die „zivile Ostperspektive“⁴² zu stärken. Denn so würde doch der eigentliche Zweck der Sperranlagen herausgestellt: Sie wurden errichtet, um Fluchten zu verhindern. Hier nun hat wiederum das „Deutsch-Deutsche Museum“ in Mödlareuth eine interessante Lösung gefunden. Der Rundweg entspricht dort zeitweise der Route eines Fluchtwilligen. Grundsätzlich besteht hier die Gefahr, durch diese Wegführung einen „Erlebnispark“⁴³ zu schaffen oder Besucher durch eine Rollenzuweisung als Fluchtwilliger zu überwältigen und damit eines der Prinzipien des sogenannten Beutelsbacher Konsenses zu verletzen. Die

Mödlareuther Ausstellung kommt dem zu vor, indem sie die Routenführung mehrmals wechselt. Anfangs nähern sich Besucher dem Arrangement im Außengelände aus der Perspektive eines Grenztouristen auf bayerischer Seite, bevor sie dann zwischenzeitlich eben die Sperrren aus Perspektive eines Flüchtenden ablaufen. Gerade in solchen Fokalisierungswechseln könnte ein besonderes Potential der Ausstellungen am einstigen Verlauf der Grenze liegen. Was spricht zum Beispiel dagegen, Modelle auf einer drehbaren Bühne zu positionieren, und so die Betrachtungsweisen reflektieren zu lassen?

Ausblick

Überbetonen sollte man solche einzelnen Kontinuitäten jedoch nicht. Die heutigen Gedenkstätten an der innerdeutschen Grenze unterscheiden sich institutionell wie inhaltlich eben deutlich von den einstigen Grenzinformationsstellen. Indessen fehlen uns Studien, die untersuchen, wie unterschiedliche Besuchergruppen – sei es aus Ost und West, sei es aus Generationen der Zeit vor und nach 1990, sei es mit Migrationsgeschichte oder ohne – die heutigen Ausstellungen der innerdeutschen Grenze wahrnehmen. Zu wenig wissen wir zudem über die ganz konkreten geschichtspolitischen Aushandlungsprozesse bei der Gründung der heutigen Gedenkstätten in den 1990er-Jahren. Inwiefern spielten dabei Phantomgrenzen eine Rolle, also ein Weiterbestehen der innerdeutschen Grenze im Bereich der Mentalität und der Identitätsdiskurse?⁴⁴ In welchen lokal- und auch landespolitischen Gemengelagen fanden diese statt, warum z.B. zog Niedersachsen sich so aus der Finanzierung von Informationsangeboten an der nunmehr ehemaligen innerdeutschen Grenze zurück? In Ansätzen lassen sich hier durchaus Konturen einer „Kotransformation“ (Philipp Ther) erahnen, bei der sich eben auch ehemals westdeutsche Strukturen stark wandelten. Unbedingt sollte zudem die Darstellung der innerdeutschen Grenze in der DDR untersucht werden. Das betrifft ganz besonders Medien, die in der Ausbildung der DDR-Grenztruppen genutzt wurden. Denn nach 1990 waren eben nicht wenige Grenztruppenangehörige an der Entwicklung der heutigen Ausstellungen mitbeteiligt. Die Geschichte der Gedenkstätten sollte jedoch nicht nur ein Thema der Forschung sein, sondern (noch stärker) eines der Ausstellungen. Denn Selbsthistorisierung schafft Transparenz und klärt über die Interpretationsschwerpunkte der Ausstellung auf.⁴⁵

Die Veränderungen am Anfang der 1990er-Jahre sind umso spannender, als wir momentan einen generationellen Umbruch erleben. 30 Jahre nach den Gründungen verabschieden sich einerseits allmählich die Initiatoren der heutigen Grenzgedenkstätten. Immer mehr Besucher, besonders auch die begleitenden Lehrkräfte, haben andererseits hingegen keine eigenen Erinnerungen an die Zeit der Teilung.

Hinzu kommen die üblichen Rhythmen der Ausstellungsgestaltung und -überarbeitung. Inzwischen sind überall Aktualisierungen fällig. Vermutlich werden die neuen Neufassungen dabei im Wesentlichen von zwei Trends geprägt sein, die sich bereits an der neuen Marienborner Ausstellung (aus dem Sommer 2020) ablesen lassen. Erstens werden Texte zugunsten der bildlichen Darstellungen und Objekte reduziert. Fragen der Perspektive beziehungsweise Fokalisierung stellen sich hier nochmals besonders – besonders, wenn zukünftig vielleicht sogar Medien der Augmented Reality zum Einsatz kommen.⁴⁶ Zweitens zeichnet sich ein größerer Bezug auf den regionalen beziehungsweise lokalen Bezugsrahmen ab, was schon aus förderungsstrategischen Gründen nachvollziehbar scheint: Kann doch durch den jeweiligen Ortsbezug die Eigenständigkeit in der Gedenkstättenlandschaft akzentuiert werden. Auch vor diesem Hintergrund kann man Interessierten nur dringend dazu raten, immer mindestens zwei Ausstellungen der innerdeutschen Grenze zu besuchen und sie dann zu vergleichen. Wie sich ein zentrales „Zukunftszentrum“ in diese Pluralität der Gedenkstättenlandschaft und die föderal-regionale Prägung bundesdeutscher Geschichtskulturen integrieren wird, muss sich noch zeigen.

Anmerkungen

- 1 Der Beitrag basiert auf meiner Dissertationsschrift, die ich im Januar 2023 virtuell in der „Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn“ vorstellen konnte (Hoffrogge, Jan Matthias: Von der Grenzinformationsstelle zur Grenzgedenkstätte? Ausstellungen der innerdeutschen Grenze von 1963 bis 2018, Berlin 2022). Ich danke Dr. Felix Ludwig und Insa Ahrens für die gute Organisation und den Teilnehmern für die konstruktive Diskussion.
- 2 Hoyer, Katja: Diesseits der Mauer. Eine neue Geschichte der DDR, Hamburg 2023 und Oschmann, Dirk: Der Osten. Eine westdeutsche Erfindung. Wie die Konstruktion des Ostens unsere Gesellschaft spaltet, Berlin 2023.

- 3 Belegen lässt sich das an der Rede des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier beim Festakt zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2020 in Potsdam (online unter <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2020/10/201003-TdDE-Potsdam.html> [Stand vom 05.08.2023]) und der Abschlussbericht der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, Berlin 2020, online unter <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1825612/471801f1274a16aa54361a009bca4ef9/2020-12-07-abschlussbericht-data.pdf> [Stand vom 05.08.2023].
- 4 Deutlich benannt wurden die Zusammenhänge und auch Fragen der Repräsentation in einem Artikel von Anja Maier für die tageszeitung, die taz vom 06.05.2019, online unter <https://taz.de/Kommission-fuer-das-Einheits-Jubilaem/!5592679/> [Stand vom 05.08.2023].
- 5 Der genannte Abschlussbericht (wie Anm. 3) erwähnt bezeichnenderweise keine der Einrichtungen.
- 6 Vergleichsweise übersichtlich dargestellt ist die Förderung des Bundes in einer Antwort der Bundesregierung vom 14.12.2020 auf eine Kleine Anfrage von Abgeordneten der Fraktion „Die Linke“, veröffentlicht als Drucksache 19/25221, online unter <https://dserver.bundestag.de/btd/19/252/1925221.pdf> [05.08.2023]. Dort auch Angaben zum „Grenzlandmuseum Schifflersgrund“, das jedoch erst mit dem Doppeljubiläumsjahr eine Unterstützung des Bundes erhielt. Zur Entwicklung der vier anderen Einrichtungen an der innerdeutschen Grenze ausführlicher Hoffrogge, Jan Matthias: Grenzinformationsstelle (wie Anm. 1), S. 159 – 222.; ebenda auch Erläuterungen, warum es sich hier – trotz teilweise anderer Eigenbezeichnungen – um Gedenkstätten handelt.
- 7 Wie gesagt: Es handelt sich hier um einen Schein. So liegen Marienborn und Mödlareuth äußerst verkehrsgünstig an Autobahnen nach Berlin. Für „kombinierte“ Schulklassenbesuche sind sie daher besonders geeignet. Die Einrichtungen in Geisa und Teistungen sind etwas schlechter an nationale Verkehrswege angebunden, erfüllen aber wichtige Funktionen für ihre jeweilige Region.
- 8 Dazu bereits Hoffrogge, Jan Matthias: Ausstellungen der innerdeutschen Grenze vor und nach 1990. Fortsetzung des Kalten Krieges mit denselben Mitteln?, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 7 – 8/2022, S. 661 – 676.
- 9 Kontinuitäten zwischen den alten und den neuen Grenzausstellungen konstatieren Berdahl, Daphne: Where the World Ended. Re-unification and Identity in the German Borderland, Berkeley 1999, S. 225; Havemann, Antje: Die Fotografie der deutsch-deutschen Grenze in den Präsentationen ausgewählter Grenzmuseen, in: Dröge, Kurt / Hoffmann, Detlef (Hrsg.): Museum revisited. Transdisziplinäre Perspektiven auf eine Institution im Wandel, Bielefeld 2010, S. 235 – 248, S. 246; Ullrich, Maren: Geteilte Ansichten. Erinnerungslandschaft deutsch-deutsche Grenze, Berlin 2006, besonders S. 33 und S. 292; Schaefer, Sagi: States of Division. Border and Boundary Formation in Cold War Rural Germany, Oxford

- 2014, S. 203; Eckert, Astrid M.: *West Germany and the Iron Curtain. Environment, Economy, and Culture in the Borderlands*, Oxford 2019, S. 122f. sowie Stäbler, Wolfgang: *Historische Orte*, in: Markus Walz (Hrsg.): *Handbuch Museum. Geschichte, Aufgaben, Perspektiven*, Stuttgart 2016, S. 133 – 136, S. 135.
- 10 Zum Konzept weiterhin unübertroffen Jarausch, Konrad H. / Sabrow, Martin (Hrsg.): *Die historische Meistererzählung. Deutungslinien der deutschen Nationalgeschichte nach 1945*, Göttingen 2002.
 - 11 Grundsätzlich dazu Handro, Saskia: Die „richtige“ Geschichte der DDR. Überlegungen zum Verhältnis von Zeitgeschichte und historischem Lernen, in: „Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte“. *Deutschland im Ost-West-Konflikt und die Friedliche Revolution von 1989*, hrsg. vom Landesinstitut für Schule und Medien in Berlin-Brandenburg, Berlin 2009, S. 7 – 17, hier S. 16 und Karl Heinrich Pohl: *Darstellung von Zeitgeschichte im Museum. Geschichtstheoretische und museumsspezifische Aspekte*, in: Hammerstein, Katrin / Scheunemann, Jan (Hrsg.): *Die Musealisierung der DDR. Wege, Möglichkeiten und Grenzen der Darstellung von Zeitgeschichte in stadt- und regionalgeschichtlichen Museen*, Berlin 2012, S. 54 – 71. In Bezug auf die Ursachen der deutschen Teilung und auch auf die „Wiedervereinigungsgesellschaft“ (Großbötling/Lorke) wird man in jedem Fall eine Multiperspektivität einfordern können; mit Abstrichen gilt das sogar auch für das menschenrechtswidrige Grenzregime der DDR, dazu Hoffrogge, Jan Matthias: *Grenzinformationsstelle (wie Anm. 1)*, S. 37 – 41.
 - 12 Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes, 19. Juni 2008, S. 2, veröffentlicht als Drucksache 16/9875 des Deutschen Bundestags, online unter <https://dserver.bundestag.de/btd/16/098/1609875.pdf> [Stand vom 05.08.2023].
 - 13 Hoffrogge, Jan Matthias: *Grenzinformationsstelle (wie Anm. 1)*, basierend auf diesem Sample: „Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn“ (hier im Fokus: die erste Dauerausstellung von 2000); „Grenzlandmuseum Eichsfeld“ (Teistungen, Dauerausstellung von 2010); „Gedenkstätte Point Alpha“ (Geisa/Rasdorf, Dauerausstellung von 2014) und „Deutsch-Deutsches Museum Mödlareuth“ (Dauerausstellung von 2006).
 - 14 Eindrücke und Interpretationen gerade auch des frühen, noch wenig organisierten Zeigens der Grenze bei Eckert, Astrid M.: *West Germany (wie Anm. 9)*, S. 85 – 103; empirisch wenig valide hingegen Münzel, Sascha: „Emotionale Schockerlebnisse“. *Einstige Grenzinformationsstellen im Blickfeld der Stasi*, in: *Deutschland Archiv* vom 09.08.2021, online unter www.bpb.de/337937 [Stand 05.08.2023]; zur Institutionalisierung ferner Hoffrogge, Jan Matthias: *Grenzinformationsstelle (wie Anm. 1)*, S. 45 – 57 sowie S. 94 – 101. Beim Spezialmagazin handelte es sich um den „Grenz-Report“, im Januar 1989 umbenannt in „Blickpunkt“. Der neue Name zeigt, dass Fragen der Fokalisierung – also der Wahrnehmung – durchaus schon vor 1990 bedacht wurden.

- 15 HHStA Wiesbaden, Abt. 502, Nr. 11108a, Schnellbrief vom 11.12.1964.
- 16 Hoffrogge, Jan Matthias: Grenzinformationsstelle (wie Anm. 1), S. 70f. Demgegenüber sieht Ullrich, Maren: Geteilte Ansichten (wie Anm. 9), S. 106 einen Einschnitt in den 1970er-Jahren.
- 17 Im Einzelnen Hoffrogge, Jan Matthias: Grenzinformationsstelle (wie Anm. 1), S. 56 – 61 und S. 134 – 137. Ausgangspunkt ist dabei ein Bericht im damaligen Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen vom 15.01.1985 in BArch, B137/5471.
- 18 Hoffrogge, Jan Matthias: Grenzinformationsstelle (wie Anm. 1), S. 61 – 73.
- 19 Zur Förderpraxis des Bundes Garbe, Detlef: Die Gedenkstättenkonzeption des Bundes. Förderinstrument im geschichtspolitischen Spannungsfeld, in: GedenkstättenRundbrief 182/2016, S. 3 – 17.
- 20 Hoffrogge, Jan Matthias: Grenzinformationsstelle (wie Anm. 1), S. 209-218 mit näheren Belegen.
- 21 Ebenda, S. 159 – 209 in kritischer Auseinandersetzung mit der These bei Dicke, Klaus: Zwei Jahrzehnte nach dem Mauerfall. Memorialkultur an der ehemaligen innerdeutschen Grenze, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 2012, S. 213 – 234, es lasse sich dabei ein „Entwicklungsmuster“ (S. 217) beobachten.
- 22 Das trifft auf einzelne Personen zu, die nach (und eben vor) 1990 in Mödlareuth und in Teistungen die Grenze zeigten. Näheres bei Hoffrogge, Jan Matthias: Grenzinformationsstelle (wie Anm. 1), S. 176 – 182 und S. 190 – 192.
- 23 Zusammengefasst bei Hoffrogge, Jan Matthias: Ausstellungen (wie Anm. 8), S. 664 – 667. Dort auch Hinweise auf ostdeutsche Beteiligungen vor 1990, wie etwa schon 1963 ganz in der Nähe Marienborns, im Dorfgemeinschaftshaus in Offleben: „So wurde bekannt, daß ehemalige Bewohner der Ortschaften Hötensleben, Barneberg, Völpke und Kautzleben (alle Ortschaften im 5km-Sperrgebiet bzw. 500-m-Schutzstreifen der DDR, gegenüber der Ortschaft Offleben) zu den Vorbereitungssitzungen eingeladen wurden, um Material von diesen zu bekommen“ (BArch, MfS, ZAIG 10695, p. 146).
- 24 Eine ausführliche Analyse der geschichtspolitischen Kämpfe um den Denkmalschutz in Hötensleben und Marienborn bei Rudnick, Carola S.: Die andere Hälfte der Erinnerung. Die DDR in der deutschen Geschichtspolitik nach 1989, Bielefeld 2011, S. 655 – 729.
- 25 Zu Schwierigkeit der Kategorie in diesem Kontext Hoffrogge, Jan Matthias: Ausstellungen (wie Anm. 8), S. 666. Nicht wenige der bundesdeutschen Beteiligten der Jahre vor und nach 1990 waren aus der DDR geflohen.
- 26 In den 1960er-Jahren waren sie in den Broschüren, die Individualreisende sich an der Grenze führen sollten, durchaus noch prominent benannt worden. Sie gerieten aber mehr und mehr aus dem Blick. Genauer es bei Hoffrogge, Jan Matthias: Grenzinformationsstelle (wie Anm. 1), S. 372 – 384.
- 27 Erwähnt wird eine „Gedenkstätte“ für den Journalisten Kurt Lichtenstein in der Broschüre Deutschland

- diesseits und jenseits der Grenze, hrsg. vom Niedersächsischen Minister für Bundesangelegenheiten, Hannover 1989, S. 39 – ebenda, S. 42 auch der Hinweis auf eine „[Helmüt-]Kleinert-Gedächtnisstätte“.
- 28 Hoffrogge, Jan Matthias: Grenzinformationsstelle (wie Anm. 1), S. 114 – 119.
- 29 Näheres ebenda, S. 323–328. Abbildungen in BArch B137/2731 und BayHStA München, StK 19475.
- 30 So der Wunsch in einem Schreiben des Hauptzollamtes Fulda vom 20.10.1986 in BArch, B137/15471.
- 31 Ullrich, Maren: Geteilte Ansichten (wie Anm. 9), S. 104.
- 32 Allein noch die „Gedenkstätte Point Alpha“ nutzt heute gläserne Schaufensterpuppen. Zur Ablösung dieses einstigen Klassikers im Laufe der 1990er-Jahre Hoffrogge, Jan Matthias: Grenzinformationsstelle (wie Anm. 1), S. 328f.
- 33 Korff, Gottfried: Die Wonnen der Gewöhnung. Anmerkungen zu Positionen und Perspektiven der musealen Alltagsdokumentation (1993), in: Ders. (Hrsg.): Museumsdinge. Deponieren – exponieren. 2. Aufl. Köln 2007, S. 155 – 166, S. 159.
- 34 Für zeitgenössische Kritik Ullrich, Maren: Geteilte Ansichten (wie Anm. 9), S. 111– 114. Weitere Beispiele und Belege bei Hoffrogge, Jan Matthias: Grenzinformationsstelle (wie Anm. 1), S. 328f.
- 35 Ebenda, S. 310f.
- 36 Ebenda, S. 311– 314.
- 37 Dazu bereits Rudnick, Carola S.: Die andere Hälfte (wie Anm. 24), S. 673.
- 38 Indizien bei Eckert, Astrid M.: West Germany (wie Anm. 9), S. 110.
- 39 Eckert, Astrid M.: Zaun-Gäste. Die innerdeutsche Grenze als Touristenattraktion, in: Schwark, Thomas / Schmiechen-Ackermann, Detlef / Hauptmeyer, Carl-Hans (Hg.): Grenzziehungen – Grenzerfahrungen – Grenzüberschreitungen. Die innerdeutsche Grenze 1945 – 1990, Darmstadt 2011, S. 243 – 251, S. 248f.
- 40 Schlögel, Karl: Generation Marienborn, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 21– 22/2009, S. 3 – 6.
- 41 Voß, Gerhard: Die innerdeutsche Grenze als Problemfall der Denkmalpflege. Beispiele aus Sachsen-Anhalt, in: Verfallen und vergessen oder aufgehoben und geschützt? Architektur und Städtebau der DDR. Geschichte, Bedeutung, Umgang, Erhaltung. Dokumentation der Tagung des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz am 15./16. Mai 1995 in Berlin, hrsg. vom Deutschen Nationalkomitee für Denkmalschutz, Buhl [1995], S. 89 – 93, S. 93. Weitere Beispiele bei Hoffrogge, Jan Matthias: Grenzinformationsstelle (wie Anm. 1), S. 167 – 173.
- 42 Ullrich, Maren: Geteilte Ansichten (wie Anm. 9), S. 179.
- 43 So die Furcht bei Benz, Wolfgang: Authentische Orte. Überlegungen zur Erinnerungskultur, in: Fank, Petra / Hördler, Stefan (Hrsg.): Der Nationalsozialismus im Spiegel des öffentlichen Gedächtnisses. Formen der Aufarbeitung und des Gedenkens. Für Sigrid Jacobeit, Berlin 2005, S. 197 – 204, S. 201.

- 44 Zum Konzept Hirschhausen, Béatrice: Phantomgrenzen als heuristisches Konzept für die Grenzfor-
schung, in: Gerst, Dominik / Klessmann, Maria / Krämer, Hannes: Grenzforschung. Handbuch für
Wissenschaft und Studium, Baden-Baden 2021, S. 175 - 189. Analytisch wertvoll ist die dortige Dif-
ferenzierung zwischen „Raumerfahrung“, „Raumimagination“ und „Raumgestaltung“ (S. 180) etwa bei
der Analyse der Gestaltung von Außenarealen der Gedenkstätten, die durchaus raumprägend sind.
- 45 Dazu grundsätzlich Pohl, Karl Heinrich: Darstellung von Zeitgeschichte im Museum. Geschichts-
theoretische und museumsspezifische Aspekte, in: Hammerstein, Katrin / Scheunemann, Jan (Hrsg.):
Die Musealisierung der DDR. Wege, Möglichkeiten und Grenzen der Darstellung von Zeitgeschichte in
stadt- und regionalgeschichtlichen Museen, Berlin 2012, S. 54 - 71.
- 46 Zu ersten entsprechenden Überlegungen Hoffrogge, Jan Matthias: Grenzinformationsstelle (wie
Anm. 1), S. 308.

„Erinnerung 2.0: Künstliche Intelligenz und die Aufarbeitung der DDR-Geschichte“

Felix Ludwig / ChatGPT 3.5.

Vorbemerkungen: KI als eigenständige Akteurin der Erinnerungskultur?

Künstliche Intelligenz (KI) greift immer mehr in unser Leben ein. Dies gilt auch für die historisch-politische Bildungsarbeit: Einerseits bieten unzählige und oftmals kostenfreie Programme interessante neue Möglichkeiten für die Akteurinnen und Akteure in der Aufarbeitungsszene.¹ Andererseits greifen auch Jugendliche zunehmend auf diese Möglichkeiten zurück und beziehen ihr Wissen über Künstliche Intelligenz.

Die Situation gleicht in gewisser Weise jener nach der Veröffentlichung von Wikipedia: Plötzlich mussten beunruhigte Lehrkräfte ihre Schülerinnen und Schüler ermahnen, Referate nicht allein auf das Online-Lexikon aufzubauen – auch, da die Informationen auf der Plattform nicht immer verlässlich wären.² Die KI neigt bekanntermaßen ebenfalls dazu, unvollständiges oder schlicht ausgedachtes Wissen auszugeben. Zugleich nehmen Programme wie ChatGPT den Lernenden einen weiteren, wichtigen Lernschritt ab: Wo Wikipedia den Konsumentinnen und Konsumenten immerhin noch die Fähigkeit abverlangte, einen Text zu lesen und die wichtigen Informationen zusammenzufassen, da übernimmt dies die KI bereits eigenständig. Im schlimmsten Fall müssen Jugendliche das präsentierte vermeintliche Wissen nicht einmal mehr verarbeiten, sondern nur noch vorlesen.

Dieses – aktuell noch unterstellte – Phänomen wird sich voraussichtlich unmittelbar auf die Gedenkstättenarbeit auswirken. Die Künstliche Intelligenz prägt über ihre Antworten das Vorwissen von Jugendlichen und ihre Erwartungshaltungen. Sie hat das Potential, zur eigenständigen Akteurin der Erinnerungskultur zu avancieren. Um die konkreten Konsequenzen abschätzen zu können, soll ein Experiment gewagt werden: ChatGPT als aktuell bekannteste KI wird zur Geschichte der DDR und zur historisch-politischen Bildung interviewt.

Dieses Interview fand am 9. Februar 2024 mit der kostenfrei zugänglichen Version 3.5. statt. Da sich die künstliche Intelligenz aufbauend auf den im Internet zugänglichen Daten beständig selbst trainiert, verändern sich ihre Antworten im Laufe der Zeit.³ Bei



Auf ähnlicher technischer Grundlage wie ChatGPT arbeitet auch die Bild-KI „Crayon“. Das obenstehende „Foto“ entstand nach der Aufforderung, die Grenzübergangsstelle Marienborn mitsamt der eindrucksvollen Flutlichtmasten bei Nacht darzustellen.

Veröffentlichung dieses Textes im Sommer 2024 wird das Interview daher in folgender Form nicht mehr reproduzierbar sein.

Interview⁴

Interviewer: Hallo Chat GPT. Ich möchte mit dir ein Interview über den Einfluss von Künstlicher Intelligenz auf die Erinnerungskultur und die Bildungsarbeit zur DDR führen. Was für einen Titel schlägst du vor?

ChatGPT: Wie wäre es mit „Künstliche Intelligenz und die Erinnerungskultur: Neue Wege in der Bildungsarbeit zur DDR“?

Interviewer: Das finde ich etwas un kreativ. Hast du weitere Vorschläge?

ChatGPT: Natürlich, hier sind einige weitere Vorschläge:

„Digitale Gedächtnisse: Die Rolle von KI in der DDR-Erinnerungskultur“

„Zwischen Tradition und Technologie: KI und die Neugestaltung der DDR-

Bildungsarbeit“

„KI und Geschichte: Erinnerungskultur zur DDR im digitalen Zeitalter“

„Erinnerung 2.0: Künstliche Intelligenz und die Aufarbeitung der DDR-Geschichte“

„Vom Archiv zur KI: Die Evolution der DDR-Erinnerungskultur“

Ich hoffe, hier ist etwas dabei, das Ihren Vorstellungen entspricht!

Interviewer: Hab vielen Dank. Lass uns beginnen. Was ist besonders an der Erinnerungskultur zur DDR in der Bundesrepublik Deutschland?

ChatGPT: Die Erinnerungskultur zur DDR in der Bundesrepublik Deutschland ist besonders aufgrund der historischen und politischen Dimensionen, die sie umfasst. Hier sind einige Punkte, die sie herausheben:

1. Politischer Kontext: Die Erinnerungskultur zur DDR in der Bundesrepublik Deutschland ist eng mit der deutschen Teilung und der anschließenden Wiedervereinigung verbunden. Sie reflektiert die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den beiden deutschen Staaten und die Auswirkungen dieser Teilung auf das Leben der Menschen.

2. Vielfalt der Perspektiven: Aufgrund der Vielzahl von Erfahrungen und Perspektiven innerhalb der Gesellschaft gibt es keine einheitliche Sichtweise auf die DDR. Die Erinnerungskultur berücksichtigt die verschiedenen Erfahrungen von Ost- und Westdeutschen, ehemaligen Regimegegnern, Dissidenten, ehemaligen Mitgliedern der SED und anderen Gruppen.

3. Aufarbeitung von Diktatur und Unterdrückung: Die Erinnerungskultur zur DDR beinhaltet die Aufarbeitung der Diktatur und Unterdrückung, die unter dem Regime der SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) stattfanden. Dies beinhaltet die Auseinandersetzung mit politischer Verfolgung, Stasi-Überwachung, Einschränkung der Meinungsfreiheit und anderen Menschenrechtsverletzungen.

4. Bewahrung von Erinnerungen: Die Erinnerungskultur zielt darauf ab, die Erinnerungen an die DDR zu bewahren, insbesondere angesichts des zunehmenden zeitlichen Abstands seit der Wiedervereinigung. Dies geschieht durch Museen, Gedenkstätten, Archive, Bildungsprogramme, Gedenkveranstaltungen und andere Initiativen.

5. Herausforderungen und Kontroversen: Die Erinnerungskultur zur DDR ist oft Gegenstand von Debatten und Kontroversen, insbesondere im Hinblick auf die Frage, wie die Vergangenheit angemessen aufgearbeitet und interpretiert werden soll. Dies betrifft auch die Frage nach der Rolle der ehemaligen Mitglieder der SED und ihre Integration in die demokratische Gesellschaft.

Insgesamt ist die Erinnerungskultur zur DDR in der Bundesrepublik Deutschland geprägt von einer breiten Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und einem Bestreben, aus den Erfahrungen der DDR zu lernen und die Werte der Demokratie und Menschenrechte zu stärken.

Interviewer: An welche historischen Ereignisse sollten Gedenkstätten zur DDR-Diktatur erinnern?

ChatGPT: Gedenkstätten zur DDR-Diktatur sollten eine Vielzahl von historischen Ereignissen und Aspekten berücksichtigen, um ein umfassendes Bild der Diktatur und ihrer Auswirkungen zu vermitteln. Hier sind einige Schlüsselereignisse, an die Gedenkstätten erinnern sollten:

1. Mauerbau und innerdeutsche Grenze: Der Bau der Berliner Mauer im August 1961 und die Errichtung der innerdeutschen Grenze markieren die physische Teilung Deutschlands und stehen symbolisch für die Unterdrückung und Isolierung der DDR-Bevölkerung.
2. Politische Verfolgung und Repression: Gedenkstätten sollten an die politische Verfolgung erinnern, die Oppositionelle, Regimekritiker, Dissidenten und andere Personen erlitten haben, die sich gegen das DDR-Regime gestellt haben. Dies umfasst Verhaftungen, Folter, politische Prozesse und Inhaftierung in Gefängnissen wie dem berühmten Stasi-Gefängnis Hohenschönhausen.
3. Stasi-Überwachung und Spitzeltätigkeit: Es ist wichtig, an die umfassende Überwachung und Spitzeltätigkeit durch das Ministerium für Staatssicherheit (Stasi) zu erinnern, das ein Instrument der politischen Kontrolle und Unterdrückung war und das Leben vieler Bürgerinnen und Bürger in der DDR stark beeinflusste.
4. Flucht und Fluchthilfe: Gedenkstätten sollten auch an die zahlreichen Versuche erinnern, die DDR zu verlassen, sowie an die Menschen, die bei

dem Versuch, die Grenze zu überqueren, ums Leben kamen. Dies umfasst auch diejenigen, die Fluchhilfe geleistet haben und dafür verfolgt wurden.

5. Friedliche Revolution und Mauerfall: Die Ereignisse des Herbstes 1989, die zur friedlichen Revolution in der DDR und schließlich zum Fall der Berliner Mauer führten, markieren einen Wendepunkt in der deutschen Geschichte und sollten ebenfalls in Gedenkstätten gewürdigt werden.

6. Alltagsleben und Lebensrealität: Neben den großen historischen Ereignissen ist es wichtig, auch die Alltagsleben und die Lebensrealität der Menschen in der DDR zu thematisieren, einschließlich der Einschränkungen in Bezug auf Meinungsfreiheit, Reisefreiheit, Konsumgüter und andere Bereiche des täglichen Lebens.

Indem Gedenkstätten eine Vielzahl von historischen Ereignissen und Aspekten berücksichtigen, können sie dazu beitragen, ein umfassendes Verständnis der DDR-Diktatur zu vermitteln und die Erinnerung an die Opfer zu bewahren.

Interviewer: Lass uns etwas näher auf die innerdeutsche Grenze eingehen: Wann und aus welchem Grund wurde die Grenze errichtet?

ChatGPT: Die Errichtung der innerdeutschen Grenze fand im Kontext des Kalten Krieges statt und war eine direkte Folge der politischen und militärischen Spannungen zwischen den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs, insbesondere zwischen der Sowjetunion und den westlichen Alliierten, die zu diesem Zeitpunkt die Bundesrepublik Deutschland (BRD) und die Deutsche Demokratische Republik (DDR) kontrollierten. Die innerdeutsche Grenze wurde nicht an einem bestimmten Datum errichtet, sondern ihre Entstehung war ein schrittweiser Prozess. Bereits unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkriegs begannen die Spannungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion, die schließlich zur Teilung Deutschlands führten.

Im Jahr 1949 wurde die Bundesrepublik Deutschland (BRD) im westlichen Teil Deutschlands gegründet, während die Sowjetunion und ihre Verbündeten im Osten die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) unterstützten. Diese Teilung wurde durch die unterschiedlichen politischen Ideologien und Interessen der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs sowie durch die Blockkonfrontation im Kalten Krieg verstärkt.

Die innerdeutsche Grenze wurde in den folgenden Jahren durch verschiedene Maßnahmen immer stärker gesichert, darunter Grenzbefestigungen, Stacheldrahtzäune, Minenfelder und schließlich den Bau der Berliner Mauer im Jahr 1961. Diese Grenze diente dazu, die Flucht von Menschen aus der DDR in den Westen zu verhindern und war ein zentrales Element der Teilung Deutschlands bis zur Wiedervereinigung im Jahr 1990.

Interviewer: Wann wurde die Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten geschlossen?

ChatGPT: Die Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten, der Bundesrepublik Deutschland (BRD) und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR), wurde nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt geschlossen, sondern ihre Abschottung und Sicherung erfolgte schrittweise im Laufe der Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg.

Der Bau der Berliner Mauer im August 1961 kann jedoch als entscheidender Moment angesehen werden, der die Grenze zwischen Ost- und Westdeutschland sowie zwischen Ost-Berlin und West-Berlin physisch und symbolisch abriegelte. Die Errichtung der Mauer erfolgte in Reaktion auf eine massive Abwanderung von Ost nach West, die vor allem junge und gut ausgebildete Menschen betraf und die wirtschaftlichen und politischen Probleme der DDR verstärkte.

Mit dem Bau der Mauer wurde der Fluchtversuch vieler Menschen aus der DDR in den Westen praktisch unmöglich gemacht. Die Grenze blieb bis zur Öffnung der Grenzen im Zuge der friedlichen Revolution im Herbst 1989 bestehen. Es war eine schrittweise Schließung und Sicherung der Grenze, die durch den Bau der Berliner Mauer einen Höhepunkt erreichte.

Interviewer: Wer hat den Mauerbau angeordnet?

ChatGPT: Der Befehl zum Bau der Berliner Mauer wurde von den Führern der Deutschen Demokratischen Republik (DDR), insbesondere vom damaligen Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht, gegeben. Ulbricht und andere führende Mitglieder der SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) sahen den Mauerbau als eine Maßnahme, um die anhaltende Massenflucht von DDR-Bürgern in den Westen zu stoppen und die Existenz der DDR als eigenständigen Staat zu sichern. Die Entscheidung zum Mauerbau wurde im Geheimen getroffen und ohne vorherige Ankündigung durchgeführt, was zu einer plötzlichen und schockierenden Teilung Berlins und Deutschlands führte.

Interviewer: Lass uns zur Erinnerungskultur zurückkehren: Welche Gedenkstätten gehören zur Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt?

ChatGPT: Die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt verwaltet mehrere Gedenkstätten, die an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und an die DDR-Diktatur erinnern. Einige der wichtigsten Gedenkstätten, die von der Stiftung betreut werden, sind:

1. Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg: Diese Gedenkstätte erinnert an die Opfer der Gestapo-Untersuchungshaftanstalt, die sich während des Nationalsozialismus auf dem Moritzplatz in Magdeburg befand. Die Ausstellung dokumentiert die Geschichte der politischen Verfolgung und des Widerstands in der Region.
2. Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale): Die Gedenkstätte befindet sich im ehemaligen Gefängnis „Roter Ochse“ in Halle (Saale) und erinnert an die Opfer der politischen Verfolgung während der DDR-Diktatur. Besucher können die historischen Gefängniszellen besichtigen und mehr über die Repressionen des SED-Regimes erfahren.
3. Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“-Morde Bernburg: Diese Gedenkstätte in Bernburg erinnert an die Opfer der nationalsozialistischen „Euthanasie“-Morde, bei denen Menschen mit körperlichen und geistigen Behinderungen systematisch ermordet wurden. Die Ausstellung informiert über die Hintergründe und Folgen dieser Verbrechen.
4. Gedenkstätte Konzentrationslager Langenstein-Zwieberge: Die Gedenkstätte erinnert an das Konzentrationslager Langenstein-Zwieberge, das während des Nationalsozialismus als Außenlager des KZ Buchenwald diente. Besucher können das ehemalige Lagergelände besichtigen und mehr über das Schicksal der Häftlinge erfahren.

Diese Gedenkstätten spielen eine wichtige Rolle bei der Aufarbeitung der deutschen Geschichte und bei der Erinnerung an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und der DDR-Diktatur. Sie bieten Besuchern die Möglichkeit, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen und die Bedeutung von Demokratie, Menschenrechten und Toleranz zu reflektieren.

Interviewer: Hab vielen Dank für das Interview.

Einordnung: Verengt die KI den Diskurs?

Die Künstliche Intelligenz entwickelt sich zunehmend weiter. Gegenüber eines ersten (noch englischsprachigen) Testlaufes im Herbst 2023 hat sich das Antwortverhalten der KI bereits deutlich verändert. Die genannten Fakten sind zutreffender: So ordnete ChatGPT in der früheren Version noch die Gedenkstätte Andreasstraße in Erfurt der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt zu. Auch räumte das Programm vermeintlich positiven Seiten der DDR ungefragt vergleichsweise viel Raum ein. Im Gegensatz zur früheren Version stellt die KI nun auch ohne zusätzliche Nachfrage wesentlich mehr Kontextinformationen. Gleichwohl finden sich noch immer Fehler: So wird die Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg als Untersuchungshaftanstalt der Gestapo eingeordnet. Hier vermischt das Programm offenbar die Rollen als Strafgefängnis in der NS-Zeit und als Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit. Auch wird die doppelte Diktaturgeschichte der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) vollständig ausgeblendet.

Gefährlicher als solche Fehler sind allerdings zwei Besonderheiten der KI als Informationsquelle: Erstens schleichen sich subtile Ungereimtheiten und Wertungen in die Antworten des Bots ein. Insbesondere vereinfacht sie komplexe Sachverhalte (auch wenn sie die Komplexität von Sachverhalten gern betont). So kann beispielsweise daran gezweifelt werden, dass die Westmächte und die Sowjetunion die Bundesrepublik und die DDR kontrollierten.⁵

Zweitens trifft sie eine Vorauswahl des präsentierten Wissens. Auch bei mehrmaliger Nachfrage aus verschiedenen Richtungen taucht der 26. Mai 1952 als Datum der Grenzschießung nicht auf. Gleiches gilt auch für die Zwangsaussiedlungen von tausenden Menschen aus den grenznahen Gemeinden. Das ist technisch leicht erklärbar: Beide Ereignisse sind im öffentlichen Diskurs sehr viel weniger präsent – und fehlen damit wohl auch in der Datengrundlage der Künstlichen Intelligenz. Es besteht die Gefahr, dass Lernende ihr Wissen nur noch auf jene Fakten konzentrieren, die Algorithmen als bedeutsam einordnen. Gerade von Jugendlichen ist eine weiterführende Recherche in den meisten Fällen ebenso wenig zu erwarten wie umfassendes Vorwissen. Ereignisse und Erzählungen, die die ChatGPT nicht präsentiert, drohen unterzugehen. Über die konkreten Lernenden hinausgedacht droht so in der Erinnerungskultur eine Verengung des Diskurses auf vermeintlich zentrale Themen wie Mauerbau und der Volksaufstand vom 17. Juni 1953. Ohne die Relevanz der genannten Beispiele

relativieren zu wollen, kann dies jedoch dem Bestreben einer vielfältigen Erinnerung entgegenwirken: So drohen jene migrantischen Perspektiven unterzugehen, die doch just in den Vordergrund gerückt werden sollen.

Solche Szenarien bedeuten eine Herausforderung für Akteurinnen und Akteure der historisch-politischen Bildung.⁶ Sie müssen entsprechend mittelfristig lernen, mit der neuen Technologie umzugehen: Einerseits gilt es künstliche Intelligenz in ihre Bildungsarbeit zu einzuflechten, beispielsweise indem sie mit den Ergebnissen von ChatGPT (oder anderen Programmen) arbeiten und einordnen. Das erfordert jedoch geschultes Personal und die notwendige technische Ausstattung. Andererseits ist die Herausforderung der KI auch eine Herausforderung an die Einrichtungen, ihre zentrale Stärke in den Vordergrund zu stellen: die historischen Orte als Überreste der deutschen Diktaturgeschichte. Das Haptische kann und muss das Digitale kontern lernen. Die Oberfläche einer alten Mauer oder den Geruch des DDR-Linoleumbodens kann ein Programm einstweilen nicht simulieren. So steht denn auch am Ende dieses Experimentes ein Aufruf an Lehrkräfte, Schulämter und Bildungsministerien: Die Digitalisierung in all ihrer Bedeutung darf den Gedenkstättenbesuch nicht verdrängen!

Anmerkungen

- 1 So veröffentlicht die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur auf Ihrer Website „Reuhts KI-Werkzeugkiste für die historisch-politische Bildung“, online unter <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/vermitteln/KI-historisch-politische-bildung> [Stand vom: 09.02.2024].
- 2 Birger Menke: „Für Lehrer ist Wikipedia ein rotes Tuch“, Der Spiegel, 24.03.2009, online unter <https://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/lexikonmacher-auf-schultournee-fuer-lehrer-ist-wikipedia-ein-rotes-tuch-a-615029.html> [Stand vom: 09.02.2024].
- 3 Ende 2023 beobachteten Nutzer:innen gar, dass die KI teilweise ihren Dienst verweigerte und aufforderte, eigenständig zu recherchieren: Titus Blome: ChatGPT hat keine Lust mehr, online unter <https://www.zeit.de/kultur/2023-12/chatgpt-kuenstliche-intelligenz-faul> [Stand vom: 09.02.2024]. Die Datengrundlage für ChatGPT 3.4. stammt größtenteils aus dem Jahr 2022. ChatGPT 4 nutzt aktuelle Informationen.
- 4 Hervorhebungen innerhalb der Antworten erfolgten durch die KI.

- 5 Ungeachtet des tatsächlichen Einflusses der Großmächte auf die beiden deutschen Staaten, zeigten deutsche Akteur:innen gerade nach 1949 auf beiden Seiten immer wieder genügend Eigensinn, um den Kontrollbegriff zumindest zu relativieren. Dies gilt insbesondere für die Bundesrepublik, wo sich beispielsweise im Rahmen der „Vergangenheitspolitik“ (Norbert Frei) der Umgang mit dem Erbe des Nationalsozialismus in einem komplexen Spannungsfeld zwischen alliierter Kontrolle und bundesdeutscher Agenda bewegte. Frei, Norbert: *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, erw. Neuauflage, München 2012, S. 400.
- 6 Im Rahmen der Veranstaltung #rememBARCAMP 2023 in der Gedenkstätte Dachau wurde über den Einsatz von KI-Chatbots in der Gedenkstättenpädagogik gesprochen. Daraus folgte über die bloße Inhaltsangabe hinaus allerdings keine Veröffentlichung. Online unter <https://www.kz-gedenkstaette-dachau.de/remembarcamp-2023/> [Stand vom: 14.02.2023].

Das „streikende Klassenzimmer“ an der Humboldt-Schule in Magdeburg 1961

Frank Stucke, Wolfgang Bischoff

Das Schuljahr 1960/61 endete für Schülerinnen und Schüler in der DDR, so auch für die Jugendlichen in Klasse 9B2 der Erweiterten Oberschule (EOS) Humboldt, mit den wohlverdienten Sommerferien. In diesen Ferien fand ein Ereignis von weltpolitischer Bedeutung statt, das auch unmittelbare Auswirkungen auf die Schülerschaft der nunmehrigen 10B2 haben sollte: Am 13. August 1961 sperrte die SED-Führung um Walter Ulbricht durch die Errichtung der „Mauer“ rund um West-Berlin die Bevölkerung der DDR im eigenen Land ein. Nun war das Abstimmen mit den Füßen, die Flucht vor politischen Repressalien durch das SED-Regime in den Westen, unmöglich oder zu einem lebensgefährlichen Unterfangen geworden. Die Bevölkerung war stärkerer ideologischer Beeinflussung und Bevormundung durch die SED ausgesetzt, die auch in den Schulen spürbar war. Widerspruch gegen die SED-Ideologie oder gar Widerstand dagegen konnten gravierende Folgen für die Betroffenen nach sich ziehen. Vor diesem Hintergrund startete am 1. September 1961 das neue Schuljahr, auch für den 1945 in Magdeburg geborenen Wolfgang Bischoff.

Seit Mitte der 1990er Jahre engagiert sich Wolfgang Bischoff in der Bildungsarbeit der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg als Zeitzeuge. Dass er 1976 mehrere Ausreisearträge stellte, deswegen vom DDR-Staatssicherheitsdienst am Moritzplatz inhaftiert und anschließend zu zwei Jahren Freiheitsentzug verurteilt wurde¹, hat seine Ursache in mehreren einschneidenden Ereignissen, die ihn geprägt hatten: Darunter die Festnahme seines Vaters 1951, der dann verschwunden blieb und von dessen Verurteilung zum Tode wegen angeblicher Spionage durch die sowjetischen Besatzer und Hinrichtung in Moskau am 24. Juli 1951 er erst nach dem Zusammenbruch der DDR erfuhr.² Und natürlich auch die am 9. November 1961 während des Unterrichts erfolgte Festnahme seines Klassenkameraden Carl-Gerhard Winter durch den Staatssicherheitsdienst und die dann folgenden Ereignisse an der Humboldt-Schule. Auch hierüber berichtet Wolfgang Bischoff in der Gedenkstätte als Zeitzeuge bei Besuchen von Schulklassen und Erwachsenengruppen, um zu verdeutlichen, warum er nicht



Gebäude der früheren Erweiterten Oberschule Humboldt in der Magdeburger Prälatenstraße, Aufnahme 2016.

mehr in der DDR weiterleben konnte und letztlich das Risiko einer Inhaftierung in Kauf nahm. Um die sonst von ihm eher nur gestreiften Ereignisse um den Klassenstreik in der Magdeburger Humboldt-Schule als Reaktion auf die Verhaftung von Carl-Gerhard Winter einmal aufzuarbeiten und so für die Nachwelt zu dokumentieren, führte Frank Stucke 2022 ein Interview mit Wolfgang Bischoff, das dieser im Nachgang als Bericht verschriftlichte und dessen wesentliche Passagen hier wiedergegeben werden. Dankenswerterweise hat auch Dr. Carl-Gerhard Winter für diesen Beitrag wichtige Informationen, Hinweise und auch eine Abbildung beige-steuert.

1 Wolfgang Bischoff: Erinnerungen an die Ereignisse in der Klasse 10B2 an der Humboldt-Oberschule in Magdeburg im Herbst 1961³

„Im Jahre 1960 wechselte ich zusammen mit meinem alten Schulfreund Hans-Werner Kraft von der Polytechnischen Käthe-Kollwitz-Schule an die Erweiterte Humboldt-Oberschule. Die beiden Schulgebäude standen damals, nur durch den Schulhof getrennt, unmittelbar nebeneinander an der Prälatenstraße in Magdeburg. Die Klasse 10B2 zeichnete sich dadurch aus, dass hier statt Englisch Latein unterrichtet wurde.

Hans-Werner und ich waren die einzigen Schüler der Klasse, die nicht Mitglied in der FDJ [Freien Deutschen Jugend – F.S.] waren – er aus religiösen Gründen, ich aus einer schon damals vorhandenen inneren Distanz zur Politik der DDR.

In den auf das neunte Schuljahr folgenden großen Ferien des Jahres 1961 arbeitete ich für ein paar Wochen als Hilfstierpfleger im Magdeburger Zoo, um mir ein paar Mark zu verdienen. Während dieser Zeit wurde ich am 13. August vom Mauerbau in Berlin überrascht.

Das neue Schuljahr begann am Freitag, dem 1. September 1961. Alle Schüler waren erschienen, nur Hans-Werner fehlte. Der Klassenlehrer, Herr Brennecke, bat mich nachzusehen, warum mein Freund nicht da war. Hans-Werner wohnte, keine fünf Minuten von der Schule entfernt, in der Bahnhofstraße, unmittelbar neben dem Hauptbahnhof. An der Wohnungstür angekommen, sah ich sofort das dort klebende amtliche Siegel. Familie Kraft hatte noch rechtzeitig kurz vor dem Mauerbau die DDR verlassen.

Schon während des neunten Schuljahres hatte ich mich mit einigen Mitschülern angefreundet. Wir lernten zuweilen zusammen, machten gemeinsam Hausaufgaben, und wir hatten anschließend unseren Spaß. Zu unserer Gruppe gehörten Hans-Joachim Schulz, Wolfgang V., Carl-Gerhard Winter und ich. Diese Aktivitäten setzten wir auch in der zehnten Klasse fort.

Politische Indoktrination, egal ob im speziellen Unterrichtsfach Staatsbürgerkunde oder in anderen Fächern, beim allwöchentlichen Fahnenapell am Montagmorgen oder bei anderen Gelegenheiten, gehörte für uns zum schulischen Alltag. Dennoch spürten wir, dass die Zügel straffer gezogen wurden. Niemand konnte jetzt den Bevormundungen und Drangsalierungen über das Schlupfloch West-Berlin entkommen. Kleinste „politische Verfehlungen“ wurden mit schlechten Noten oder Verweisen geahndet. Es wurde erklärt, dass das Abhören westlicher Rundfunksender und das Westfernsehen verboten seien. FDJ-Aktivisten wurden auf die Dächer der Häuser geschickt, um die Fernsehantennen zu zerstören, die nach dem Westfernsehen ausgerichtet waren – es handelte sich um die sogenannte „Aktion Ochsenkopf“⁴. Gleich nach Schuljahresbeginn wurde eine massive „Werbeaktion“ für die NVA [Nationale Volksarmee – F.S.] gestartet. Alle Schüler wurden genötigt, sich schriftlich zu verpflichten, nach dem Abitur für drei Jahre zur Armee zu gehen. Die Schülerinnen blieben verschont. Nicht alle Schüler gaben dem ziemlich massiven Druck, gespickt mit versteckten Drohungen für die berufliche Zukunft, nach – ich auch nicht.

Unter den erwähnten, verschärften politischen Umständen setzten meine drei Schulfreunde und ich unsere gemeinsamen Aktivitäten fort. Diese hatten eigentlich kein anderes Ziel, als unsere schulischen Leistungen zu stabilisieren und zu verbessern und außerdem ein bisschen Spaß zu haben. Reihum trafen wir uns jeweils zu Hause. Meine Mutter lebte mit meiner Schwester und mir damals gewiss nicht in wohlhabenden Verhältnissen. Meine drei Klassenkameraden hatten es da sicher besser getroffen. Das spielte aber keine Rolle, ist hier nur insofern von Bedeutung, als in deren Haushalten ein Fernsehgerät vorhanden war, was sich meine Mutter damals nicht leisten konnte. Bedeutung bekam es dadurch, als Calle (Carl-Gerhard Winter) nach Erledigung der Hausaufgaben zuweilen fragte: „Wollen wir einen Western gucken?“ Western konnte man nur im nicht erwünschten Westfernsehen sehen. Im DDR-Fernsehen waren sie verboten. Wenn ich mich richtig erinnere, liefen damals Serien wie „Bonanza“ und „Am Fuß der Blauen Berge“. Natürlich wollten wir Western gucken. Dass das eigentlich verboten war, erhöhte den Reiz. Die Western blieben eigentlich immer nur ein kleiner Teil unserer gemeinsamen Freizeitbeschäftigung. Diese bewegte sich ansonsten im üblichen Rahmen dessen, was 16jährige Jugendliche damals taten.

Nach einiger Zeit schied Wolfgang V. aus unserer Gruppe aus und freundete sich mit unserem Mitschüler Klaus-Dieter S. an. Ich erinnere mich nicht mehr, warum es dazu kam. Wolfgang V. war ein intelligenter, immer etwas hibbeliger und kindlicher Junge – jedenfalls habe ich ihn so in Erinnerung. Nach dem Beginn der Freundschaft mit Klaus-Dieter S. verstärkte sich Wolfgangs kindliches Verhalten. Er erschien mir zunehmend schrulliger und auch anstrengender. Wolfgang hatte sich damals in eine Klassenkameradin verguckt – was in diesem Alter passieren kann und nicht ungewöhnlich ist. Ebenfalls nicht ungewöhnlich ist, dass unsere Mitschülerin aber nichts von ihm wissen wollte und seine Werbungen ablehnte. Ungewöhnlich war allerdings seine Reaktion auf die Ablehnung. Das Mädchel hatte einen polnisch klingenden Nachnamen. Voller Enttäuschung schrieb er ihr einen bitterbösen Brief, in dem er sie als „Polenschlampe“ oder „Polensau“ ansprach. Die entsetzte Schülerin legte den Brief der Schulleitung vor. Wolfgang V. und sein neuer Freund wurden umgehend von der Schule verwiesen. Ich kann mich nicht mehr erinnern, warum Klaus-Dieter S. auch in diesen Strudel geraten war. Ich glaube aber mich noch daran zu erinnern, dass Wolfgang etwa in dieser Zeit in der Klasse mit einer Zündhütchenpistole (in der DDR streng verboten) herumfuchtelte, die er als „Judentod“ bezeichnete. Wir waren alle entsetzt.

Die nachfolgende Passage ist eine Vermutung und mein Versuch, das zu erklären, was in der Folge geschah. Wenn ich mich richtig erinnere, war Wolfgang V.s Vater damals Stadtschulrat von Magdeburg, eine Position, die man in jener Zeit nur als „strammer Genosse“ bekam.⁵ Ausgerechnet sein Sohn leistet sich diese Verfehlungen. Ich kann mir gut vorstellen, dass sich der Papa seinen Sohn ordentlich „zur Brust“ genommen hat. Dieser versuchte sich kleinlaut zu rechtfertigen und erwähnte dabei vermutlich, dass wir bei Calle Winter gemeinsam Westfernsehen geguckt haben. Womöglich erzählte er auch, dass Calle und Hans-Joachim Schulz manchmal politische Witze erzählten. Der Vater hatte dann wohl nichts anderes zu tun, als diese „Erkenntnisse“ den zuständigen Stellen (Stasi?) zu melden.

Eines Tages öffnete sich während des Unterrichts die Klassenzimmertür, der Direktor Eipper erschien und bat Carl-Gerhard Winter und Hans-Joachim Schulz heraus. – Ich hatte den genauen Termin vergessen, erfuhr später von Calle, dass es der 9. November war. – Wir konnten sehen, dass beide von uns unbekanntem Männern in Empfang genommen wurden. Wie versteinert verfolgten wir das Geschehen. Ein, zwei Tage später erklärte man uns, dass beide wegen politischer Verfehlungen festgenommen seien. Hans-Joachim kam nach zwei Tagen wieder frei, durfte aber nicht wieder an die Schule zurückkommen. Dafür wurde Calles Mutter ebenfalls verhaftet – wegen Verletzung der Aufsichtspflicht. Wir waren entsetzt, und die ganze Klasse beschloss, mit einem Sitzstreik zu protestieren. Ich glaube, es war der folgende Montag. Wir besetzten die Haupttreppe der Humboldtschule in ihrer ganzen Breite, so dass niemand mehr rauf- oder runterkam, und wir verlangten, dass unser Klassenkamerad Calle Winter freigelassen wird. Ich habe das Bild immer noch vor mir: Am Fuß der Treppe standen der Schuldirektor Eipper, sein Stellvertreter Schmeißer und der FDJ-Sekretär Dobberitz. Sie erschienen mir hilflos und wussten nicht, wie sie mit der für sie völlig überraschenden Situation umgehen sollten. Schließlich schickten sie uns nach Hause. Am folgenden Tag setzte die Klasse ihren Protest auf der Treppe fort. Wieder standen die drei „Genossen“ am Fuß der Treppe vor uns. Jetzt hatten sie eine erste Strategie: Sie drohten, dass wir an andere Schulen versetzt würden oder das Abitur vergessen könnten, wenn wir nicht „zur Vernunft“ kämen. Wieder wurden wir nach Hause geschickt. Am Abend hatte die Schulleitung kurzfristig eine Elternversammlung einberufen, aber nur für die Eltern, die Mitglied der SED waren. Das betraf etwa die Hälfte der Klasse. Am folgenden Tag war die Hälfte der Schüler nicht mehr zu Protestaktionen

bereit. Bei der folgenden „Aussprache“ in der Klasse wurde auch uns übrigen Schülern nahe gelegt vernünftig zu werden, um nicht unser Abitur zu gefährden. Es wirkte, und fast die ganze Klasse knickte ein. Einige Tage später versuchte unser Mitschüler Peter Hoffmann die Klasse noch einmal zum Protest zu bewegen. Umgehend wurde er von der Schule verwiesen.

Die Haltung der meisten unserer Lehrer war undifferenziert, teilweise auch offen ablehnend zu unseren anfänglichen Aktionen. Einige ließen aber auch leichte Sympathien durchblicken. Am nachhaltigsten blieb mir ausgerechnet unser Geschichts- und Staatsbürgerkundelehrer, Herr Offermann – Typ zackiger preußischer Offizier – in Erinnerung. Er eröffnete eine Unterrichtsstunde damit: „Leute merkt Euch eins: ‚Das größte Schwein im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant.‘“ Ich kannte dieses, angeblich auf den Dichter der deutschen Nationalhymne Hoffmann von Fallersleben zurückgehende, Zitat damals noch nicht. Die meiste Solidarität erfuhren wir von unserem Klassenlehrer, Herrn Brennecke, der uns in Deutsch und Latein unterrichtete. Diese Unterstützung kam ihm teuer zu stehen. Ende des Monats November musste er die Humboldtschule verlassen. Er durfte dann bis zum Ende der DDR nur noch an polytechnischen Oberschulen Deutsch und Russisch unterrichten.

In die Klasse war langsam wieder die von der Schulleitung erhoffte „Ruhe“ eingekehrt. Die große Mehrzahl der verbliebenen Schüler hatte sich in die Gegebenheiten gefügt, ließ die ständigen politischen Phrasen über sich ergehen und konzentrierte sich auf den Unterricht. Es gab aber zwei Ausnahmen: Margarete S. und ich hielten die Verhaftungen weiterhin für ungerecht und sagten das auch. Irgendwann während des Unterrichts (meine Erinnerung sagt mir, es war täglich) kam jemand von der Schulleitung in die Klasse, um zu hören, dass wir endlich einsichtig geworden wären und die Verhaftungen richtig fänden. Das zehrte natürlich an unseren Nervenkostümen. Ich hatte zunehmend Schwierigkeiten, mich auf den Unterricht zu konzentrieren und dem vermittelten Lehrstoff zu folgen. Margarete S. gab schließlich auf. Wenn ich mich richtig erinnere, hatte ich ihr auch dazu geraten. War es spätpubertäre Sturheit oder mein bereits damals ausgeprägter starker Gerechtigkeitsinn? Ein besonders aufmüpfiger Typ war ich eigentlich nie, auch damals nicht. Ein Einknicken kam für mich allerdings in dieser Sache nicht infrage. Weiterhin wurde von Seiten der Schulleitung versucht, mich vor der ganzen Klasse zur Einsicht zu bringen. Meine Erinnerung sagt mir, dass sich vor allem der FDJ-Sekretär der Schule, Herr Dobberitz und der stellvertretende



Treffen in der Wohnung von Familie Winter nach der Verhaftung von Carl-Gerhard Winter und seiner Mutter durch das MfS (1. v.l. der Vater Gerhard Winter, 4. v.l. Hans-Joachim Schulz, 5. v.l. die Schwester Ursula-Maria Winter, 7. v.l. Wolfgang Bischoff).

Direktor, Herr Schmeißer abmühten. Eines Tages kamen die beiden Herren und der Direktor Eipper wieder in die Klasse. Dabei war ein mir unbekannter Mann, den sie als den Genossen „XY“ (an den Namen kann ich mich nicht erinnern) vom Ministerium für Staatssicherheit vorstellten. Er sollte der Klasse wohl erklären, welche Vergehen Calle Winter und seiner Mutter vorgeworfen wurden. Zu Beginn wollten die führenden „Pädagogen“ der Humboldtschule ihrem Genossen wohl demonstrieren, wie sie mit einem uneinsichtigen Kerl wie mir verfahren. „Steh gefälligst gerade“, „Lehn Dich nicht an die Wand“ usw., wurde ich zurechtgewiesen. Mein Nervenkostüm hatte in den Wochen zuvor sowieso schon gelitten. Ich hielt die Situation nicht mehr aus. Mit Tränen in den Augen packte ich meine Sachen und sagte: „Das muss ich mir nicht länger gefallen lassen“. Ich verließ die Klasse. Der Direktor rief mir hinterher, dass ich mich nicht mehr in der Schule blicken lassen brauche. Eigenartigerweise konnte ich etwa eine Woche später doch wieder zur Schule kommen. Der Unterricht zog sich in der gewohnten Form hin – ich hatte in einigen Fächern ziemlich den Anschluss verloren.

In dieser Zeit hatte ich recht engen Kontakt zu Calles Familie. Ziemlich häufig besuchte ich seinen Vater und seine Schwester Ursula-Maria in der Goethestraße 10. Wir sprachen, auch mit Freunden, natürlich über die Lage und machten uns gegenseitig Mut. Hier erfuhr ich dann auch, dass die Gerichtsverhandlung gegen Calle und seine Mutter für Ende Januar 1962 angesetzt war. Dieser Prozess fand öffentlich (als Schauprozess?) und nicht, wie die Mehrzahl der von der Stasi initiierten Verfahren, unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Einen Tag vor der Verhandlung rief mich der stellvertretende Direktor zu sich, um sich zu erkundigen, ob ich von der bevorstehenden Verhandlung wisse. Als ich das bestätigte, fragte er, ob ich hingehen wolle. Ich bejahte es und konnte wieder gehen.

Am folgenden Morgen ging ich zum Gerichtsgebäude in der Halberstädter Straße. Ich habe den Gerichtssaal gut gefüllt in Erinnerung. Ich sah unter den Besuchern neben den Angehörigen von Calle und seiner Mutter den Schuldirektor Eipper und den FDJ-Sekretär Dobberitz sowie eine Abordnung meiner Klasse (in Erinnerung ist mir nur Hans-Joachim St. geblieben). Calle und seine Mutter saßen schon auf der Anklagebank. Unsere Blicke trafen sich, und ich drückte ihm demonstrativ die Daumen. Die Reaktion folgte prompt. Ein Gerichtsangestellter ergriff mich, führte mich zum Ausgang und warf mich „achtkantig“ aus dem Gerichtsgebäude. Der FDJ-Sekretär bläute mir noch ein, dass ich jetzt nicht mehr zur Schule kommen bräuchte.

Meine Mutter musste nach einigen Tagen zum Direktor kommen. Er erklärte ihr, dass man beschlossen hätte, dass ich bis zum Schuljahresende an die erweiterte Otto-von-Guericke-Oberschule gehen müsse, um nicht „auf der Straße herumzulungern“. Ein weiterer Besuch der Erweiterten Oberschule sei mir dann aber nicht erlaubt. Also ging ich nun in die Otto-von-Guericke-Schule in der Brandenburger Straße. Die dortigen Lehrer waren offensichtlich „geimpft“ und meinten wohl mehrheitlich, dass sie es mit einem „schwer Erziehbaren“ zu tun hatten. Die Ausnahme war der Musiklehrer. Er hatte mich offensichtlich in sein Herz geschlossen und kümmerte sich rührend um mich. Das tat mir in der damaligen Situation durchaus gut. Auch wenn einige meiner neuen Mitschüler mir gegenüber sicher nicht unfreundlich waren, fühlte ich mich bis zum Schuljahresende in der Klasse als Fremdkörper, zumal ich ja wusste, dass dann Schluss für mich war. In Folge all der geschilderten Ereignisse war ich weit davon entfernt, das zehnte Schuljahr erfolgreich abzuschließen. Jetzt bestand das Dilemma, dass ich die erweiterte Oberschule nicht mehr besuchen durfte und auch

keinen erfolgreichen Abschluss des zehnten Schuljahres vorweisen konnte. Ich fragte bei meiner ehemaligen polytechnischen Oberschule, der Käthe-Kollwitz-Schule nach, ob ich dort das zehnte Schuljahr wiederholen könnte. Ich durfte, und ein Jahr später erlangte ich hier die „Mittlere Reife“.

Seit meiner Kindheit hatte ich ein starkes Interesse an unseren Lurchen und Kriechtieren, und früh bestand der Wunsch Biologie zu studieren, um mich später mit diesen Tieren beruflich zu befassen. Ohne das Abitur konnte ich ein Biologiestudium erst einmal vergessen. Ich gab den Plan aber nicht auf. Ich bewarb mich im Kulturhistorischen Museum in Magdeburg, um dort in der Abteilung Naturkunde eine Lehre als zoologischer Präparator zu beginnen. Das war sicher nicht mein „Traumjob“, aber ich bekam einen Berufsabschluss und hatte immerhin mit Tieren zu tun. Ich war dann ausgebildeter Präparator für Zoologie. Jetzt wollte ich an der Abendschule das Abitur nachholen. Das Abendstudium begann. Nach einigen Wochen hatte man wohl erfahren, dass ich dieser „renitente“ Bischoff von der Humboldtschule bin und bedeutete mir, dass ich an der Schule nicht erwünscht sei. Damit war der Traum vom Biologiestudium zerplatzt und mein weiterer Lebensweg vorgezeichnet.“

2 Ein Schülerstreik in der DDR? Versuch einer Rekonstruktion

Soweit die Ausführungen von Wolfgang Bischoff zum Schülerstreik an der Magdeburger Humboldt-Schule und den Folgen für ihn selbst und Andere. Von der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg angestellte Recherchen stützen seine Erinnerungen: Es ist, wie angedeutet, davon auszugehen, dass das nicht erklärbare Fehlverhalten des Sohnes eines SED-Funktionärs dazu führte, dass auf der Suche nach möglichen Ursachen in dessen schulischem Umfeld nach ggf. politisch feindlichen Beeinflussungen durch Dritte gesucht wurde und hierdurch die Ereignisse ins Rollen kamen.

Der Schülerstreik der Klasse 10B2, seine Vorgeschichte und Folgen sind nicht nur in den Erinnerung Beteiligten präsent. Davon zeugen auch Erinnerungen mittelbarer Zeitzeugen und ebenso zahlreiche Spuren in der archivischen Überlieferung. Schließlich bekamen auch andere Schüler der Humboldt-Schule etwas mit. Der ehemalige Schüler Hans Wohlfahrt, der seinerzeit die Parallelklasse 10B1 besuchte, schrieb in einem 2014 verfassten Jubiläumsheft: „An der Schule gibt es Aufregung. Drei Schüler unserer Parallelklasse 10B2 werden durch die Verbreitung nationalsozialistischer Materialien und Ideen auffällig. Sie werden von der Schule gewiesen und auch der

Klassenleiter, Herr Brennecke, wird abgelöst“⁶ Offensichtlich gibt Wohlfahrt die von Schuldirektor Eipper im Rahmen eines Fahnenappells verkündeten „Gründe“ für die Relegierung der Schüler Winter und Schulz wieder. Carl-Gerhard Winter, der wie Wolfgang Bischoff in der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg häufig mit Schulklassen als Zeitzeuge über seine Inhaftierung und die Anlässe spricht, erklärt diesbezüglich, dass er das Deutschlandlied auf einem Klavier in der Sporthalle der Schule intoniert habe und dies als Verbreitung nationalsozialistischer Ideen gewertet worden sei.

Spuren in Archiven finden sich aufgrund des Umstands, dass sich seinerzeit mehrere Gremien mit den Vorfällen beschäftigten – sowohl im Sinne der „Ursachenforschung“ als auch zur Rechtfertigung getroffener und zur Legitimierung noch zu treffender Entscheidungen. So sind die von Wolfgang Bischoff dargestellten Folgen für Schüler und Lehrer der Humboldt-Schule in den Protokollen über die Sitzungen des Pädagogischen Rates, d.h. eines Gremiums aus Schulleitung und Lehrerschaft, vom 28. September⁷, 26. Oktober, 9. November, 20. November und 30. November 1961 überliefert.⁸ Weiterhin geben zu den Folgen der geschilderten Ereignisse für Lehrer der bestreikten Klasse die Berichte der Abteilung Volksbildung des Rates der Stadtbezirkes Mitte an den Stadtschulrat von Magdeburg vom 27. Oktober und 2. November 1961 Auskunft. In letzteren ist vermerkt, dass der Klassenlehrer der 10B2, Herr Brennecke, zur „Nichtweiterverwendung“ an der Schule „empfohlen“⁹ wird.

Interessant ist, dass in den o.g. Protokollen der Begriff „Streik“ vermieden wurde. Das Stattfinden des Streiks wird gleichwohl nicht verschwiegen, so im Protokoll der Sitzung des Pädagogischen Rats vom 20. November 1961. Die Protokolle thematisieren stattdessen „nur“ die Einzelfälle der Schüler Bischoff, Schulz, V. und Winter. Sie zeigen auch, wie die aus den genannten Vorfällen in der Schule abzuleitenden „pädagogischen Maßnahmen“, d.h. Bestrafungen von Schülern, im Pädagogischen Rat „diskutiert“ und stets einstimmig beschlossen wurden. Am 20. November 1961 standen „Disziplinarverfahren gegen Schüler der Klasse 10B2“ auf der Tagesordnung. Hierzu wurde festgehalten, dass am 16. November eine Klassenkonferenz der 10B2 stattgefunden hatte. Es sei der Beschluss gefasst worden, „die Schüler Winter und Schulz der Klasse 10B2 sind wegen staatsfeindlichen Verhaltens von der Schule zu verweisen“. Schulz habe durch „diffamierende Äußerungen über unsere Staatsorgane die Schüler so aufgeputscht, daß sie keine Aussagen machten. Unter dem fadenscheinigen Grund, Tischtennis zu spielen, sind die Schüler mit Schulz zusammengekommen, um infor-

miert zu werden“. Auf Nachfrage eines Lehrers, was „den Schülern Winter und Schulz zur Last gelegt“ werde, habe laut Protokoll Direktor Eipper erklärt: „...Pogromhetze, Verbreitung faschistischen Liedgutes, sadistische Regungen, Verächtlichmachung von Staatsmännern des sozialistischen Lagers“. Interessant ist, dass Schulleitung und Pädagogischer Rat bei ihrer Entscheidung, die Schüler Winter und Schulz von der Schule zu verweisen, eines Vorwandes bedienten, nämlich im Interesse der Schülerschaft zu handeln. So heißt es im Protokoll weiter, die FDJ-Gruppe der Klasse 10B2 sei aufgelöst worden, was eine Sanktion darstellte, weil sich die am Streik beteiligten Schüler offen gegen eine Maßnahme des Staates gestellt hatten. Um den Einfluss der staatlichen Jugendorganisation innerhalb der Klasse wiederherzustellen, waren durch die Schulleitung bereits Maßnahmen getroffen worden: So sei eine neue FDJ-Gruppe mit zehn Mitgliedern gebildet und die Schüler Winter und Schulz aus der FDJ ausgeschlossen worden. Die neue FDJ-Gruppe der 10B2 distanzieren sich von Winter und Schulz, heißt es weiter. Sie „bitte den Pädagogischen Rat, die Schüler von der Schule zu verweisen“. Neben der „Bitte“ der FDJ-Gruppe kam dem Pädagogischen Rat auch noch eine weitere Positionierung zupasse. So vermerkt das Protokoll: „Der Antrag der Klassenkonferenz auf Verweisung der Schüler Winter und Schulz wird vom Pädagogischen Rat einstimmig angenommen.“ Bei der genannten „Klassenkonferenz“ handelte es sich um eine, auch von Wolfgang Bischoff in seinem Bericht und ebenso in einem weiteren Protokoll des Pädagogischen Rates erwähnte spezielle Versammlung ausgewählter Eltern, die vermutlich alle Mitglieder der Staatspartei SED waren.¹⁰ Es lohnt sich an dieser Stelle der Frage nach dem Zustandekommen dieser Entscheidungen nachzugehen, die zur Einschüchterung und Disziplinierung sowie zu den o.g. Relegierungen von Schülern von der Humboldt-Schule geführt haben und die der Pädagogische Rat jeweils einstimmig als Kollektivorgan traf.¹¹ Er demonstrierte so, dass nach „gründlicher Beratung“ keine andere „Sachentscheidung“ getroffen werden konnte. Die Protokolle zeigen auf, dass zunächst der Schuldirektor seine Einschätzung der politischen Situation in der DDR auf der Grundlage u.a. im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ abgedruckter Kommentare kundtat und hieraus Schwerpunkte der politischen Arbeit, nicht der pädagogischen, in der Schule ableitete. Dabei gab er zu verstehen, dass Vorfälle wie das Abhören und Anschauen westlicher Sender oder der Besitz von „Schmutzliteratur“ aus dem Westen in der sozialistischen Schule nicht geduldet werden. Dies tat der Direktor in dem Wissen, dass ein solcher Fall noch



In der Untersuchungshaftanstalt Magdeburg-Neustadt durch das MfS aufgenommenes „Täterlichtbild“ von Carl-Gerhard Winter, November 1961.

auf der Tagesordnung stand. Dem folgte eine „Diskussion“ zum Thema, bei der alle Anwesenden einzeln aufgefordert wurden, sich dazu zu positionieren. Bedingt durch das Protokollieren ihrer Meinungsäußerungen und das Weiterleiten an höhere Stellen schlossen sie sich der „Meinung“ des Direktors an und gaben so kund, auch eine Bestrafung von Schülern, die Westfernsehen sehen, unterstützen zu wollen. Daraufhin erst sprach der Direktor entsprechende Vorgänge an der Humboldt-Schule an, hier die der Schüler V., Bischoff, Schulz und Winter.¹² Unbequeme Tatsachen, wie die in der Schule erfolgte Festnahme des Schülers Winter durch das MfS, sowie den daraufhin spontan durchgeführten Schülerstreik der Klasse 10B2 wurden gar nicht oder entstellt in den Protokollen aufgeführt. Dies gilt auch für Wolfgang Bischoff und seine Verweisung von der Schule. Für seine Unterstützung und Unnachgiebigkeit in seinen Ansichten hinsichtlich der Bestrafung seines Mitschülers Carl-Gerhard Winter wurde ihm laut Protokoll ein strenger Verweis und die Verweisung von der Schule angedroht. Der Pädagogische Rat nahm auch diesen Vorschlag einstimmig an.¹³ Dass und wann Wolfgang Bischoff schließlich die Schule verlassen musste, ist nicht dokumentiert worden.

Abschließend soll hier zusammengeführt werden, welche Auswirkungen der Schülerstreik und die ihm vorangehenden Ereignisse für die betroffenen Schüler der Klasse 10B2 mittel- und langfristig hatten:

Der Schüler V. durfte in der DDR trotzdem das Abitur ablegen und ein Studium aufnehmen. Carl-Gerhard Winter verbrachte nach seiner Festnahme drei Monate in Untersuchungshaft bei der Staatssicherheit und wurde dann wegen „staatsfeindlicher Hetze und Propaganda“ zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt. Nach der Strafverbüßung absolvierte er in Magdeburg eine Lehrausbildung als Maschinenschlosser und holte sein Abitur auf der Volkshochschule nach. 1965 durfte er ein Studium der Chemie aufnehmen und promovierte später in physikalischer Chemie. Seit seiner Pensionierung engagiert er sich in der Bildungsarbeit der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg.

Wolfgang Bischoff lebte nach seinem Freikauf aus der Haft am 31. Mai 1978 in Bonn, wohin später auch seine Familie übersiedeln konnte. Obwohl er in der DDR nicht das Abitur ablegen und damit nicht, wie er vorhatte, Biologie studieren durfte, entwickelte er sich als Autodidakt zu einem anerkannten Herpetologen. Das blieb auch dem DDR-Staatssicherheitsdienst nicht verborgen, der Wolfgang Bischoff aufgrund seiner Aus-

reiseanträge im Operativen Vorgang „Eidechse“ überwachte. Unter anderem für sein jahrelanges Engagement in der Bildungsarbeit der Gedenkstätte in Magdeburg, wo Wolfgang Bischoff nach der Pensionierung wieder lebt, verlieh ihm Bundespräsident Frank Walter Steinmeier im Mai 2022 das Bundesverdienstkreuz.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Bischoff, Wolfgang: Plötzlich stand die ganze Welt offen, in: Godazgar, Ines: Grenzschicksale. Als das Grüne Band noch grau war, hrsg. von Kai Langer, Birgit Neumann-Becker, Maik Reichel, Wettin-Löbejün 2023, S. 245 – 259.
- 2 Ahrberg, Edda / Harder, Dorothea: Abgeholt und verschwunden (1). Von sowjetischen Militärtribunalen Verurteilte aus Sachsen-Anhalt und ihre Angehörigen, hrsg. von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. Landesgruppe Sachsen-Anhalt, 4. Aufl. Magdeburg 2012, S. 140 – 153.
- 3 Wolfgang Bischoff: Erinnerungen an die Ereignisse in der Klasse 10B2 an der erweiterten Humboldt-Oberschule in Magdeburg im Herbst 1961, unveröffentlichtes Manuskript, 02.08.2022.
- 4 Anfang der 1960er-Jahre wurde mit der „Aktion Ochsenkopf“ die DDR Bevölkerung aufgefordert, Vorrichtungen in den Fernsehgeräten, die einen Westempfang ermöglichten, zu entfernen und nach Westen gerichtete Antennen zu beseitigen. FDJ-Trupps entfernten mitunter eigenmächtig und unbefugt Antennen von Häuserdächern. Bauform und Größe solcher Antennen waren auf den Empfang des vom Ochsenkopf im Bayerischen Fichtelgebirge ausgestrahlten ARD-Fernsehprogramms abgestimmt. Vgl. Bayerischer Rundfunk: Geschichte des BR: Überblick: Chronik des Bayerischen Rundfunks. 10. Januar 2022.
- 5 Beim Vater des Schülers V. handelte es sich um den Leiter des „Methodischen Kabinetts“. Vgl. Stadtarchiv Magdeburg (in folgendem: StAM), Rep.18/3.27, 2.46, Bl. 3 – 6. Protokoll der Sitzung des pädagogischen Rates der Humboldt-EOS vom 28.9.1961, desw. vgl. Erinnerungsbericht Dr. Carl-Gerhard Winter vom August 2022.
- 6 Wohlfahrt, Hans: Unsere Schulzeit an der Humboldtschule 1960 bis 1964. Jubiläumsheft, Magdeburg 2014.
- 7 StAM, Rep.18/3.27, 2, 46, Bl. 3 – 6.
- 8 Ebenda, Bl. 11 – 23.
- 9 Ebenda, Rep. 41, 1068.
- 10 Ebenda, Protokoll der Sitzung des Pädagogischen Rates der Humboldt-EOS vom 30.11.1961.

11 Ebenda, Rep. 18/3.27,2,46, Bl. 3 - 6, 11 - 23.

12 Ebenda.

13 Ebenda, Bl. 11 - 23.



Batsheva Dagan (im Bild rechts) auf dem Podium mit Cornelia Habisch am 15. September 2023 in der Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen.

Nachruf auf Batsheva Dagan (1923 – 2024)

Cornelia Habisch

Am 25. Januar ist Batsheva Dagan nach kurzer schwerer Krankheit im Alter von 100 Jahren gestorben. Für die Landeszentrale für politische Bildung war sie seit mehr als sieben Jahren eine wichtige Zeitzeugin des Holocaust, Autorin, pädagogische Ratgeberin und Inspiration unserer historischen Bildung. Seit 2016 besuchte sie mit Ausnahme des Pandemie-Jahres 2020 in jedem Jahr Sachsen-Anhalt, um mit Kindern, Jugendlichen und auch Erwachsenen über ihr Schicksal zu sprechen.

In diesen Gesprächen ging es ihr aber immer um viel mehr als bloße Berichterstattung: Sie wollte darüber sprechen, wie Menschen es schaffen, Ausgrenzung, Diskriminierung, Verfolgung und Mord zu verweigern und stattdessen menschlich zu handeln. Es ging ihr um die Haltung eines jeden Einzelnen, denn sie war davon überzeugt, dass nur eigenständiges kritisches Denken und Handeln in einer liberalen, weltoffenen

Gesellschaft verhindern kann, dass Autoritarismus, Antisemitismus und Verfolgung die Oberhand erhalten. Ihr Credo „Jeder Mensch hat eine Wahl“ wird uns immer in Erinnerung bleiben, und wer hätte ein Recht, diesen Satz auszusprechen, wenn nicht die Überlebenden des Holocaust, wenn nicht Batsheva, die nach einer Odyssee durch deutsche Haftanstalten 21 Monate im Vernichtungslager Auschwitz, auf Todesmärschen und in den Lagern Ravensbrück und Malchow um ihr Überleben kämpfen musste, bevor sie endlich im Mai 1945 von britischen Truppen befreit wurde? Wer, wenn nicht Batsheva, die in jeder Situation ihres Lebens kritisch und widerständig blieb? Auch im Ghetto von Radom, wo sie weiterhin für die sozialistisch-zionistische Gruppe Hashomer Hatzair aktiv war und regelmäßig mit gefälschten, „arischen“ Papieren die Untergrundzeitung „Pod Prąd“ („Gegen den Strom“) aus dem Warschauer Ghetto nach Radom schmuggelte, auch in Auschwitz-Birkenau, wo sie gemeinsam mit anderen Häftlingen auf Papierschnipseln eine illegale Lagerzeitung, den „Kanada-Beobachter“, erstellte und verbreitete.

Aus all den Veranstaltungen in Schulen sind uns so viele unvergessliche Szenen in Erinnerung. Gleich in der ersten im Frühjahr 2017 im Europa-Gymnasium Gommern antwortete sie auf die Frage eines Schülers, was sie gedacht habe, als sie begriff, was die Schornsteine von Auschwitz bedeuteten: „Ich sah nach oben und fragte mich: Was für eine Wolke würde ich sein?“ Es waren gerade diese zarten, empfindsamen Schilderungen, die nicht nur unseren Verstand über die Realität der Hölle von Auschwitz informierten, sondern unsere Herzen berührten.

Aber sie wollte nicht nur Menschen anrühren, sie wollte ihren Verstand herausfordern und zum Denken und Handeln bringen. Ihr eigener Wissensdurst war ansteckend, schon als Kind und Jugendliche wollte sie vor allem viel lernen, um die Dinge um sich herum zu verstehen. Ihre große Leidenschaft waren Sprachen, sie sprach polnisch, jiddisch, hebräisch, englisch, deutsch, russisch, spanisch und französisch. Das Französische hat sie sich in Auschwitz-Birkenau von Mithäftlingen beibringen lassen, und dies war, so betonte sie immer wieder, auch ein Schritt, um ihre kulturelle Identität jenseits des Versuchs, die Häftlinge zu entmenschlichen, zu bewahren und zu stärken. Batsheva Dagan war auch eine wichtige Autorin: Mit dem Buch „Gesegnet sei die Phantasie, verflucht sei sie“, das das tiefe Dilemma der Opfer des Holocaust schon im Titel trug, legte sie neben Dokumenten aus der Haftzeit eine Sammlung poetischer Texte vor, in deren Mittelpunkt der Alltag im Lager stand. In zarten und kräftigen, wü-

tenden und nachdenklichen Tönen schilderte sie ihr Leben in Auschwitz-Birkenau, die menschenverachtende Behandlung, aber auch die zermürbenden, existentiellen Fragen des Lageralltags, allen voran die große Frage „Werde ich überleben?“ Als Batsheva Dagan zum ersten Mal nach Sachsen-Anhalt kam, war die erste Auflage des Buches in deutscher Sprache vergriffen, und unser erstes Ziel war es, das Buch zumindest für Sachsen-Anhalt aufzulegen. Inzwischen hat die Landeszentrale die 5. Auflage veröffentlicht, annähernd 200 Schulen haben Klassensätze angefordert, in internationalen Gedenkstättenfahrten wird es zur Vorbereitung eingesetzt, und wir bieten einen Workshop mit Texten des Buches an.

Aber die Höhepunkte dieser Arbeit waren natürlich Batshevas Besuche, ihre Veranstaltungen in Schulen, Kultureinrichtungen und Gedenkstätten, wenn sie uns mit ihren Gedichten in ihre Erfahrungen dieser Zeit mitnahm und uns aufforderte, nachzufragen. In ihrem Gedicht „An die, die zögern zu fragen“ formulierte sie ihre Erwartung an uns: Interesse und Nachfrage. Und sie beschrieb in ihren immer klaren Worten die Bedeutung der Berichte der Zeitzeugen: „Was fehlen wird, wenn das Morgen kommt, ist Blickkontakt und Erwidern, eine Antwort auf jede Frage in Worten oder Miene.“ Noch im September 2023 haben wir drei Veranstaltungen mit ihr gemacht, zum ersten Mal mit der Ahnung, dass dies vielleicht ihre letzte Reise nach Sachsen-Anhalt sein würde, weil die Kräfte nachließen.

Nach dem Krieg war Batsheva auch eine Vorreiterin der Holocaust-Education für Kinder: Als Erzieherin machte sie erste Erfahrungen mit den Fragen von Kindern zur Tätowierung auf ihrem Arm und sie begann, nach Wegen der Vermittlung zu suchen. Es folgten, auch im Zuge weiterführender Studien der Pädagogik und Psychologie, mehrere Kinderbücher, aber auch ein wissenschaftliches Konzept der graduellen Annäherung von Kindern an das Thema des Holocaust. Für uns war dies eine Initialzündung, um in Sachsen-Anhalt entsprechende Angebote aufzulegen: Als erstes erschien ihr Kinderbuch „Chika, die Hündin aus dem Ghetto“ und eine dazugehörige pädagogische Handreichung für Pädagoginnen und Pädagogen, als zweites die Verfilmung des Buches. Inzwischen sind auch von dieser Publikation mehrere Auflagen in den Schulen unseres Landes unterwegs, gibt es einen Workshop für Kinder. In zwei großen Fachtagungen diskutierten wir im Dialog mit Batsheva mit Grundschul-Pädagoginnen und Pädagogen, wie man dieses Thema in der Grundschule behandeln kann, ohne zu traumatisieren und ohne zu verharmlosen. Und dieser Weg ist nicht unumstritten,

denn in der prozessualen Annäherung an das Thema des Holocaust, in der Vieles, was traumatisierend sein könnte, vorläufig ausgespart wird, liegt aus der Perspektive der Kritik auch die Gefahr der Verharmlosung. Batsheva Dagan hielt dem immer entgegen, dass Kinder in jedem Fall mit dem Thema konfrontiert würden, und dass die Pädagogik es in der Hand habe, diesen Prozess aufklärend zu begleiten. Wir haben diesen Ansatz mit ihrer Unterstützung aufgenommen. Unvergessen bleiben uns ihre Veranstaltungen in Grundschulen von Sachsen-Anhalt, ihre Gespräche mit den Kindern, die Wertschätzung und das herzliche Interesse, das sie jedem und jeder Einzelnen entgegenbrachte.

Batsheva Dagan wurde als Izabella Rubinsztajn in Łódź geboren. Sie war das zweitjüngste von insgesamt neun Kindern. Die fünf Jungen und vier Mädchen wurden zionistisch erzogen. Bei Beginn des Zweiten Weltkriegs flohen mehrere Söhne und die älteste Tochter Anna in die Sowjetunion, während der Rest der Familie in das deutsch-besetzte Radom ging. Ab 1940 lebte die Familie Rubinsztajn im Hauptghetto von Radom. Im Ghetto war Batsheva in der sozialistisch-zionistischen Gruppe Hashomer Hatzair aktiv und schmuggelte mehrfach mit gefälschten, „arischen“ Papieren die Untergrundzeitung „Pod Prąd“ („Gegen den Strom“) aus dem Warschauer Ghetto nach Radom. Am 5. August 1942 führten die NS-Einsatztruppen im Hauptghetto von Radom eine „Selektion“ durch, bei der die Familie auseinandergerissen wurde. Die Eltern und die ältere Schwester Genia wurden ins Vernichtungslager Treblinka deportiert und dort ermordet. Batsheva und ihre jüngere Schwester Sabina entschieden sich, getrennt aus dem Ghetto zu fliehen. Batsheva gelang es, mit ihren gefälschten Papieren unverletzt nach Schwerin zu kommen. Dort verwendete sie die Papiere einer polnischen Bekannten, die nicht als Zwangsarbeiterin in Deutschland arbeiten wollte, und trat ihre Stelle als Dienstmädchen bei einem Landgerichtsdirektor in Schwerin an, ihre Schwester Sabina wurde bei ihrem Fluchtversuch erschossen. Sie arbeitete nur wenige Monate in Schwerin, bevor sie denunziert und verhaftet wurde. Durch sechs Haftanstalten verlegt, deportierte man sie im Mai 1943 in das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau. Dort arbeitete sie mehr als 21 Monate in sechs verschiedenen Arbeits-Kommandos, auch unter der als besonders brutal bekannt gewordenen Wärterin Irma Greese. Sie überlebte während dieser Zeit durch die heimliche Unterstützung einer Cousine, die als Krankenschwester arbeitete, zwei schwere Krankheiten, arbeitete zuletzt im Effektenlager „Kanada“. Im Januar erreichte sie nach tagelangen

Fußmärschen bei minus 20 Grad, später auf Viehwaggons das Konzentrationslager Ravensbrück, im April wurde sie in das Außenlager Malchow verlegt. Auf einem weiteren Todesmarsch wurde sie im Mai in der Nähe von Lübz von britischen Truppen befreit.

Von der großen Familie Rubinstein überlebten nur Batsheva, ihr nach Palästina ausgewandertes Bruder Zvi und der in die Sowjetunion geflohene Bruder Jesaja Krieg und Holocaust. Batsheva verbrachte die erste Zeit nach Kriegsende in Belgien und lernte dort ihren späteren Ehemann Paul Kornweiz kennen, beide beschlossen, in das Mandatsgebiet Palästina auszuwandern, dort heirateten sie und nahmen den Nachnamen Dagan, hebräisch für „Korn, Getreide“, an, sie bekamen zwei Söhne. Batsheva Dagan studierte am Lehrerseminar und arbeitete danach als Erzieherin in Tel Aviv und Holon. Nach dem Tod ihres Mannes 1958 studierte sie Pädagogik und Bildungsberatung an der Hebräischen Universität Jerusalem und Psychologie in den Vereinigten Staaten. Für ihre Studien über psychologische und pädagogische Methoden, mit Kindern und jungen Erwachsenen über den Holocaust zu sprechen, empfing sie sowohl von der Gedenkstätte Yad Vashem als auch von der Stadt Holon Auszeichnungen. Batsheva war als Dozentin an Universitäten tätig. Später war sie langjährig für die Jewish Agency für Israel unterwegs und hielt Vorträge in Mexiko, Großbritannien, den Vereinigten Staaten, Kanada und der Sowjetunion. Als Zeitzeugin war sie Referentin und Gesprächspartnerin bei Holocaust-Gedenkveranstaltungen, an Universitäten und in vielen Gedenkstätten, allen voran Yad Vashem. In den 1990er Jahren begann sie, Kinderbücher über die Shoah zu schreiben, seit den 2000ern kam sie regelmäßig nach Deutschland, um hier mit Kindern und Jugendlichen zu sprechen.

Auch in Deutschland bekam sie viele Auszeichnungen, auch das Bundesverdienstkreuz. In Sachsen-Anhalt verlieh ihr Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff im Jahr 2021 die Ehrennadel des Landes Sachsen-Anhalt für ihr herausragendes Engagement in unserem Bundesland.

Es gäbe noch so viel zu berichten. Sie war bis in ihr hohes Alter international vernetzt, ihre Bücher wurden in viele Sprachen übersetzt, das Kinderbuch „wenn Sterne sprechen könnten“ sogar in die gälische Sprache. In Deutschland war ihr ehemaliger Arbeitsort Schwerin durch eine intensive Kooperation mit dem Landtag von Mecklenburg-Vorpommern über viele Jahre ein Zentrum ihrer Arbeit, und natürlich die Gedenkstätte Ravensbrück, die sie regelmäßig besuchte, um z. B. im jährlichen Genera-

tionenforum mit jungen Leuten zu sprechen. Umso dankbarer sind wir, dass sie in den letzten sieben Jahren ihres Lebens Jahr für Jahr nach Magdeburg kam.

Im Jahr 2020 hielt sie in der Gedenkveranstaltung zum 75. Jahrestag der Befreiung der Gedenkstätte Museum Auschwitz eine der Hauptreden, weltweit ausgestrahlt, ein Moment, in dem wir endgültig stolz waren, sie zu kennen und mit ihr zusammenzuarbeiten. 2019 erschien in Israel ihr Buch „Von hier nach dort im Strom der Zeit“, in dem sie ihre Geschichte aus heutiger Perspektive reflektiert, im Pandemie-Jahr 2020 gaben wir die deutsche Ausgabe heraus. 2019 fuhr sie mit einer Magdeburger Schulklasse in die Gedenkstätte Auschwitz und ging mit den Jugendlichen durch das Lager, beantwortete unendlich viele Fragen, aus dieser Begegnung entstand der Film „Fragt heute“, der ihr Vermächtnis weitertragen soll, <https://www.fragtheute-derfilm.de>.

Im November 2023 kam sie erneut nach Deutschland, aber nicht, um zu arbeiten. Der brutale Überfall der Hamas auf Israel veränderte ihr Leben von einem Tag zum anderen. Ihre Wohnung im obersten Stockwerk eines Hauses in der Stadt Holon, südlich von Tel Aviv, liegt in der Einflugschneise der Raketen der Hamas, inzwischen sind in Holon mehrere Wohnhäuser durch Raketenbeschuss zerstört. Batsheva wurde Nacht für Nacht durch Bombenalarm geweckt. Wenn die Sirenen heulten, konnte sie nur hoffen, dass nichts passiert, sie war zu schwach, um in einen Schutzraum zu gelangen. Die Familie von Batsheva bat die Gedenkstätte Ravensbrück und die Landeszentrale für politische Bildung als langjährige Partner, sie hier in Deutschland für einige Zeit in Sicherheit zu bringen. Und das taten wir, mit Unterstützung vieler Institutionen und Menschen. Ende Oktober erreichte sie Berlin und verbrachte dort in der Obhut der Gedenkstätte Ravensbrück einen Monat, Ende November kam sie nach Magdeburg. Hier wurde sie nach kurzer Zeit unerwartet schwer krank, verbrachte mehrere Wochen in der Klinik der Pfeifferschen Stiftungen, behütet durch die bestmögliche Pflege und umgeben von Freunden und zeitweise auch der Familie. Aber die Kraft reichte nicht, um sich in diesem hohen Alter noch einmal zu erholen. Am 12. Januar kehrte sie mit einem Ambulanzflug nach Israel zurück, am 25. Januar starb sie im Kreis der Familie. Wir danken der Gedenkstätte Ravensbrück für die gute Zusammenarbeit während dieser schweren Zeit, dem Klinikum Pfeiffersche Stiftungen für die hervorragende Betreuung unseres Gastes, dem Bistum Magdeburg, der Caritas, den Maltesern, der Gemeinde St. Sebastian, der Friede-Springer-Stiftung und der Stadt Magdeburg für ihre Unterstützung. Und natürlich allen ihren Freunden und Wegbegleitern, die geholfen

haben, die Ressourcen für diesen Aufenthalt zusammenzubringen, stellvertretend für sie alle sei der frühere Landtagspräsident und Schirmherr unseres Netzwerks für Demokratie und Toleranz, Dieter Steinecke, genannt, der maßgeblich dazu beitrug, dass alles bereitet war, als Batsheva am 29. November zu uns nach Magdeburg kam. Wir alle wollten Batsheva vor dem Krieg in ihrem Land zumindest für eine Weile beschützen. Dass sie in dieser Zeit schwer krank wurde, ist tragisch, aber uns tröstet der Gedanke, dass sie auf diesem letzten Weg nicht den Sirenen des Krieges ausgesetzt war. Unvergesslich ist uns ihre Freundlichkeit und Güte, ihr Humor, ihre Klugheit, ihre unendliche Kraft und ihr hoher Anspruch, den sie an sich selbst, aber auch an ihre Wegbegleiter stellte. Ruhe in Frieden, Batsheva.

**Beiträge zum
Halle-Forum
2023**



Ulrike Poppe während ihres Vortrags auf dem Halle-Forum 2023, 17. November 2023.

„Vernetzung der Opposition in den Staaten des sozialistischen Lagers“¹

Ulrike Poppe

Mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation 1989/90 waren viele Hoffnungen verbunden, vor allem die auf einen dauerhaften Frieden und auf einen weltweiten antitotalitären Konsens. Leider hat sich das als eine Illusion herausgestellt. Die Konflikte liegen heute anders als zur Zeit des Kalten Krieges, sind aber nicht weniger bedrohlich für Frieden und Freiheit. In der Ukraine wehren sich die Menschen gegen eine erneute Unterwerfung unter das autoritäre System Moskaus. In Russland werden freiheitliche Bewegungen brutal unterdrückt, in Ungarn die ehemaligen Dissidenten ins gesellschaftliche Abseits verbannt und demokratische Strukturen ausgehöhlt. In allen ehemaligen Ostblockstaaten ist die demokratische Ordnung mehr oder weniger fragil. Mit der überwiegend friedlich verlaufenden Beseitigung der Moskauer Hegemonie, mit

den gewaltfreien Revolutionen und dem Aufbau demokratischer Strukturen Anfang der 1990er Jahre war ein erster Schritt getan, der aber einen Rückfall in autoritäre Regierungsformen nicht verhindern kann, wie die Beispiele Russlands und Belarus' zeigen. Wenn wir uns heute die Entwicklungsgeschichte, die Intentionen und Aktivitäten der Dissidenten in Ostmitteleuropa vergegenwärtigen, so ist dies nicht nur im historischen Interesse bedeutsam. Es kann auch dazu beitragen, die komplizierten Prozesse der deutschen Wiedervereinigung und des europäischen Zusammenwirkens besser zu verstehen. Vielleicht können auch die Erfahrungen der Demokratiebewegung hilfreich sein, wenn wir uns mit den Problemen der Transformation im ehemaligen Ostblock und in anderen Teilen der Welt auseinandersetzen.

So unterschiedlich die oppositionellen Bewegungen in den kommunistisch regierten Ländern auch waren, – in ihrer zahlenmäßigen Stärke, ihrem Rückhalt in der Bevölkerung, in ihrer Radikalität, in ihren Aktionsformen und formulierten Zielen, – so gab es doch in den 1980er Jahren einen deutlichen Konsens. Dieser bestand darin, den Weg zu einem friedlichen, demokratischen und die Menschenrechte achtenden Europa zu bereiten.

Der Prager Frühling 1968 hatte zunächst Hoffnungen auf Reformen geweckt, auch in der DDR. Es gab zahlreiche vereinzelte Proteste gegen den Einmarsch der Armeen der Warschauer-Pakt-Staaten, welche mit harten Strafen geahndet wurden. Für manche Menschen in der DDR wurde dieses Ereignis zum Schlüsselerlebnis in ihrem Verhältnis zum SED-Staat. Nach der gewaltsamen Niederschlagung wurde die Idee von einem Sozialismus mit menschlichem Antlitz noch lange nicht aufgegeben. Sie hielt sich in der DDR offenbar noch länger als in anderen Ostblockländern. Das mag auch durch die Kontakte zur undogmatischen Linken im Westen beeinflusst worden sein. Viele junge Menschen sympathisierten mit der Studentenbewegung, den sogenannten 68ern, teilten deren Kapitalismuskritik, die alternativen Lebensentwürfe, lehnten die von der Elterngeneration aufgezwungenen Verhaltensnormen ab und sehnten sich nach antiautoritären Strukturen. Diese Nähe zu den linken Bewegungen im Westen bewirkte, dass sich die Oppositionellen in der DDR wesentlich kritischer gegenüber der Bundesrepublik und den USA verhielten, als z.B. die polnische Opposition.

Mit dem Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker Anfang der 1970er Jahre hatten manche DDR-Bürger auf Reformen gehofft. Bereits wenige Jahre später wurde spürbar, dass sich am grundsätzlichen Regierungskurs kaum etwas veränderte. Hingegen

schien in Polen und Ungarn, – zumindest bezogen auf den intellektuell-künstlerischen Bereich, – mehr Spielraum entstanden zu sein. Die Proteste gegen die Biermann-Ausbürgerung 1976 zogen einen „Exodus“ kritischer Künstler und Intellektueller nach sich sowie zahlreiche Verhaftungen Oppositioneller und z.B. den Hausarrest Robert Havemanns. Das alles verstärkte die Zweifel an der Reformfähigkeit des sogenannten real existierenden Sozialismus.

Voller Bewunderung wurden die Ereignisse in Polen verfolgt, soweit das über Westmedien und über direkte Kontakte ins Nachbarland möglich war. Seit 1972 konnten DDR-Bürger ohne Visum nach Polen fahren. Viele, vor allem junge Leute nutzen die Gelegenheit, um in Warschau, Krakau und Breslau mit kritischen Menschen in Kontakt zu kommen. In diesen Städten besuchten sie u.a. die sogenannten Klubs der Intelligenz. Sie kamen in Kontakt zu Kreisen, aus denen dann 1976 das von Jacek Kuron und Adam Michnik gegründete „Komitee zum Schutz der Arbeiter“ (KOR) hervorging, das sich für die Rechte der Arbeiter einsetzte. Aus oppositionellen Kreisen der DDR hielten vor allem Ludwig Mehlhorn und Wolfgang Templin die Verbindung zum Nachbarland. Beide sprachen perfekt Polnisch. Über die Aktion Sühnezeichen wurden für die streikenden Arbeiter der Ursus-Traktorenwerke in Radom Geld gesammelt und Begegnungen organisiert.

Die zahlreichen staatsunabhängigen Initiativen, die in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre in Polen entstanden waren, ihre Vernetzungen und eigenen Publikationen wurden für viele in der DDR zum Vorbild. Aber erst Jahre später konnten sich einige solcher Enklaven einer freien Gesellschaft auch hier entwickeln.

Im August 1975 unterzeichneten die Staats- und Regierungschefs der 35 Teilnehmerstaaten in Helsinki die Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, KSZE. Im Korb III der Schlussakte wurden Vereinbarungen zu Menschenrechten und humanitären Fragen getroffen. Es ging um menschliche Kontakte, Informations- und Medienfreiheit, um Zusammenarbeit und Austausch in Kultur und Bildung. Sowohl die Bürgerrechtsbewegung Charta 77 in der ČSSR als auch in Polen die Solidarność und ihre Vorläufer beriefen sich auf die Unterzeichnung durch ihre Länder. Unter den DDR-Oppositionellen blieb die Reaktion eher verhalten, da kaum jemand innenpolitische Konsequenzen erwartete. Menschenrechtsthemen blieben nach wie vor unterdrückt. Allerdings brachte die Gründung der tschechoslowakischen Charta 77 neue Hoffnungen.

Mit der Biermann-Ausbürgerung 1976 und dem darauffolgenden „Exodus“ kritischer Schriftsteller, Künstler und Intellektueller und dem Hausarrest Robert Havemanns wuchsen die Zweifel an der Reformbereitschaft des „real existierenden Sozialismus“. Das 1977 im Westen erschienene und in der DDR verbotene Buch von Rudolf Bahro „Die Alternative“ wurde in vielen kleinen Zirkeln diskutiert. Seine Analyse wurde weitgehend akzeptiert, die Schlussfolgerung aber, mit einem neu zu gründenden „Bund der Kommunisten“ das System reformieren zu können, wurde bezweifelt.

Ende der 1970er Jahre lösten sich die bisher eher reformsozialistisch orientierten und konspirativ arbeitenden Zirkel weitgehend auf, – eine Entwicklung, die in Polen und Ungarn schon viele Jahre zuvor eingesetzt hatte. Ein Teil der oppositionellen Kräfte fand den Weg zu den Friedensgruppen im Umfeld der Evangelischen Kirche, andere gingen in den Westen, einige wenige versuchen den „Weg durch die Institutionen“. Die meisten der sich neuformierenden Gruppen verstanden sich als Teil der weltweiten Friedensbewegung, die aufgrund der nuklearen Rüstungseskalation (NATO-Nachrüstungsbeschluss 1979) entstanden war. Ihr Friedensbegriff bezog nicht nur den Gewaltverzicht von Staaten untereinander, sondern auch den Schutz und die Bewahrung unserer natürlichen Umwelt und die Gerechtigkeit weltweit und in der eigenen Gesellschaft ein. Von großen reformsozialistischen Gesamtkonzepten hatte man sich verabschiedet zugunsten konkreter friedenspolitischer, umwelt- und menschenrechtlicher Forderungen. Der wichtigste Neubeginn aber bestand in dem Bestreben, das Informationsmonopol des Staates durch die Herstellung einer eigenen Öffentlichkeit zu unterhöhlen. Vorbilder dafür kamen aus Polen, der ČSSR, Ungarn und der Sowjetunion, vor allem für die Herstellung eigener Druckerzeugnisse (SAMISDAT). Das entwickelte sich allerdings erst gegen Mitte der 1980er Jahre. Auch die in der ostmitteleuropäischen demokratischen Opposition vorherrschenden Themenschwerpunkte wie Menschenrechte, Entwicklung der „Civil Society“ und demokratisches Europa wurden erst in dieser Zeit aufgegriffen.

Die massiven Proteste und Streiks in Polen 1980 erweckten in staatskritischen Bevölkerungsteilen der DDR viel Sympathie. Die von Lech Wałęsa und Vizepremier Mieczysław Jagielski unterzeichnete Danziger Vereinbarung erhielt das Streikrecht, das Recht zur Gründung unabhängiger, selbstverwalteter Gewerkschaften, eine Regelung zur Begrenzung der Zensur und die Freilassung politischer Gefangener. Aus den vielen unabhängigen Gewerkschaften wurde schließlich Solidarność gegründet. Der Theologe

und DDR-Oppositionelle Stephan Bickhardt beschreibt seine Erinnerung in einem MDR-Interview: „... ohne diese Impulse aus Polen und auch aus der Tschechoslowakei wären wir sicher viel weniger kritisch gewesen gegenüber dem System. 1980 kamen wir alle zurück mit dieser interessanten und befreienden Erfahrung eines breiten, gewaltfreien Aufstandes. Christoph Wonneberger, Jugendpfarrer in Dresden, kam aus Warschau und erzählte, wie er vor dem Präsidentenpalast gesehen hat, wie Männer und Frauen den Soldaten, die dort aufgebaut waren, Blumen in die Gewehre steckten. Das war für ihn das große Zeichen. Ich kam zurück und hatte erlebt, dass auch die ganzen jungen Leute diese 21 Forderungen wichtig finden und sich selbst auch organisieren. Denn es gab ja damals auch eine studentische Solidarność. Und diese Mischung aus symbolischer Aktion und tatsächlicher Selbstorganisation und die ganze Begeisterung, die dann im Gespräch war, die hat mich auch sagen lassen: Wir müssen hier auch was machen.“²

Dann kam das Kriegerrecht. Die Einreise nach Polen wurde gesperrt. Die SED nutzte die unter der meist älteren Bevölkerung noch zuweilen vorhandene Polenverachtung für ihre Propaganda. Die Staatssicherheit versuchte mit allen Mitteln, Kontakte zur Dissidenz in den Staaten des Warschauer Paktes zu verhindern. Viele Oppositionelle der DDR hatten totale Reisesperre.

In den 1970er Jahren, als Reisen in die Ostblockländer für sie noch möglich waren, fanden mehrere Treffen in Prag mit Petr Uhl und Anna Šabatová statt. In Budapest trafen sich DDR-Oppositionelle u.a. mit György Dalos und Miklos Haraszti, die beide auch öfter in Ostberlin waren, bevor auch sie ein Einreiseverbot erhielten. Seit Anfang der 1980er Jahre durften ungarische Dissidenten zwar in die Bundesrepublik, nicht aber in die DDR reisen. Die ČSSR-Behörden hatten den Charta77-Unterzeichnern die Reisepässe entzogen. Dennoch ist es den Repressionsorganen nie ganz gelungen, die Kontakte nach Ostmitteleuropa zu verhindern.

Neue Kommunikationswege wurden erschlossen, vor allem mit Unterstützung aus dem Westen. In der DDR akkreditierte Journalisten, Mitglieder der Grünen und des Netzwerkes Ost-West-Dialog sowie ausgebürgerte DDR-Oppositionelle haben dazu beigetragen, dass außer den Ost-West-Beziehungen auch der Ost-Ost-Dialog aufrechterhalten und noch intensiviert werden konnte. Manchen gelang der Weg über die „grüne Grenze“, manche, wie z.B. Jan Kavan, (tschechischer Exilant, Gründer der Presseagentur *Palach Press Agency*, die das Hauptverbreitungsmedium der Charta

77 in Westeuropa war, späterer tschechischer Außenminister) reisten mit gefälschtem Pass in die DDR ein, um Kontakt zur Opposition aufzunehmen.

Die oppositionellen Gruppen in der DDR vernetzten sich landesweit mit Unterstützung der Evangelischen Kirche. Sie nutzten die kirchliche Infrastruktur, um in Friedenswerkstätten, Friedensseminaren und mit Umweltaktionen wenigstens teilweise eine Öffentlichkeit zu erreichen. Allerdings gerieten sie dabei auch manchmal in Auseinandersetzung mit der Kirchenhierarchie, die den Konflikt mit den staatlichen Machthabern scheute.

Ich zitiere noch einmal Stephan Bickhardt: „Aber ab 1980 wurde man dann auf Schritt und Tritt äußerst kritisch beäugt. Von all denen, die meinten: Man solle sich jetzt von Polen fernhalten. Übrigens selbst in der evangelischen Kirche, Ost wie West, sprachen einige davon: Es gäbe eine „polnische Krise“. Ich erinnere mich noch, wir haben 1982 ein Papier verfasst nach dem Motto: Es gibt keine polnische Krise! Es gibt eine polnische Gewerkschaft, die für die Rechte der Menschen eintritt. Das ist keine Krise, sondern eine Freiheitsbewegung. Wir sahen darin eine Fortsetzung der Ressentiments, die die SED geschickt propagandistisch aufgebaut hat gegenüber dem polnischen Volk. Und wir fanden das ganz furchtbar, dass auch noch die Kirche diese Ressentiments verstärkt.“³

Die neu entstanden Gruppen begannen damit, sich dem Meinungsdictat zu entziehen, die Gedankenfreiheit zu schützen und sich mit anderen zusammen im eigenen Land und im Ausland über das eigene Wollen zu verständigen. Sie öffneten Räume für einen politischen Diskurs, schufen Oasen für freien Meinungs Austausch. Oft saß die Staatssicherheit mit am Tisch. In der Zeit, als die Kritik an den Machthabern nicht mehr unbedingt zu Verhaftungen führte, waren sie einer Stasi-Strategie ausgesetzt, die darin bestand, nicht nur wie bisher Ausbildungs- und Berufschancen der ganzen Familie zu behindern, sondern zusätzlich in den Kreisen gegenseitiges Misstrauen zu säen, Desinformationen zu verbreiten und Einzelne trickreich psychisch zu verunsichern. Ich denke, dass die Geheimpolizei in den anderen Staaten des sowjetischen Einflussbereichs ähnliche Methoden verwendet hat. Vielleicht waren diese in Polen nicht so effektiv, weil sich ein größerer Teil der Bevölkerung, wie auch die Katholische Kirche, mit den Systemgegnern solidarisierte und sich der Zusammenarbeit mit den Sicherheitsorganen verweigerte.

Westdeutsche bzw. westeuropäische Organisationen und Gruppen, Parlamentarier, Journalisten, ausgereiste ehemalige DDR-Oppositionelle waren oft Vermittler für die

Kontakte der Ostblock-Dissidenten untereinander. Eine besondere Rolle spielte die blockübergreifende Friedensbewegung END (European Nuclear Disarmament). Sie war aus dem Russel-Friedensappell in Großbritannien erwachsen und setzte sich „für ein atomwaffenfreies Europa von Polen bis Portugal“ ein. „Wir wollen nicht gegenüber dem Westen, noch gegenüber dem Osten, sondern untereinander loyal sein“ – hieß es sinngemäß darin. Und: „Detente from below“, „Entspannung von unten“. Von 1982 an fanden jährlich internationale Friedenskonferenzen statt, die „END Conventions“, auf denen sich weltweit Friedensorganisationen trafen und Friedensstrategien diskutierten. Die 30 – 50 eingeladenen Mitglieder der unabhängigen Friedensbewegung der DDR erhielten keine Ausreisegenehmigungen. Aber die Konferenzen waren dennoch wichtig für diese Gruppen, da sie Gelegenheit boten, sich mit eigenen Vorschlägen und Stellungnahmen schriftlich zu beteiligen. Da die 2. Konferenz im Mai 1983 in Westberlin stattfand, nutzten Teilnehmer aus verschiedenen westeuropäischen Staaten, den USA und Japan die Gelegenheit, Mitglieder der Jenaer und Berliner Friedensgruppen im Ostteil der Stadt zu treffen. Dadurch entstand eine Reihe von internationalen Kontakten, durch die ein zunehmend besserer Informationsfluss möglich wurde. Vor allem bedeuteten diese Kontakte auch Schutz, denn die Friedensaktivisten aus verschiedenen Ländern setzten sich für die Freilassung politischer Gefangener ein, was den Machthabern in den kommunistischen Ländern sehr unangenehm war. Kurz nach diesem Treffen wurden gegen diese Konferenzteilnehmer Einreisesperren verhängt.

Für die von Dissidenten und Intellektuellen geführten Europa-Debatte kamen wesentliche Anstöße der achtziger Jahre aus der Tschechoslowakei, Ungarn und Polen. Allerdings wurde auch nur ein kleiner Teil der oppositionellen Kreise der DDR davon erreicht. Der mit der demokratischen Opposition Ostmitteleuropas begonnene europäische Dialog erlangte dennoch eine immer größere Bedeutung.

Mitte der 1980er Jahre, als auch für die DDR-Opposition das Thematisieren der Menschenrechte zunehmend in den Vordergrund gerückt war, kam es zu intensiverem Austausch und gemeinsamen Aktionen der Dissidenten im kommunistischen Lager. Hier einige Beispiele.

- Im November 1984 betonten Mitglieder der Charta 77 und unabhängiger DDR-Gruppen in einer gemeinsamen Protesterklärung anlässlich des ersten Jahrestages der Stationierung von Atomraketen in der DDR und der CSSR den Zusam-

menhang von Frieden, Demokratie und Menschenrechten: „Wer die Würde des einzelnen Menschen antastet, keine Meinungsfreiheit garantiert, wird auch nationale und internationale Probleme auf gewalttätige Weise lösen wollen. Frieden ist untrennbar verbunden mit dem Einhalten und Erämpfen aller Menschenrechte.“

- 1985 verfasste die Charta 77 den „Prager Appell“, der für die Opposition im Ostblock eine bedeutende Inspiration war. Gerichtet war der Appell an die 4. ND-Konferenz. Darin wird die Überwindung der Deutschen Teilung als Auftakt für ein vereinigtes Europa benannt. Gefordert wird ein Friedensvertrag mit den ehemaligen Alliierten, der Abzug aller fremder Armeen aus Deutschland, die Auflösung von NATO und Warschauer Pakt sowie die Beseitigung aller Kernwaffen in Europa. Das zukünftige Europa wird beschrieben als: Vereinigung freier und unabhängiger Nationen ..., eine demokratische und souveräne Gemeinschaft. Nur freie und würdige Bürger können die Freiheit und Selbstbestimmung der Nationen garantieren, heißt es in diesem Appell.

In der Antwort der DDR-Oppositionellen an die Verfasser des Prager Appells wird die Zurückhaltung in der deutschen Frage betont. In Anbetracht der deutschen Vergangenheit müsse die Wiedervereinigung Deutschlands in ein gesamteuropäisches Vertragswerk eingebettet sein, also: erst Europa, dann Deutschland.⁴

- 1986 kommt es zu einer gemeinsamen Erklärung ost- und mitteleuropäischer Oppositioneller zum 30. Jahrestag der ungarischen Revolution, zur „Budapester Erklärung“. Sie wird von 118 Oppositionellen aus Ungarn, Polen, der ČSSR und der DDR unterzeichnet. Damit präsentierten sich die Dissidenten dieser Länder erstmalig in einer solchen Geschlossenheit. Die Unterzeichner erklärten, dass sie in ihren Ländern „für politische Demokratie und für einen auf den Prinzipien der Selbstbestimmung gegründeten Pluralismus“ eintreten wollten „sowie für eine friedliche Überwindung der Teilung Europas und eine demokratische Integration auf diesem Kontinent, die die Rechte aller Minderheiten einschließt“.
- Im selben Jahr organisiert das „Europäischen Netzwerk für den Ost-West-Dialog“ in West-Berlin ein gemeinsames Memorandum zur KSZE-Nachfolgekonferenz in Wien mit dem Titel: „Das Helsinki-Abkommen mit Leben erfüllen“. Darin wird die defizitäre Beachtung der KSZE-Beschlüsse beklagt. Das Bedeutsame dieser Erklärung war, dass ihr eine intensive, mehrmonatige Debatte von Gruppen und Einzelpersonen aus 20 KSZE-Staaten vorausging, bevor der Text endgültig verab-

schiedet und in Wien übergeben wurde. Zum Beispiel wurden alle Änderungsvorschläge aus der DDR berücksichtigt.

- Erwähnenswert sind hier aber auch die direkten Kontakte zu Mitgliedern der Grünen, wie Lukas Beckmann, Elsbeth Zylla, Birgit Voigt, Uli Fischer, Elisabeth Weber u.a., solange sie nicht von Einreiseverboten betroffen waren sowie zu Petra Kelly und Gerd Bastian, die diplomatischen Status hatten. Sie haben die Opposition in der DDR in vielfältiger Weise unterstützt und auch Kontakte zu Systemkritikern im Ostblock vermittelt. Ebenso haben die vielen Besuche von westeuropäischen und US-amerikanischen Friedens- und Menschenrechtsaktivisten eine große Rolle bei der internationalen Vernetzung gespielt.

Durch diese Vernetzung wurde es auch möglich, in den SAMISDAT-Heften, den eigenen Druckerzeugnissen, über die Dissidenz in Ostmitteleuropa zu informieren und zur Solidarität mit Inhaftierten aufzurufen. So z.B. im „Grenzfall“, der von der Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM) herausgegeben wurde, oder im Rumänienheft „Ostkreuz“ und in der Broschüre über Václav Havel, als dieser 1989 zum dritten Mal inhaftiert wurde. Umgekehrt wurde auch in den SAMISDAT-Heften der anderen Ostblockländer über die Repressionen in der DDR berichtet, z.B. über die Verhaftungen von IFM-Mitgliedern im Januar 1988.

Persönliche Begegnungen mit russischen bzw. sowjetischen Dissidenten waren nicht möglich, aber die dortige Entwicklung wurde natürlich mit Interesse verfolgt. Durch die Mitstreiter im Westen gelangten auch Osteuropa-Zeitschriften wie „Across Frontiers“, „East European Reporter“, „Kontinent“ und ähnliche Publikationen in die DDR. Mit viel Sympathie wurde die Rehabilitierung der Menschenrechtsaktivisten Andrej Sacharow und Jelena Bonner durch Gorbatschow und die Gründung von „Memorial“ 1988 begrüßt.

Abgesehen von den Impulsen von Oppositionellen aus den Ostblockländern für ein „gemeinsames Haus Europa“ haben auch Analysen und Theorien aus Polen und der ČSSR über den Widerstand in totalitären Systemen starken Einfluss auf das Selbstverständnis systemkritischer Kreise in der DDR ausgeübt. Insbesondere Vaclav Havels Essay „Versuch, in der Wahrheit zu leben“ ging von Hand zu Hand und wurde begeistert gelesen. Rückblickend beschreibt Ludwig Mehlhorns Beitrag in einer Expertise für die Enquete-Kommission des Bundestages die Handlungsmaxime in der DDR-Opposition, die eine Nähe zu Havels Theorie deutlich macht. Er stellt die Begriffe Wahrheit, Öffent-

lichkeit und Solidarität in den Vordergrund und schreibt: „Dieser Ansatz einer anti-totalitären Strategie der Opposition formulierte kein politisches Programm im strengen Sinne, sondern lediglich einige ethische Imperative, deren wichtigste lauteten:

- nicht zu lügen (was nicht hieß, immer alles in der Öffentlichkeit zu sagen, wohl aber, sich nicht an der schizophrenen Aufspaltung von ‚privater‘ und ‚offizieller‘ Sprache zu beteiligen oder als unwahr erkannte Tatsachen und Meinungen zu verbreiten),
- öffentlich zu handeln (was nicht unbedingt hieß, den Marktplatz zu suchen, wohl aber, die konspirierenden Zirkel zu verlassen und öffentlich zu seinen Auffassungen und Taten zu stehen),
- mit anderen solidarisch zu sein (was nicht hieß, unbedingt jeden Protest zu unterschreiben, wohl aber, unter keinen Umständen mit den staatlichen Repressionsorganen zusammenzuarbeiten.)“⁴⁵

Havel empfahl, den von den kommunistischen Machthabern vereinnahmten und inflationär gebrauchten Begriffen, wie Frieden, Solidarität, Völkerfreundschaft und vielleicht sogar Sozialismus, zu misstrauen und sie mit ihren ursprünglichen Inhalten neu zu besetzen.

Vorwiegend aus Polen kamen die Ideen zu den „Parallelstrukturen, erstmals erwähnt von Jacek Kuron und Karol Modzelewski schon Ende der 60er Jahre, als beide noch sozialistischen Ideen anhingen. In den 1970er Jahren wurde der Begriff in Polen und von der Charta77 weiterentwickelt und in der DDR dann auch in den 1980er Jahren aufgegriffen. Er bezeichnet die Entfaltung selbstständiger, unabhängiger Initiativen in allen Bereichen und auf allen Ebenen der Gesellschaft, die sich der staatlichen Kontrolle entziehen. Sinngemäß sprach Kuron davon, dass wir nicht die staatlichen Sendeanstalten und Verlagshäuser zerschlagen, sondern eigene errichten wollen.

Ohne die vielfältigen Ideen und Anregungen der Dissidenten aus den anderen kommunistischen Staaten und auch die Unterstützung von Journalisten, Politikern und gesellschaftlichen Organisationen aus dem Westen hätte sich die Opposition in der DDR längst nicht so weit entwickeln können, um initiiierend und lenkend Einfluss zu nehmen auf die revolutionären Ereignisse 1989 und die Wegbereitung in die Demokratie. Der Rückblick auf die gemeinsamen Bestrebungen demokratischer Bewegungen zu Zeiten kommunistischer Herrschaft sollte dabei helfen, den Zusammenhalt und die Solidarität in einem demokratischen Europa zu bewahren.

Anmerkungen

- 1 Überarbeitetes Manuskript des gleichnamigen Vortrags auf dem 28. Halle-Forum am 16./17. November 2023.
- 2 MDR: Solidarność in Polen: Vorbild für die Bürgerrechtler in der DDR, Interview mit Stephan Bickhardt, 22. Dezember 2021.
- 3 Ebenda.
- 4 Der tatsächliche Ablauf der Geschichte hat gezeigt, dass die Beendigung der europäischen Teilung nicht die Voraussetzung für die Lösung der deutschen Frage war, was aber nicht bedeutet, dass der Zusammenhang zwischen beidem unterschätzt werden darf.
- 5 Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band VII/2, Baden-Baden u.a. 1995, S. 1416.

Verhaftet im „Bruderland“ – Fluchtversuche von Menschen aus dem Bezirk Halle über Drittstaaten

Niklas Poppe

Viele derjenigen, die aus der DDR zu fliehen versuchten, taten dies über Drittländer, also Warschauer-Pakt-Staaten, welche ebenso wie die DDR an Territorien des sogenannten „NSA“ (nichtsozialistisches Ausland) oder aber an Jugoslawien grenzten. Diese Umwege in die Bundesrepublik wurden meist vor dem Hintergrund einer vermuteten geringen Bewachung der Grenzanlagen und einer vermeintlichen Ungefährlichkeit gewählt. Doch auch an den Grenzen der mit der DDR befreundeten Nachbarstaaten war die Gefahr groß, verhaftet und an das Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS) ausgeliefert oder schlimmstenfalls auf der Flucht erschossen zu werden. Gerade in den Jahren vor dem Mauerfall verstetigten sich diese Fluchtrouten. In den letzten Jahren des Bestehens der DDR hatte es die Staatssicherheit oft gar mehrheitlich mit Fluchtversuchen über Drittländer zu tun. Diejenigen, die in den „Bruderländern“ gefasst und inhaftiert worden waren, machten nicht selten einschneidende und traumatische Erfahrungen. Beispielhaft seien hier jüngst zusammengetragenen Geschichten ehemals in der MfS-Untersuchungshaftanstalt „Roter Ochse“ in Halle Inhaftierten geschildert, die Ende der 1980er Jahre ihre Fluchtversuche über das Ausland unternahmen und dort gefasst worden sind.

René Golz und Holger R. fuhren im Sommer 1988 sicherheitshalber getrennt nach Bratislava.¹ Dort angekommen, setzten sich die beiden aus Halle stammenden Freunde gemeinsam in den Bus, der sie zur ungarischen Grenze bringen sollte. Vorerst war das Städtchen Rajka das Ziel, welches nicht nur direkt an der heutigen Staatsgrenze zur Slowakei, sondern vor allem unmittelbar nahe der Republik Österreich gelegen ist. Nach dem Ankommen zog es die beiden jungen Männer zuallererst in eine Gaststätte. Es dauerte nicht lang, da setzte sich ein ungebetener Dritter mit an den Tisch. Was sie denn hier machen würden, wurde gefragt. Eine Ungarnreise? Warum startet man denn ausgerechnet hier? Könnte man denn mitkommen? Dann bis morgen! Holger, der oft in Ungarn im Urlaub gewesen war, wusste, dass man nah an die Sperrzäune herankommt und das Grenzgebiet nicht so hermetisch abgeriegelt zu sein



Von René Golz, der sich in der Ausbildung zum Fotografen befand, unmittelbar vor dem geplanten Fluchtversuch angefertigte Postkarten.

schien, wie man es aus der DDR kannte. Und er wusste, dass es den möglichen Bewacher abzuschütteln galt, selbst wenn ihm das konkrete Vorgehen ungarischer Sicherheitsorgane an den Grenzabschnitten zu dieser Zeit noch nicht geläufig war.

Um Fluchten über Ungarn zu verhindern, setzte das ungarische Innenministerium verstärkt auf polizeiliche (Vor-)Kontrollen. Zivile Polizeikräfte, Spitzel, aber auch die an der Grenze lebende Bevölkerung, die zu Meldungen angehalten wurde, sollten darüber hinaus beobachten, beschatten und denunzieren, sofern sie Auffälliges wahrnehmen würden.

Ab 1964 hatte zudem das MfS für die Sommermonate, in denen deutlich höhere Zahlen an Fluchtversuchen zu verzeichnen waren, in den Tourismusgebieten eigene Operativgruppen tätig werden lassen, die sich unter die DDR-Touristen mischen und diejenigen mit Westkontakten oder mit Fluchtabsichten ausfindig machen sollten.²

Holger und René tappten jedoch nicht in eine solche Falle: Stattdessen überkletterten sie noch in der ersten Nacht, einige Stunden vor dem vermeintlichen Treffen mit dem Mann, der sich in der Gaststätte aufgedrängt hatte, die Grenzzäune.

Dass sie durch das Berühren des Signalzauns Alarm ausgelöst haben mussten, merkten sie unmittelbar nach dem Aufsteigen der Leuchtrakete, die den Grenzern entspre-



„Fluchtrucksack“, den René Golz bei seiner Verhaftung trug.

chenden Durchbruch aufzeigen sollte. Trotzdem gingen die beiden jungen Männer weiter, querfeldein durch sich lang erstreckende Mais- und Sonnenblumenfelder. Gleiches hätte die beiden Freunde wohl auch an anderer Stelle erwartet. Der innere Bereich der etwa 350 Kilometer langen Grenze zwischen Ungarn und Österreich wurde vor allem landwirtschaftlich genutzt. Dafür war in der Regel auch ausreichend Platz: Die ersten Sicherungsanlagen an der ungarischen Grenze waren bis zu fünf Kilometer vom österreichischen Territorium entfernt.³ Diese breite Zwischenzone irritierte oftmals die Flüchtenden, so dass Orientierungslosigkeit oder gar die falsche Annahme entstehen konnte, die Flucht sei bereits geglückt.

Um ihren Verfolgern nicht direkt in die Arme zu rennen, entschieden sich Holger und René, anstatt auf Österreich zuzulaufen, vorerst parallel zur Grenze zu gehen und zwar in Richtung der heutigen Slowakei. Die jungen Männer waren allerdings schon bald unsicher, auf welcher Seite des „Eisernen Vorhangs“ sie sich gerade befanden und versuchten, sich an der Herkunft des herumliegenden Mülls zu orientieren. Plötzlich, nach einigen Stunden des Umherirrens, standen sie vor einem Acker, dahinter erschien eine Schnellstraße. Das muss Österreich sein, dachten beide. Bevor sie darauf zulaufen konnten, ertönte aus Richtung der Straße, an der einige dichte Büsche stan-

den, plötzlich ein Pfeifen. In dem Glauben, dass es österreichische Grenzer seien, die ihnen helfen wollten, piffen Holger und René zurück. Doch statt der erhofften Hilfe folgten Schüsse. Der damals 18-jährige René Golz erinnert sich später noch an das Pfeifgeräusch, das die Maschinengewehrketten gemacht hätten. Es muss wohl haar-scharf gewesen sein, meint er während unseres Gesprächs im Sommer 2023.

Auf einmal sei dann alles ganz schnell gegangen: Ein LKW des Grenzkommandos kam herangefahren, Verstärkung aus allen Richtungen für die Grenzer eilte zusammen und René und Holger fanden sich in Bauchlage auf dem Boden wieder, alle Viere von sich gestreckt. Während René Golz dies berichtet, stockt er plötzlich und fügt an, die folgende Passage habe er lange nicht erzählen können: Zwei junge Soldaten, kaum älter als die beiden Flüchtenden selbst, seien damals zu ihnen herübergekommen, hätten sich über sie gestellt, ihnen ihre Waffenmündungen in den Steiß gedrückt und diese anschließend langsam das Rückgrat entlang Richtung Genick gezogen. Er und Holger hätten sich in diesem Moment nochmal angeschaut und dabei fest damit gerechnet, nun sterben zu müssen. Sie verabschiedeten sich daher, die Hand des anderen haltend, voneinander, erzählt René Golz. Doch keine Schüsse folgten, sondern Gelächter. Die vermeintlichen Henker sicherten ihre Waffen und wiesen die beiden noch geschockten Freunde an aufzustehen.

Nachdem man ihnen befahl, auf einen LKW zu steigen, fuhr man beide zurück nach Rajka. Dort inhaftierte man sie kurzzeitig, ehe man sie weiter nach Budapest brachte. Insgesamt mussten beide etwa einen Monat in ungarischer Haft verbleiben, bis sie von Budapest aus zurück in die DDR geflogen wurden. Während der Verhöre in der ungarischen Hauptstadt hatte René noch den Eindruck bekommen, seinem Vernehmer täte die Festnahme nun beinahe leid und dass dieser es sinnlos fände, weiterhin flüchtende DDR-Bürger zu verhaften. Aber: Es gebe nun mal ein entsprechendes Abkommen mit der DDR, da könne man nichts machen, ließ er René wissen.

Was die beiden Inhaftierten zu dieser Zeit nicht ahnen konnten: Die Demontage der ungarischen Grenzanlage stand kurz bevor. Zum Ende des Jahres 1988 wurde der Abbau der teuren und stets durch Wind- und Wetterverschleiß zu reparierenden elektronischen Signalzäune vom neuen ungarischen Ministerpräsidenten Miklós Németh angemahnt und kurz darauf beschlossen. Vor dem Hintergrund der Einführung des „Weltpasses“ im Januar 1988, mithilfe dessen ungarische Staatsbürger nun recht problemlos gen Westen reisen konnten, war dem ungarischen Nachrichtendienst zu

Beginn des Jahres 1989 dann nur allzu bewusst, dass „[a]ngesichts von bedeutenden Änderungen in den Auslandsbeziehungen unseres Landes, des wachsenden Fremdenverkehrs und einer neuen Situation als Folge der Einführung des Weltpasses [...] die Aufrechterhaltung der Grenzschutz-Beschränkungen wie bisher praktiziert nichtmehr haltbar [ist].“⁴

Grundlage für die Inhaftierung und Übergabe von an der ungarischen Grenze verhafteten DDR-Bürgern an das MfS war – wie auch in anderen Drittstaaten – die von der DDR mit den „Bruderländern“ in den 1950er Jahren abgeschlossenen und in den folgenden Jahrzehnten modifizierten Rechtshilfeverträge und darauf basierenden Vereinbarungen wie etwa einem 1969 zwischen der DDR und Ungarn geschlossene Geheimabkommen.⁵ Konkret bedeutete das für im Grenzgebiet festgenommene DDR-Bürger meist, dass sie mit Spezialfahrzeugen in die Zentrale des ungarischen Staatssicherheitsdienstes in Budapest überführt wurden, wo man sie für einige Wochen inhaftierte, vernahm und anschließend auf dem Luftweg in die DDR zurückführte.

Im Sommer 1989 wurde diese Übereinkunft schließlich hinfällig, da sich Ungarn für die Unterzeichnung der UN-Flüchtlingskonvention entschieden hatte. Eine Auslieferung von flüchtenden DDR-Bürgern, denen in ihrem Heimatland die Inhaftierung drohte, hätte klar gegen diese verstoßen.⁶

Für die SED und deren Praxis der Kriminalisierung von Menschen, die auf welche Art auch immer eine Übersiedlung planten, war die in Ungarn eintretende Entwicklung vor dem Hintergrund steigender Flüchtlingszahlen nun besonders eklatant.

René und Holger wurden nach dem von der Staatssicherheit organisierten Rückflug aus Budapest in der MfS-Untersuchungshaftanstalt „Roter Ochse“ in Halle inhaftiert. Sie gehörten damit zu den 177 aus dem Bezirk Halle stammenden DDR-Bürgern, gegen welche dort das MfS im Jahr 1988 auf Grundlage des § 213 („ungesetzlicher Grenzübertritt“) des DDR-Strafgesetzbuchs ermittelt wurde. Eine Zahl, die dem MfS in Halle Sorgen bereitete. Die Bezirksverwaltung des MfS hatte hier bereits im Vergleich zum Vorjahr einen Anstieg der „versuchten“ und „vollendeten ungesetzlichen Grenzübertritte“ um 58 % verzeichnet und sah einen weiteren Anstieg auf sich zukommen.⁷ Das Ausmaß dieser Entwicklung war in den letzten Jahren der DDR überall zu beobachten: Landesweit stiegen die mit § 213 zusammenhängenden registrierten Straftaten ab 1987 um etwa das Doppelte an, nachdem sie jahrzehntelang in ihrer Anzahl relativ konstant geblieben waren. Ein Jahr später war wiederum beinahe eine

erneute Verdoppelung der Werte zu verzeichnen.⁸ Auch im ersten Quartal des Jahres 1989, also noch bevor die Öffnung des Grenzzauns in Ungarn oder die Botschaftsbesetzungen in Warschau und Prag eine Rolle spielen konnten, verschärfte sich dieser Trend auch im Bezirk Halle weiter und die Zahlen der letzten beiden Jahre wurden für den Vergleichszeitraum erneut deutlich übertroffen. Die Mehrheit der Bürger aus dem Bezirk Halle, die zu jener Zeit versuchten, die DDR flüchtend über Grenzanlagen der Warschauer-Pakt-Staaten zu verlassen, probierten es über Drittländer, allen voran über die Tschechoslowakei (1988: über 30 % der Gesamtzahl der bei der BV Halle verzeichneten „versuchten ungesetzlichen Grenzübertritte“). Meist waren diese Menschen sehr jung. Beinahe 90 % der zu dieser Zeit Flüchtenden waren unter 40 Jahre alt. Der Altersdurchschnitt derjenigen, gegen die ein Ermittlungsverfahren auf Grundlage des § 213 eingeleitet worden war, lag bei 28 Jahren. Oft waren es Freunde oder junge Paare, die versuchten, gemeinsam „überzumachen“.

Der damals 32-jährige Peter Horst und seine zu diesem Zeitpunkt 24-jährige Ehefrau gehörten zu denjenigen, die zu Beginn des Jahres 1989 der DDR über die tschechoslowakische Grenze zu entkommen versuchten.⁹

Beide hatten sich etwa einen Monat, nachdem ein guter Freund erfolgreich über Ungarn nach Österreich geflohen war, dazu entschlossen. Gemeinsam lebte das Paar in der Nähe der innerdeutschen Grenze im Harz. Sie waren dort sogar beide zur Welt gekommen. Doch im bekannten Gefilde eine Fluchtmöglichkeit zu suchen, kam ihnen nicht in den Sinn, eben, weil sie so sehr mit der Umgebung vertraut waren. Dort zu fliehen, schien unmöglich, aber an den Grenzen der sozialistischen Nachbarstaaten, das hatten sie gehört, sähe es ganz anders aus. In gewisser Weise stand nun der geflüchtete Freund als hoffnungsgebendes Beispiel dafür und diente zugleich als Initialzündung für das eigene Fluchtvorhaben.

Als wir darüber und über seine Verhaftung sprechen, kommt bei Peter Horst kein Groll, kein Trübsal oder eine andere Art negativer Emotion auf. Stattdessen grinst er oft, spricht, als ob es gleich zu Pointe kommt. Er erzählt von einer Verfolgungsjagd im tschechischen Grenzgebiet. Sagt, das Ganze sei nicht so lustig gewesen und hört sich dabei doch gegenteilig an.

An sich haben sie erstmal nur schauen wollen, ob es wirklich so einfach ginge, sagt Peter Horst über den gemeinsamen Aufenthalt mit seiner Frau in der Tschechoslowakei 1989. Und nachdem man die Bewacher abgehängt zu haben glaubte, habe man ge-

sehen, dass es sogar einfacher schien als gedacht, in den Grenzbereich zu gelangen. Wie auch an der ungarischen Grenze waren die Grenzzäune oftmals hunderte Meter, teilweise mehrere Kilometer vorgelagert. Doch auf einen langen Weg durch die Winter-
nacht waren die Eheleute weder mental noch physisch vorbereitet.

Es war letztlich auch ein spontaner Entschluss zu fliehen, im Dunkeln und in der Kälte, mitten im Februar. Vor Aufregung vergaß man alles Brauchbare im Auto, welches man zuvor an einem kleinen Bach abgestellt hatte. Über den Grenzzaun gelang das Ehepaar relativ leicht. Peter Horst entdeckte jedoch unmittelbar nach dem Übersteigen die Kontaktdrähte, die sie berührt haben mussten. Trotzdem ging es für das Ehepaar erstmal einige hundert Meter über die dicke Schneedecke hinweg Richtung Westen. Das Laufen fiel nach einiger Zeit schwer, die Beine versanken immer tiefer und tiefer. Irgendwann verließen Frau Horst die Kräfte. Sie wussten inzwischen beide, dass sie auf sich aufmerksam gemacht hatten, und warteten im Kalten auf die Grenzer, davon ausgehend, dass es nun für sie einen anderen Weg geben würde, in den Westen zu gelangen.

Angeblich hätten sie nur noch 50 Meter laufen müssen, verriet den Grenzsoldaten dem Ehepaar später, dann hätten sie nicht mehr eingreifen oder gar schießen können. Das ginge nur ins Landesinnere oder parallel zur Grenze, nicht in Richtung des „NSA“. Bis hierher, so erinnerte sich Peter Horst, saß der Schock nicht tief, die Verhaftung war vielmehr einkalkuliert. Sie wussten, dass die Chance nun groß war, von der Bundesrepublik freigekauft zu werden.

An die drohende Haft hatten sie im Vorfeld nicht gedacht, nicht denken wollen. In Budweis wurde das Ehepaar dann jedoch mit der bitteren Realität konfrontiert: Beide kamen für einige Tage in ein überfülltes Gefängnis, dessen Zustand Peter Horst heute an Gefängniszenen aus Südamerika erinnert: eine Haftanstalt voll mit zusammengepferchten, von ihren Bewachern mitunter zusammengeschlagenen Gefangenen – damit hatten die beiden nicht gerechnet. Auch gegenüber dem Ehepaar war der Umgang sehr rau. Während des nachfolgenden Transportes nach Prag wurde Peter Horst unvermittelt die entscherte Pistole eines Bewachers in den Mund gedrückt, da er es gewagt hatte, Blickkontakt mit seiner Frau aufzunehmen. Von dem, was man ihm entgegenbrüllte, verstand Peter Horst kein Wort.

In Prag hungerten beide beinahe die gesamte Zeit, da ihnen das teilweise verschimmelte Essen ungenießbar schien. Die Zellen waren auch hier überbelegt. Viele der

Inhaftierten hatten keine eigene Pritsche, sondern schliefen auf dem Boden. Manche der Fenster waren kaum verglast, sondern zerstört, sodass permanent die kalte Winterluft hereinströmte. Etwa zwei Wochen musste das Ehepaar unter diesen Bedingungen ausharren.

Wie auch gegenüber der Volksrepublik Ungarn waren mit der DDR geschlossene modifizierte Rechtshilfeverträge Grundlage für die Auslieferungspraxis des tschechoslowakischen Staates. Demnach folgte nach einer insgesamt 30-tägigen Inhaftierung die Rückführung nach Berlin und von dort die Verteilung auf eine der U-Haftanstalten des MfS.

Die erzählte Passage über die Haft in der Tschechoslowakei ist die einzige in unserem Gespräch, während der Peter Horst ernster klingt. Das, was die Eheleute Horst danach in den Gefängnissen „Roter Ochse“ in Halle und auf dem Kaßberg in Chemnitz erleben sollten, scheint für beide kaum vergleichbar mit den zuvor erfahrenen Haftumständen. Bei der Stasi wäre es im Vergleich wie im „Hotel Mama“ gewesen, scherzt Peter Horst und lacht wieder – „Die haben uns erstmal beruhigt, gepflegt und aufgepäppelt“ – um sie somit für die Ausreise nach Westdeutschland „vorzeigbar“ zu machen.

Die Eindrücke, die das Ehepaar Horst von Mitarbeitern der tschechoslowakischen Geheimpolizei bekommen hatte, die Bedrohung, Einschüchterung und die katastrophalen Bedingungen in den Gefängnissen der Státní bezpečnost (StB) waren einschneidende Erfahrungen, die viele der auf der Flucht verhafteten Menschen machen mussten. Fluchtversuche über Drittstaaten wie die Tschechoslowakei waren meist vor dem Hintergrund einer angenommenen Ungefährlichkeit im Vergleich zur innerdeutschen Grenze unternommen worden. Das hing zum Großteil wohl mit der Berichterstattung westdeutscher Medien zusammen, die breit über das DDR-Grenzregime aufzuklären versuchten. Dass auch in den „Bruderländern“ das MfS in Operativgruppen aktiv war, die Grenzen zeitweise vermint waren, man beißwütige Hunde auf Flüchtende hetzte, Hochspannungszäune spannte und bis zuletzt scharf schoss, war weniger präsent in der ostdeutschen Gesellschaft. Teilweise wurden Fluchten über Drittländer gar als ungefährlich bezeichnet.¹⁰ Auf das, was die Gefassten beim Grenzregime oder der Geheimpolizei erwartete, waren vermutlich ebenso die wenigsten vorbereitet. Nicht selten nahmen die Fluchtversuche über Drittstaaten dabei ein tragisches Ende.

Nach aktuellen Schätzungen, die auf einem vom Forschungsverbund SED-Staat an der Freien Universität Berlin gemeinsam mit den Universitäten Greifswald und Pots-

dam durchgeführten Projekt basieren, ergeben sich etwa 450 Verdachtsfälle von Ostdeutschen, die an den Grenzen der sogenannten „Bruderländer“ ihr Leben verloren haben. Vor allem in der Tschechoslowakei, Ungarn und Bulgarien sind die unmittelbaren Opfer der Grenzregime zu verorten.¹¹ Letztgenannter ehemaliger Ostblockstaat stand in Bezug zu an der Grenze getöteten DDR-Bürgern in den vergangenen Jahren öfter im Fokus öffentlicher Berichterstattung. Mitunter liegt das daran, dass die erst seit 2011 zugänglichen Archivunterlagen deutlich machten, dass die Dokumente des MfS kein vollständiges Bild über die in Bulgarien getöteten DDR-Bürger wiedergeben und somit von einer noch zu erschließenden Dunkelziffer ausgegangen werden muss. Inwieweit diese erschlossen werden kann, bleibt dabei unklar: Bei der Flucht erschossene Personen wurden teilweise an Ort und Stelle verscharrt. Ob beteiligte Grenzsoldaten immer Kenntnis von der Identität oder auch nur der Nationalität der Erschossenen hatten, scheint zweifelhaft. Auch die Informationen des bulgarischen Innenministeriums zu an der Grenze getöteten Menschen zeigen sich noch unvollständig, das wurde während des oben erwähnten Projektes offensichtlich. Des Weiteren sorgte die nun vermehrt von (Mit-)Tätern bezeugte Praxis, Erschossene noch an Ort und Stelle anonym verscharrt zu haben, für gesteigerte mediale Aufmerksamkeit. Dem aus Halle stammenden Werner Gambke ereilte 1965 an der bulgarisch-griechischen Grenze ein solch trauriges Schicksal. Wie auch in den anderen „Bruderländern“ war in Bulgarien auf eine aktive Beteiligung der Anwohner gesetzt worden, um Flüchtige bei den Sicherheitsbehörden zu verraten – im Fall von Werner Gambke folgte zuerst ein junger Dorfbewohner mehrere Kilometer dem damals 28-jährigen Diplom-Landwirt, um anschließend Meldung abzugeben. Die weitere Verfolgung, bei der mehrere hundert Personen (Militärangehörige und Freiwillige) involviert waren, verlief vorerst ergebnislos, bis ein Schäfer den jungen Mann kurze Zeit später sichtete und wiederum meldete.

Doch Werner Gambke, dessen Eltern samt Schwester bereits 1957 geflohen waren, wurde erst von den Grenzsoldaten entdeckt, als er bereits unmittelbar am Grenzzaun angelangt war und unwissentlich die Signalanlage berührt hatte. Sie erschossen den jungen Mann daraufhin kurz vor der griechischen Grenze und vergruben ihn anschließend an gleicher Stelle.¹²

Zahlreiche weitere DDR-Bürger ereilte ein ähnliches Schicksal – doch, was dabei nicht aus den Augen geraten darf – nicht allein sie. Die Grenzanlagen in den Warschauer-

Pakt-Staaten wurden vor dem Mauerbau installiert, mit Waffengewalt bewacht und vermint – und waren damit vor allem auf die Verhinderung von Fluchten der eigenen Bevölkerung ausgelegt. Die teilweise angesiedelte und auf politische Verlässlichkeit abgeklopfte Anwohnerschaft am „Eisernen Vorhang“ verriet daher vor allem Staatsangehörige gleicher Herkunft und brachte sie damit in erhebliche Gefahr oder für lange Zeit ins Gefängnis. Auch etwa Bulgarinnen und Bulgaren wurden inhaftiert, sofern sie des „illegalen Grenzübertritts“ beschuldigt worden sind. Bestraft werden konnte dieses Delikt – anders als in der DDR – noch bis Mitte der 1970er Jahre mit 15 Jahren Gefängnis.¹³

Anmerkungen

- 1 Gespräch mit René Golz, geführt am 18.07.2023 in Benneckenstein, Sammlung GS ROTER OCHSE.
- 2 Der Einsatz dieser Operativgruppen darf dabei nicht allein in Bezug zum Mauerbau gesehen werden. In Bulgarien waren etwa solche Gruppen bereits ab 1958 im Einsatz. Vgl. Kolarova, Fanna / Raichevsky, Stoyan / Nehring, Christopher: „Die Grenze der Volksrepublik Bulgarien 1945 – 1989 – Fluchten von DDR-Bürgern in Bulgarien: Das Wichtigste zu Akten, Zahlen, Todesfällen.“, in: Deutschland Archiv, 29.06.2020, Link: www.bpb.de/312154. [aufgerufen am 08.01.2024].
- 3 Vgl. Tantzsch, Monika: Die verlängerte Mauer. Die Zusammenarbeit der Sicherheitsdienste der Warschauer-Pakt-Staaten bei der Verhinderung von „Republikflucht“, Berlin 2001, S. 54.
- 4 Zitiert nach: Breier, Zsuzsa: 1989. Das Jahr beginnt, Göttingen 2023, S. 250.
- 5 Vgl. Tantzsch 2001, S. 56.
- 6 Vgl. Dalos, György: Der Vorhang geht auf: das Ende der Diktaturen in Osteuropa, München 2009, S. 118.
- 7 Vgl. Bundesarchiv (BArch), MfS, BV Halle, AKG, Nr. 511, Bl. 109f.
- 8 Vgl. Raschka, Johannes: Justizpolitik im SED-Staat. Anpassung und Wandel des Strafrechts während der Amtszeit Honeckers (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 13), Köln/Weimar/Wien 2000, S. 314f.
- 9 Gespräch mit Peter Horst, geführt am 12.12.2022 in Wedderstedt, Sammlung GS ROTER OCHSE.
- 10 Vgl. Appelius, Stefan: Opfer an der verlängerten Mauer. Der Fluchtweg über Bulgarien von 1961 bis

1971, in: ZdF – Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, Ausgabe Nr. 29/2011, S. 110 – 130, hier S. 113.

11 www.eiserner-vorhang.de.

12 Appelius, Opfer (wie Anm. 10), in: ZdF 29/2011, S. 118; <https://todesopfer.eiserner-vorhang.de/article/513-werner-gambke/> [aufgerufen am 08.01.2024]

13 Kolarova/Raichevsky/Nehring, Die Grenze (wie Anm. 2), in: Deutschland Archiv, 29.06.2020 [aufgerufen am 08.01.2024]

(K)eine Schwachstelle im Eisernen Vorhang? Zur Bedeutung von Flüchtlingen aus europäischen sozialistischen Staaten für die Grenzsicherung der DDR.¹

Felix Ludwig

Einführung: Marienborner Winternacht

Die Grenzübergangsstelle (GÜSt) Marienborn war auf diesem Fall nicht vorbereitet. Fluchtfälle von Angehörigen der osteuropäischen „Bruderländer“ kamen so gut wie nie vor. Entsprechend erwartete die Angehörigen des Zolls und der Passkontrollen im Januar 1986 eine große Überraschung: In der nasskalten Winternacht fuhr ein niederländischer LKW, der aus der Volksrepublik Polen kam, in die größte GÜSt an der innerdeutschen Grenze ein. Angestrahlt vom grellen weißen Licht der eindrucksvollen Flutlichtmasten und vom orangenen Schein der Neonlampen unter dem Großdach des Ausreisebereiches führten die Angestellten die üblichen Kontrollhandlungen durch. Der Suchhund schlug an: Unter der Ladefläche klammerte sich ein junger Mann an das Fahrgestell.

Der Mann und der LKW-Fahrer wurden umgehend festgesetzt und noch vor Ort befragt. Der Niederländer sprach Deutsch und behauptete, von dem blinden Passagier nichts gewusst zu haben. Er hätte eine Ladung Ledermehl von Polen in die Niederlande bringen wollen und auf der Route niemanden aufgenommen. Der Flüchtling selbst sprach kein Deutsch und da es unter den rund 300 Beschäftigten der Nachtschicht an der GÜSt auch niemanden gab, der des Polnischen ausreichend mächtig war, konnte er nicht vernommen werden. Hinweise auf seine Identität und die Gründe seiner Flucht gab es wenig: Außer einen polnischen Schülerausweis und ein paar Vorräten trug er nichts bei sich. Die Staatssicherheit vor Ort reimte sich den Fall schließlich so zusammen, dass der Flüchtling sich unbemerkt vom Fahrer bei einer Rast kurz vor der deutsch-polnischen Grenze unter den LKW geschlichen hatte. Am Unterbau des Fahrzeuges hatte er sich bei Fahrtwind und Minusgraden über Stunden festgeklammert, bevor ihn der Hund entdeckt hatte. Der Niederländer durfte entsprechend weiterfahren, der flüchtige Pole wurde festgenommen und wohl in die MfS-Untersuchungshaftanstalt Moritzplatz Magdeburg überführt.² Über seinen weiteren Lebensweg

und die Motive für die waghalsige Flucht geben die vorliegenden Akten leider keinen Aufschluss. Unabhängig von dem konkreten Schicksal wirft der Fall aber noch weitere, größere Fragen auf: Wie viele Angehörige osteuropäischer Staaten wagten die Flucht über die DDR? Wie gingen die Behörden der DDR – insbesondere das Ministerium für Staatssicherheit – mit dieser Gruppe um?

Ergebnisse systematischer Forschung dazu liegen im deutschsprachigen Raum noch nicht vor. Entsprechend kann der folgende Text in seiner Kürze auch nur eine erste Annäherung an ein Problem sein, das angesichts der heterogenen Natur sozialistischer Regime im Kalten Krieg, auf mehrere Länder verstreuter Quellen und kaum vorhandener Vorarbeiten eigentlich ein umfassendes Forschungsprojekt erfordern würde. Nach einem kursorischen Blick über die damalige Lage, scheinen zunächst drei Thesen als Antworten plausibel: Erstens war die DDR aufgrund mehrerer Nadelöhere im Eisernen Vorhang – insbesondere in Form des Transits und der Grenzübergangsstellen – ein für Flüchtlinge aus den Nachbarländern interessantes Land. Dies könnte eine große Fluchtbewegung zur Folge gehabt haben. Daraus folgte, zweitens, dass die Behörden auf diese Gruppe einen besonderen Fokus legten und dass drittens, die meisten Fluchtversuche nicht bis zur Grenze gelangten, sondern bereits im Vorfeld entdeckt wurden. Auf den folgenden Seiten werde ich zeigen, dass die erste These falsch ist und die beiden anderen sich erledigen. Tatsächlich geben statistische Zählungen, biografische Listen und die wenige vorhandene Forschung keinen Hinweis darauf, dass es eine relevante Fluchtbewegung aus anderen osteuropäischen Staaten über die DDR gegeben hat.

1 Asymmetrische Kooperationen

Die Geheimdienste der Staaten des Warschauer Paktes hatten die Möglichkeit im Blick: Dass Angehörige der jeweiligen „Bruderländer“ verstärkt über andere Staaten Fluchtversuche wagen könnten, kristallisierte sich für die Verantwortlichen spätestens im Laufe der 1960er Jahre heraus, als die Sowjetunion und ihre Satellitenstaaten ihren Bürgerinnen und Bürgern erlaubten, visafrei innerhalb Osteuropas zu reisen. Um ein Ansteigen von Flüchtlingen im Kielwasser dieser Maßnahmen zu verhindern, begannen die Regierungen und die Staatssicherheitsdienste der Ostblockstaaten enger zusammenzuarbeiten. Schon in den späten 1950ern schloss die DDR unter anderem mit der Volksrepublik Polen und der ČSSR Rechtshilfeabkommen und Kooperations-

vereinbarungen für genau solche Fälle. Abseits dieser formellen Ebene – die wohl allzu oft kaum mehr umfasste als Absichtsbekundungen – fiel die bilaterale Zusammenarbeit aber stark unterschiedlich aus: Trotzdem man offiziell verbündet war, verfolgte das zuständige Ministerium für Staatssicherheit vor allem die eigenen Interessen: Aus Sicht der Stasi zielten die Abkommen offensichtlich darauf, Fluchten von DDR-Bürgern über Polen und die ČSSR zu verhindern. Insbesondere der internationale Flughafen in Warschau und die lange bayerisch-tschechische Grenze bereiteten ihm erhebliches Kopfzerbrechen. Nicht zu Unrecht: In der DDR kursierten Gerüchte, dass die Grenzen anderer Länder nicht so stark befestigt wären wie die innerdeutsche. Das stimmte freilich nicht und bedeutete für nicht Wenige Festnahme oder Tod. Zwischen 1961 und 1988 verhafteten andere Ostblockstaaten rund 25.000 DDR-Bürger, schätzungsweise 7.000 bis 8.000 gelang der Flucht.³

Umgekehrt kümmerten sich die Staatssicherheitsdienste Polens und der ČSSR wenig um Fluchten über die DDR. Anscheinend bestanden sie nicht auf ähnlichen Zugeständnissen. Dies könnte freilich auch dem teils sehr angespannten Verhältnis der sozialistischen Geheimdienste untereinander geschuldet sein oder aber schlicht einem sturen ostdeutschen Ministerium, das sich in einer besseren Verhandlungslage wähnte und auf Zugeständnisse nicht einließ. Der alleinige Grund wird dies aber kaum gewesen sein, immerhin hätten solche Vereinbarungen den Einfluss der Staatssicherheit wohl kaum beschnitten. Untermauert wird diese These dadurch, dass die für die Grenzsicherung zuständigen Behörden wie Volkspolizei, Zoll und Grenztruppen in ihren Dienstanweisungen Angehörige osteuropäischer Staaten nicht als eigenständige Gruppe wahrnahmen. In der immerhin knapp 500 Seiten dicken und an Spezialfällen keinesfalls armen technischen Anleitung zur Durchführung von Passkontrollen an den Grenzübergangsstellen tauchten sie beispielsweise nicht auf.⁴ Auch war die Grenzübergangsstelle Marienborn offenkundig auf polnischsprechende Reisende nicht vorbereitet, verfügte sie doch über keine entsprechenden Dolmetscher, obwohl die Anlage der größte des Landes und für Flüchtlinge aus Polen eine wichtige Anlaufstelle gewesen wäre.

2 Statistische Überlegungen

Freilich bedeuten fehlende Dienstanweisungen nicht notwendigerweise, dass eine entsprechende Fluchtbewegung nicht bestand. Es wäre kaum das erste Mal gewesen, dass DDR-Behörden aufgrund ideologischer Blindheit oder fehlenden Informationen

an den richtigen Stellen Probleme falsch einschätzten und ungenügend reagierten. Die Wirtschaftskrise in den 1980er-Jahren, die eine wesentliche (wenn auch nicht die einzige) Ursache der Friedlichen Revolution war, ist dafür das eindrücklichste Beispiel. Im Falle von Flüchtlingen aus osteuropäischen Staaten scheint es jedoch anders gewesen zu sein: Zahlenmäßig waren Personen mit Wohnsitz außerhalb der DDR eine absolute Minderheit unter den politischen Häftlingen des Staates. Von rund 25.000 Personen, die aufgrund der sogenannten Republikflucht verhaftet wurden, stammten nur rund 1.400 Personen aus anderen sozialistischen Staaten Europas.⁵ Die Statistik ist freilich nicht unbegrenzt aussagekräftig: Sie umfasst mit den Jahren 1963 bis 1989 zeitlich nur einen Teil des Kalten Krieges. Zudem sind Festnahmen nicht notwendigerweise deckungsgleich mit unternommenen Fluchtversuchen. Gleichwohl deutet der Vergleich mit inhaftierten DDR-Bürgern auf eine fehlende Fluchtbewegung von Angehörigen anderer Nationen hin. Die erfassten Todesfälle zeigen ein ähnliches Bild: Von mehr als 200 Opfern an der innerdeutschen Grenze waren fünf Bürger anderer sozialistischer Staaten. Davon waren vier Soldaten der Roten Armee.⁶ Dieser Befund ist erklärungsbedürftig angesichts der sehr langen Grenze zwischen der DDR und Westeuropa, den Transitstrecken als potentielle Kontaktpunkte für Fluchthelfer und den sich seit den 1960er Jahren erleichternden Reisebedingungen. Warum blieb eine Fluchtwelle aus den Staaten Osteuropas über der DDR aus? Die Antwort auf diese Frage erfordert, die innerdeutsche Grenze aus dem Blickwinkel anderer Staaten zu betrachten: Zunächst war eine Flucht über die DDR beispielsweise für Polen und Tschechoslowaken nicht so attraktiv, wie es zunächst den Anschein haben mag. Die innerdeutsche Grenze war stark gesichert und konkrete Informationen über Art der Befestigungen und Grenzverlauf für diese Gruppen gewiss noch schwerer zu erhalten als für Bürger aus der DDR. Zudem erforderte der Zugang zu den Transitstrecken als Fluchtroute Kontakte zu Personen aus der Bundesrepublik. Diese standen Menschen aus der DDR (oftmals aus verwandtschaftlichen Beziehungen) zur Verfügung, solchen aus anderen Ländern jedoch weniger. Umgekehrt verfügte bis auf Polen und Rumänien jedes andere Land der Warschauer Vertragsorganisation über eigene Landgrenzen zum europäischen Westen. Diese waren freilich kaum schwächer gesichert als die innerdeutsche Grenze, doch musste sich für Fluchtwillige die Frage stellen, weswegen sie den langen und im Zweifel auch risikoreichen Weg durch die DDR auf sich nehmen sollten, wenn es vermeintlich näher liegende Möglichkeiten gab.

Mindestens im Falle von Polen treten noch hauseigene Strukturen hinzu, die andere Möglichkeiten zur Flucht eröffneten. So änderte die polnische Regierung in den 1980er Jahren ihre Regeln zur Visaerteilung ins Ausland: Die Genehmigungen für kurzfristige Reisen über den Eisernen Vorhang konnten Polinnen und Polen vergleichsweise einfach erhalten. In der Folge reisten allein 1985 rund 1.100.000 in den Westen – circa 61.000 kamen nicht wieder zurück.⁷ Dies waren erheblich mehr als die rund 3.700 Ostdeutschen, denen im gleichen Jahr eine Flucht in die Bundesrepublik gelang. Anders ausgedrückt: Menschen aus Polen mussten gar nicht heimlich über die DDR fliehen, sondern konnten schlicht eine Gesetzeslücke ausnutzen, um ihr Land zu verlassen. Dies würde auch den waghalsigen Versuch des LKW-Flüchtlings erklären: Der bei ihm gefundene Schülerschein deutet darauf hin, dass er nicht die notwendigen Papiere für ein legales Ausreisevisum besaß. Es wagten eben nur jene Menschen die Flucht über die innerdeutsche Grenze, die keine anderen Möglichkeiten hatten – beispielsweise, weil sie in der DDR festsaßen

3 Fluchtversuche von Bürgern der Sowjetunion

Am 25. Januar 1984 wurde in den grenznahen Gebieten im Harz Großalarm ausgelöst. Die DDR-Behörden mobilisierten alle verfügbaren Kräfte, insbesondere Volkspolizei und Grenztruppen und befragten alle Personen die etwas gesehen haben konnten, vom Vorsteher des Kleingartenvereins bis zur Kassiererin in den Konsum-Filialen. Sie reagierten damit auf einem Vorfall, der sich so ähnlich aus Perspektive der Verantwortlichen viel zu häufig wiederholte: In einer nahen gelegenen sowjetischen Kaserne war ein Rotarmist desertiert. Bewaffnet mit einer Maschinenpistole hatte Nikolai Gal einen Traktorfahrer gezwungen, ihn in Richtung Grenze zu bringen. Als ihm der Traktor zu langsam war, kaperte er einen bis auf den Fahrer leeren Bus. Der Traktorist hatte inzwischen die Behörden informiert, während der sowjetische Soldat nahe der bergigen Grenze den Bus verließ und zu Fuß in die Bundesrepublik fliehen wollte. Auf dem Weg dorthin lief er einer Patrouille der Grenztruppen in die Arme. Als er nach Aussage der beiden Männer seine Maschinenpistole heben wollte, erschossen sie ihn.⁸

Gal war ein besonders tragischer Fall. Desertionen und Fluchtversuche sowjetischer Soldaten kamen jedoch recht häufig vor. Die Lebensbedingungen in den Kasernen waren einfach zu schlecht: Weitgehend isoliert von sozialen Kontakten zur DDR, baulich teils heruntergekommen, mussten die Soldaten mit einer kaum ausreichenden

Versorgung an Lebensmitteln und einen harten Drill auskommen.⁹ Gemessen an den 400.000 Mann, die in der DDR stationiert waren, erscheinen bis zu 500 Fluchtversuche im Jahr in den 1980ern zwar vergleichsweise wenig. Doch sie bereiteten den DDR-Sicherheitsbehörden große Probleme: Da waren einerseits diplomatische Verwicklungen mit dem „Großen Bruder“ Sowjetunion. Andererseits desertierten die Soldaten oftmals bewaffnet, beispielsweise mit Maschinenpistolen. Sowohl für die „bewaffneten Organe“ der DDR, als auch für die Zivilbevölkerung bedeuteten sie eine sehr viel größere Gefahr als „normale“ Flüchtlinge. Entsprechend war die Reaktion der DDR und der Verantwortlichen vor Ort bei jeder Desertion um ein Vielfaches umfassender als bei anderen Versuchen, die Grenze zu überwinden – was freilich die damit einhergehende Gewaltanwendung keinesfalls entschuldigen soll.

Schluss: Entgrenzte Grenzgeschichten

Todesfälle wie jener von Nikolai Gal sind gut aufgearbeitet. Generell sind das Grenzregime und Fluchten von DDR-Bürgern über die innerdeutsche Grenze sowohl statistisch als auch über zahlreiche Interviews mit Zeitzeugen dicht erfasst. Umso auffälliger ist das Defizit bezüglich Angehöriger anderer Staaten. Das Fehlen umfassender Projekte zu diesem Thema zeigen sowohl die Deutschlandzentriertheit in der DDR-Forschung, als auch, dass auf allzu häufig vorgetragene Forderungen nach einer internationaleren Ausrichtung der Kommunismusforschung selten Konsequenzen folgen. Dabei wäre sie gerade mit Blick auf die Grenzregime des Kalten Krieges bitter nötig: Der Eiserner Vorhang bestand schließlich nicht nur aus der innerdeutschen Grenze, nicht einmal nur aus den europäischen Grenzen. Auch wenn die Grenzregime vieler Länder keineswegs so systembestimmend waren wie in der DDR, so war das Verhindern von Fluchten in den Westen doch Teil der sozialistischen Staatsräson. Vergleichende Ansätze drängen sich förmlich auf. Insbesondere Projekte, die Einzelergebnisse aus verschiedenen Ländern zusammenführen und auf die Verflechtungen der „Bruderländer“ blicken, sind dringend angeraten. Als Grundlage hierfür können und müssen die (zumindest in der Bundesrepublik) teils bereits vorhandenen digitalen Datenbanken mit Interviews von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen sowie die statistischen Erfassungen von politischen Häftlingen zusammengeführt werden. Unter Umständen bilden die Perspektiven anderer Staaten und nicht erschlossene Quellen bisher kaum beachtete Formen von Fluchten ab. Die Frage nach Fluchten über sozialistische Drittstaaten ist weiterhin offen.

Anmerkungen

- 1 Dieser Text basiert auf einen Vortrag, den ich September 2023 auf dem Halle-Forum präsentierte. Für den Beitrag wurde er stilistisch angepasst und inhaltlich etwas erweitert.
- 2 BArch, MfS, HA VI, Nr. 1135, Dokumentation über einen am 29.01.1986 gegen 05:40 Uhr an der Grenzübergangsstelle Marienborn/Autobahn verhinderten ungesetzlichen Grenzübertritt.
- 3 Tantzscher, Monika: Die verlängerte Mauer, Die Zusammenarbeit der Sicherheitsdienste der Warschauer-Pakt-Staaten bei der Verhinderung von „Republikfluchten“, Berlin 1998, S. 72 – 74.
- 4 BArch, MfS, HA VI, Nr. 5998, Ordnung Nr. VI/1/81 zur Technologie und Kontrolle und Abfertigung sowie zur Arbeitsorganisation an den Grenzübergangsstellen – OTA – Teil 1, West/Westring, 1981.
- 5 Formal umfasst diese Zahl auch die Volksrepublik Jugoslawien. Vgl. „Haft in der DDR – Die Gefangenen der Stasi.“, online unter: <https://haft-ddr.de/>, [Stand vom 06.05.2024].
- 6 Schröder, Klaus / Staadt, Jochen (Hrsg.): Die Todesopfer des DDR-Grenzregimes an der innerdeutschen Grenze 1949 - 1989. Ein biographisches Handbuch, Bonn 2017. Anhang: Todesfälle im innerdeutschen Grenzgebiet nach Ereignisdaten 1949 – 1989, S. 337 – 357.
- 7 Stola, Dariusz: Das kommunistische Polen als Auswanderungsland, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 2 (2005), H. 3, online: <https://zeithistorische-forschungen.de/3-2005/4720> [Stand vom 06.05.2024].
- 8 Vgl. Nikolai Gal, in: Schröder/ Staadt, Die Todesopfer (wie Anm. 6), S. 429 – 430.
- 9 MDR-Beitrag: Flucht vor der Roten Fahrten, online: <https://www.mdr.de/geschichte/ddr/politik-gesellschaft/deserteure-flucht-sowjetarmee-ddr100.html#:~:text=Rund%20400%20bis%20500%20in,dem%2019%2Dj%C3%A4hrigen%20Mindjan%20Aubakirow> [Stand vom 17.05.2024].

Ausländische Staatsangehörige in Haft des Ministeriums für Staatssicherheit in Magdeburg¹

Daniel Bohse

1 Annäherung an einen „weißen Fleck“

Gedenkstätten in früheren Untersuchungshaftanstalten des DDR-Staatssicherheitsdienstes werden gemeinhin als Einrichtungen wahrgenommen, die an historischen Orten das Unrechtsregime der SED und die staatlichen Verfolgungsmaßnahmen gegen Bürger der DDR in den Fokus des Erinnerns und auch ihrer Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit rücken.² In DDR-übergreifenden Kontexten stehen sie, weil unzählige an diesen Orten inhaftierte Menschen vor ihrer Einlieferung bereits Aufenthalte in Gefängnissen anderer Länder des sozialistischen Lagers hinter sich hatten. In der Regel gingen dem Versuche voraus, aus der DDR mit dem Umweg über die Tschechoslowakei, Ungarn oder Bulgarien in den Westen zu fliehen, was zu Festnahmen durch die Sicherheitsorgane der genannten Staaten und Rücküberstellungen in die DDR führte.³ Weniger bekannt und auch beforscht ist, dass in den Untersuchungshaftanstalten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) durchaus in Größenordnungen auch ausländische Staatsangehörige festgehalten wurden und in vielen Fällen dann auch Verurteilungen aufgrund politischer Straftatbestände erfolgten.⁴ So führte das MfS in den Jahren 1970 bis 1988 insgesamt 39.476 Untersuchungsverfahren mit Haft durch, davon 35.140 (89,0 %) gegen DDR-Bürger und immerhin 4.336 (11,0 %) gegen ausländische Staatsangehörige.⁵ Nur für wenige frühere MfS-Untersuchungshaftanstalten liegen diesbezüglich aufschlussreiche Publikationen vor. So kommen die Autoren der Studie zur Haftanstalt in der Bautzener Straße in Dresden zu dem Schluss, dass dort ein Großteil diesbezüglicher Inhaftierungen Menschen aus der Bundesrepublik betroffen haben dürfte, die „überwiegend aus kommerziellen Gründen als Kuriere oder Schleuser an der Durchführung von Fluchthilfeaktionen beteiligt“⁶ waren. Eine Quantifizierung war den Autoren jedoch nicht möglich. Das trifft auch für die Haftanstalt in der Erfurter Andreasstraße zu, wo aufgrund der Überlieferung aber immerhin Momentaufnahmen möglich waren: So lag dort 1970 der Anteil von Nicht-DDR-Bürgern unter den Inhaftierten bei 10 %.⁷ Neben Bundesbürgern vermuteten

die Autoren aufgrund der verschiedenen Übersetzungen der Gefängnis-Hausordnung auch Insassen aus englisch- und französisch-, spanisch- und arabischsprachigen Ländern sowie aus Ungarn, Polen, Rumänien, Vietnam, China und der Sowjetunion.⁸ Für die zentrale Untersuchungshaftanstalt des MfS in Berlin Hohenschönhausen hat die Autorin für die Jahre 1958 bis 1968 einen Anteil von 16 % der wegen Fluchthilfe („Verleiten zum Verlassen der DDR“ bzw. „staatsfeindlicher Menschenhandel“) Inhaftierten unter den dortigen Untersuchungshäftlingen errechnet und hierfür Beispiele betroffener Bundesbürger, Westberliner und US-Amerikaner dargestellt.⁹ Für die im Gebiet des Bundeslandes Sachsen-Anhalt ehemals bestehenden MfS-Untersuchungshaftanstalten in Halle („Roter Ochse“) und Magdeburg (Sudenburg bzw. ab 1958 Neustadt), in deren Mauern sich heute jeweils Gedenkstätten befinden, lassen sich in den bisher vorliegenden Publikationen derartige Angaben nicht bzw. nur rudimentär finden.¹⁰ Das liegt im Wesentlichen im frühen Erscheinen dieser Publikationen und der fortwährenden Weiterentwicklung des Forschungsstandes begründet sowie dem Umstand, dass natürlich auch im Laufe der Jahre die Relevanz einzelner Themen Veränderungen unterworfen ist und so die „weißen Flecken“ allmählich kleiner oder weniger werden.

Dass der vorliegende Beitrag nun versucht, Schlaglichter auf Inhaftierungen von Nicht-DDR-Bürgern in der Magdeburger MfS-Untersuchungshaftanstalt zu werfen, ist Folge des Ansinnens, dieses Thema für das Halle-Forum 2023 in den Blick zu rücken.

Tatsächlich hat die Gedenkstätte Moritzplatz sich dieser Thematik noch nie wirklich angenommen. Es wird vor Ort lediglich im Rahmen von Führungen darauf verwiesen, dass das Ministerium für Staatssicherheit am historischen Ort nicht nur Menschen aus der DDR festgehalten hatte, sondern auch unzählige Bürger aus anderen Staaten. Denn Inhaftierungen von Ausländern betreffen hier vor allem die Zeit des Zweiten Weltkrieges, in der der Gebäudekomplex als Strafgefängnis Magdeburg-Neustadt vor allem Strafgefangene mit Gefängnisstrafen von mehr als einem Jahr aber auch Untersuchungsgefangene aufnahm.¹¹

2 Rahmenbedingungen und statistische Befunde

Ein in den Jahren 2008 bis 2010 durchgeführtes Forschungsprojekt im Rahmen der Vorbereitung der neuen Dauerausstellung der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg beinhaltetete seinerzeit auch eine Durchsicht und anschließende Auswertung der Be-

schuldigtenkartei der Abteilung IX, d.h. der Untersuchungsabteilung der Bezirksverwaltung Magdeburg, um zu belastbaren Aussagen zur Belegung der Magdeburger Stasi-Untersuchungshaftanstalt, zur Herkunft der Häftlinge, zu ihren Haftwegen, zur Länge der Untersuchungshaft, der Deliktstruktur und zu den verhängten Strafmaßen zu kommen. In diesem Zusammenhang wurde zum einen ein repräsentatives Sample von 2.500 Karteikarten erstellt, wobei jeweils komplette Buchstaben der alphabetisch sortierten Kartei erfasst und datenbankmäßig verzeichnet wurden. Zum anderen wurden sämtliche Fälle, die im Zusammenhang mit Fluchtversuchen standen, erfasst. So sind Karteikarten zu 3.748 der rund 5.200 in Magdeburg zwischen Juli 1952 und November 1989 vom MfS Inhaftierten erfasst worden.

Aus der Auswertung dieser erfassten Daten ergibt sich, dass 474 bzw. 12,6% der erfassten in die Magdeburger MfS-Untersuchungshaftanstalt eingelieferten keine DDR-Bürger, sondern Staatsangehörige anderer Länder waren. Das war immerhin jeder Achte. Die größte Gruppe unter den „Ausländern“ stellten im Übrigen Deutsche, die auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs wohnhaft waren; konkret 319 (8,5%) Männer und Frauen aus der Bundesrepublik und Westberlin. Insgesamt umfasst die Gruppe der aus westlichen Ländern stammenden Inhaftierten 343 Personen (9,2%). Unter den Herkunftsländern sind Australien, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich und Schweden, aber auch Indien, Irak, Libanon und Pakistan zu nennen. Niederländer hatten mit 6 Inhaftierten hier den größten Anteil.

Aus den zum sowjetischen Machtbereich gehörenden Staaten Mittel- und Südosteuropas stammten 140 der eingelieferten Ausländer, d.h. 3,7% der insgesamt erfassten Inhaftierten. Den größten Anteil unter ihnen stellen polnische Staatsangehörige, von denen zwischen 1961 und 1989 insgesamt 110 in die Untersuchungshaftanstalt Magdeburg-Neustadt aufgenommen wurden. Aus der ČSSR kamen 10, aus Rumänien und der Sowjetunion jeweils 6, aus Ungarn 5 und aus Bulgarien 3 Inhaftierte.

Unter Bezugnahme auf die eingangs angeführten Zahlen zu Inhaftierungen von Nicht-DDR-Bürgern für die gesamte DDR und für den Bezirk Erfurt ragt der leicht höhere Anteil an der Gesamtzahl der Inhaftierten in Magdeburg nicht wirklich heraus. Gleichwohl gilt es aber zwei Besonderheiten herauszustellen: Zum einen den Umstand, dass der DDR-Bezirk Magdeburg jener mit dem längsten Abschnitt an der innerdeutschen Grenze war und zum anderen den, dass die heutige Autobahn 2 als Haupt-Transitstre-

cke zwischen der Bundesrepublik und Westberlin durch den Bezirk Magdeburg führte. Tatsächlich stellten Inhaftierte, die auf den Transitwegen bzw. an den Grenzübergangsstellen (GÜSt) festgenommen wurden, nach dem „Mauerbau“ und der Verschärfung des Grenzregimes 1961 eine nicht unbedeutende Gruppe unter den Insassen der Haftanstalt Magdeburg-Neustadt dar.¹² Von Beginn an gingen das MfS und die Volkspolizei davon aus, dass hier mit einer besonders hohen Zahl von als „Angriffe auf die Staatsgrenze“ gewerteten Versuchen für Fluchten und Ausschleusungen in Richtung Westen gerechnet werden müsse. Nicht nur das Grenzgebiet selbst, der ganze Bezirk galt fortan als Grenzbezirk, wo die Volkspolizei – so 1966 – „dem Klassengegner keinen Zentimeter für seine Feindtätigkeit“¹³ geben wollte, was ab 1970 auch in einer stärkeren Zusammenarbeit mit dem MfS und den DDR-Grenztruppen mündete. Die Autobahn und die ins Grenzgebiet führenden Bahnstrecken und Züge sollten noch stärker überwacht und kontrolliert werden als bisher. Ebenso galt es, entsprechend der Forderung „keiner kommt durch“ durch „umfassende operativ-vorbeugende Tätigkeit alle Angriffe auf die Staatsgrenze und Straftaten im Zusammenhang mit dem Transitverkehr rechtzeitig zu erkennen und zu verhindern“. Das äußerte sich in hohen Inhaftierungszahlen, wobei die Volkspolizei in den 1970er und 1980er Jahren bis zu fünfmal mehr Untersuchungsverfahren mit Haft bearbeitete als das MfS.¹⁴ Demzufolge wurde nur ein geringer Teil der insgesamt im Zusammenhang mit versuchten Fluchten und Ausschleusungen im Bezirk Magdeburg Festgenommenen in die Stasi-Untersuchungshaftanstalt Magdeburg eingeliefert, die meisten hingegen in Untersuchungshaftanstalten der Volkspolizei. Das betraf grundsätzlich auch Nicht-DDR-Bürger: So befanden sich in der Untersuchungshaft der Volkspolizei in Magdeburg-Sudenburg u.a. regelmäßig LKW-Fahrer aus westlichen Ländern, die wegen Transitverstößen vorübergehend festgenommen worden waren oder, weil bei Kontrollen ihrer Fahrzeuge Fluchtwillige entdeckt worden waren.

3 Fallgruppen und -beispiele

Die oben genannten Zahlen zu den Inhaftierungen von Nicht-DDR-Bürgern in Magdeburg-Neustadt sagen erst einmal nur wenig aus über die konkrete Situation der zu Häftlingen der DDR-Staatssicherheit gewordenen Menschen. Daher gilt es zu hinterfragen, wann, warum und unter welchen Umständen diese Personen festgenommen und eingeliefert worden sind, was danach mit Ihnen passierte und auch, wie lange sie in

Magdeburg in Untersuchungshaft verbringen mussten. Und auch, ob sich Rückschlüsse aus den zahlenmäßigen Befunden und den in diesem Zusammenhang diskutierten Punkten ableiten lassen. Nicht alle Fragen werden sich an dieser Stelle ausführlich beantworten lassen. Sie sollen aber zumindest angerissen werden und das jeweils untersetzt mit konkreten Fallbeispielen und damit auch mit Schicksalen Betroffener. Schaut man auf die vom MfS verzeichneten Sachverhalte, handelte es sich bei den inhaftierten Nicht-DDR-Bürgern zum großen Teil um Personen, die im Zusammenhang mit geplanten oder gescheiterten Fluchtversuchen bzw. Ausschleusungen an der innerdeutschen Grenze oder auf dem Weg dorthin festgenommen wurden. Wie die oben aufgeführten Zahlen zeigen, stammten die meisten in Magdeburg vom MfS inhaftierten Nicht-DDR-Bürger aus dem westlichen Ausland. Neben Fluchthilfe und Ausschleusungen, Grenzverletzungen und Verstößen gegen Transitbestimmungen, die hier bei der Mehrzahl als Anlass verzeichnet sind, befanden unter den inhaftierten Bundesbürgern sogenannte „Rückkehrer“ in die DDR in der absoluten Minderheit. Gleiches trifft zu auf Personen, z.B. aus Frankreich und der Bundesrepublik, die aufgrund von Spionagevorwürfen in die MfS-Untersuchungshaft eingeliefert wurden.

Die Bandbreite der konkreten, der Festnahme und Inhaftierung vorangehenden Handlungen der Betroffenen ist breit. Daher sollen hier, um auf die oben aufgeführten Fragestellungen einzugehen, exemplarisch nur einzelne Fallbeispiele dargestellt werden.

Typisch für eine ganze Reihe von Fällen, übrigens auch von Bundesbürgern, ist der eines 38jährigen Kraftfahrers aus Ville sur Ion in Frankreich. Grund der Festnahme durch das MfS an der GÜSt Marienborn am 4. Dezember 1973 nach der Entdeckung einer DDR-Bürgerin bei der Kontrolle seines LKW war der Vorwurf der Beteiligung an einer Ausschleusung. Nach zweieinhalbmonatiger Untersuchungshaft in Magdeburg-Neustadt, während derer sich der Verdacht erhärtete, der Franzose habe die DDR-Bürgerin wissentlich versteckt und versucht in den Westen zu schmuggeln, verurteilte ihn am 27. Februar 1974 das Kreisgericht Magdeburg-Nord zu 1 Jahr und 3 Monaten Haft. Exemplarisch für eine ganze Reihe von Fällen, in denen Inhaftierungen aufgrund von Grenzverletzungen erfolgten, ist ein Vorfall vom Februar 1986. Ein 22-jähriger Berufssoldat der britischen Armee hatte sich gemeinsam mit zwei weiteren Soldaten bei Braunlage beim Skifahren in dichtem Schneetreiben und Nebel verirrt und dabei unwissentlich die innerdeutsche Grenze überquert. Es folgte die Festnahme durch

Angehörige der DDR-Grenztruppen und nach Rücksprache mit den für solche Fälle eigentlich zuständigen sowjetischen Dienststellen die Überführung der drei Festgenommenen nach Magdeburg-Neustadt. Üblicherweise versuchte die Staatssicherheit solche besonderen Vorkommnisse nach entsprechender Freigabe durch die Berliner Zentrale zumeist schnell zu lösen. Das galt insbesondere, wenn Angehörige der westalliierten Besatzungstruppen involviert waren: Nach einer Übernachtung in der Begünstigtenzelle der MfS-Untersuchungshaftanstalt wurden die drei Soldaten gleich am nächsten Tag an die britische Botschaft übergeben: Die Staatssicherheit vermerkte hier lapidar, dass von der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gemäß § 213 StGB abgesehen wurde. Ähnlich verfuhr das MfS im Fall eines ebenfalls 1986 durch DDR-Grenztruppen festgenommenen, aus Nizza stammenden Offiziers der französischen Armee.¹⁵

Schaut man sich die Dauer der Inhaftierung von Menschen aus dem westlichen Ausland einschließlich der Bundesrepublik und Westberlins an, dann ist festzustellen, dass die meisten von ihnen nach wenigen Tagen, spätestens zwei Wochen, nach Berlin überstellt wurden, wo in der dortigen Haftanstalt II in der Magdalenenstraße deren konsularische Betreuung aus Sicht des MfS besser überwacht und gesteuert werden konnte.¹⁶ Daher liegt die durchschnittliche Haftdauer bei dieser Inhaftiertengruppe mit weniger als einem Monat deutlich unter dem allgemeinen Durchschnitt sämtlicher Häftlinge in Magdeburg von knapp fünf Monaten.

Wie im vorigen Kapitel aufgeführt, waren in Magdeburg-Neustadt Inhaftierungen von Bürgern aus anderen Staaten des sozialistischen Lagers – aus der ČSSR, Bulgarien, Polen, Ungarn, Rumänien und der UdSSR – vergleichsweise weniger häufig als von Bürgern westlicher Staaten. Als größte Gruppe unter den Inhaftierten aus den sogenannten „Bruderstaaten“ sind Menschen aus Polen feststellbar. Von 1961 bis 1989 stellten diese fast durchgängig einen Teil der Untersuchungshäftlinge. Das verwundert angesichts des Umstands, dass Polen – im Vergleich zur DDR – seinen Bürgern vergleichsweise einfach Genehmigungen für kurzfristige Reisen in den Westen ausstellte.¹⁷ Es kann nur darüber spekuliert werden, dass möglicherweise denjenigen, die sich trotzdem zu einer Flucht oder Ausschleusung in die Bundesrepublik entschlossen, eine solche Genehmigung verweigert worden war.

Mit nur einer Ausnahme lag allen Inhaftierungen polnischer Staatsangehöriger der Vorwurf des Verstoßes gegen § 8 Passgesetz bzw. § 213 StGB, d.h. eine Grenzverletzung bzw. ein Fluchtversuch zugrunde. Nur in sechs Fällen gab das MfS die Vorgänge

nach kurzer Untersuchungshaft von nicht mehr als einer Woche an die Staatsanwaltschaft Magdeburg ab mit dem Vorschlag, es beim Verhängen eines Strafbefehls zu belassen. Wie im Fall einer 19jährigen Oberschülerin aus Bielawa im Dezember 1981 konnte daraus aber auch eine Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe resultieren, hier zu drei Monaten. In einem Fall von 1972 sollte die Staatsanwaltschaft Magdeburg Anklage erheben, nach sechswöchiger Untersuchungshaft erfolgte jedoch auf Weisung aus Berlin die Überführung des Betroffenen in die MfS-Untersuchungshaftanstalt Frankfurt (Oder) zwecks anschließender Übergabe an die polnischen Behörden. Bei 23 Inhaftierten aus Polen vermerkte das MfS eine Übergabe an die Hauptabteilung IX des MfS in Berlin, d.h. deren Überführung nach Berlin-Hohenschönhausen, zum Zwecke der Weiterbearbeitung der Vorgänge. Die Länge der Untersuchungshaft in Magdeburg variierte hier zwischen zwei Tagen und knapp vier Wochen.¹⁸

Beim größten Teil aller Inhaftierten aus Polen entschieden die MfS-Ermittler in Magdeburg nach Rücksprache mit der Berliner Zentrale, die Betroffenen an die polnischen Sicherheitsorgane zu übergeben. Es fällt zudem auf, dass die Zahl der in die MfS-Untersuchungshaftanstalt Magdeburg-Neustadt eingelieferten polnischen Bürger 1972, als die Volkspolizei ihre im Vorjahr zunächst ausschließlich im Kreis Oschersleben erprobte Strategie der umfassenden Sicherung des Hinterlandes auf den gesamten Bezirk Magdeburg und sämtliche zur Grenze führenden Transportwege ausgedehnt hatte¹⁹, sprunghaft anstieg.

Insgesamt ist für Häftlinge aus Polen und auch den anderen Staaten des sozialistischen Lagers typisch, dass sie versucht hatten, über die grüne Grenze, oft auch versteckt in LKW oder Güterwaggons, in den Westen zu gelangen. Dabei hatten sie in der Regel bereits Grenzen innerhalb des sozialistischen Lagers, die wie zum Beispiel die polnische Westgrenze überwiegend ebenfalls stark gesichert waren²⁰, überwunden. Das trifft zum Beispiel auf einen 20-Jährigen aus Oradea in Rumänien zu, der im Mai 1974 beim Halt eines Güterzuges in Magdeburg gefunden und festgenommen wurde. Knapp vier Jahre später, im April 1978, fiel an der Grenzübergangsstelle Oebisfelde das Versteck eines 33jährigen Rumänen, ebenfalls aus Oradea stammend, auf. Auch er hatte versucht, in einem verplombten Güterzug in die Bundesrepublik zu gelangen. In beiden Fällen erfolgte nach etwa zweiwöchiger Untersuchungshaft in Magdeburg die Überführung nach Berlin-Hohenschönhausen. Später übergab das MfS die Beschuldigten an die rumänischen Sicherheitsorgane.

Die gleiche Verfahrensweise wie im Fall der beiden Rumänen finden wir bei Inhaftierten aus der ČSSR, wobei hier die Haftdauer in der Hälfte der Fälle einen Monat und in zwei Fällen auch zwei Monate überschritt. In allen Fällen führte der Weg über Berlin-Hohenschönhausen, von wo sie in die ČSSR überstellt wurden. Bei zwei bulgarischen LKW-Fahrern, in deren Fahrzeugen sich DDR-Bürger versteckt hatten, was jeweils vor dem Grenzübertritt in Marienborn auffiel, dauerte im Jahr 1985 die Inhaftierung nur einen Tag an. Hier hatte sich bestätigt, dass sie von den versteckten Flüchtlingen nichts wussten. Daher wurden sie entlassen.²¹

Eine Sonderrolle unter den vom MfS in Magdeburg inhaftierten Ausländern aus sozialistischen Staaten nehmen jene aus der Sowjetunion ein. Es sind sechs Inhaftierungen von sowjetischen Staatsbürgern verzeichnet, wobei es sich nur in zwei Fällen wirklich um Inhaftierungen handelt. Hier hatten Zivilangestellte der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD) versucht, in den Westen zu fliehen. In beiden Fällen wurden die Betroffenen nach wenigen Tagen an die „Freunde“ übergeben, die eingeleiteten Ermittlungsverfahren durch das MfS anschließend eingestellt. Bei den anderen vier Fällen kann lediglich ein vorübergehendes Festhalten der Beschuldigten bis zum Eintreffen bevollmächtigter sowjetischer Militärs festgestellt werden, denn schließlich durfte die Staatssicherheit offiziell keine sowjetischen Truppenangehörigen inhaftieren. Der erste Fall betraf im Februar 1985 die Festnahme zweier Sowjetsoldaten durch die Volkspolizei: Bei Wahrenberg in der Altmark waren die beiden nach einer eingeleiteten Fahndung aufgegriffen und durch den von Schutzpolizei unterstützten Abschnittsbevollmächtigten vorläufig festgenommen worden. Die für zuständig erachtete und verständigte Staatssicherheit konnte im konkreten Fall aber nur wenig tun. Noch am selben Tag erfolgte die Übergabe der Festgenommenen an die Einheit der GSSD. Im schönsten Bürokratendeutsch schloss das MfS den Vorgang: „Absehen von Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gem. § 96 StPO, Belehrung“. Der zweite Fall betrifft am 27. April 1986 die Festsetzung zweier sowjetischer Soldaten durch Angehörige der DDR-Grenztruppen. Auch hier war eine Fahndung eingeleitet und unter Einbeziehung von Kräften der Volkspolizei, der Staatssicherheit und der Grenztruppen durchgeführt worden. Die als flüchtig gemeldeten Soldaten, 20 und 22 Jahre alt, hatten sich aus einer Kaserne in Quarmbeck bei Quedlinburg, wo ein Panzerregiment, ein Aufklärungsbataillon sowie mit Raketen ausgestattete Einheiten der Luftabwehr stationiert waren, abgesetzt. Zu den Motiven der vorläufig Festgenom-

menen vermerkte das MfS in seiner Kartei: „Der sowjetische Soldat wollte aus Angst vor weiteren Schikanen seiner Vorgesetzten und aus Heimweh zurück in die UdSSR.“ Und: „S. verließ nach fortgesetzten Schikanen seiner Vorgesetzten zusammen mit einem Kameraden seine Einheit, sie stahlen ein Moped und Lebensmittel und versuchten, versteckt auf einem Güterzug in die UdSSR zu gelangen.“ In der Ortschaft Rhoden (nahe der innerdeutschen Grenze bei Osterwieck) wurden sie entdeckt“. Auch hier kam es noch am selben Tage zur Lösung der Angelegenheit, durch Übergabe der beiden an die „Freunde“. ²²

Dass bei Inhaftierungen von Menschen aus den sozialistischen „Bruderländern“ nur in den seltensten Fällen Aburteilungen durch DDR-Gerichte und stattdessen überwiegend Rückführungen in die Heimatländer folgten, insoweit hier Versuche zugrunde lagen, in den Westen zu flüchten, entspricht der analogen Verfahrensweise bei im sozialistischen Ausland gescheiterten Fluchten von DDR-Bürgern. ²³ Das deutlich differenziertere Agieren des MfS bei Inhaftierten aus westlichen Staaten hingegen scheint in dem Anspruch begründet zu sein, einerseits im Rahmen der deutsch-deutschen Systemkonfrontation Ausschleusungsversuche konsequent zu ahnden und somit die Souveränität der DDR zu betonen und andererseits angesichts des Kalten Krieges Auseinandersetzungen mit den Westalliierten zu vermeiden.

Wie die dargestellten Fallbeispiele aufzeigen sollen, stellen Inhaftierungen von Nicht-DDR-Bürgern in Untersuchungshaftanstalten des DDR-Staatssicherheitsdienstes ein Themenfeld dar, das näherer Betrachtung lohnt. Immerhin betrifft das allein in Magdeburg Hunderte Menschen – Menschen mit individuellen Geschichten überwiegend über die Suche nach der Lücke im Eisernen Vorhang, denen nachzugehen lohnt: natürlich ausführlicher und tiefschürfender, als das im Rahmen eines solchen Beitrages möglich ist.

Anmerkungen

- 1 Vortrag, gehalten auf dem Halle-Forum 2023 am 17. November 2023.
- 2 Vgl. Kaminsky, Anna (Hrsg.): Orte des Erinnerns. Gedenkzeichen, Gedenkstätten und Museen zur Diktatur in der SBZ und DDR, Bonn 2004, S. 8f., 382f.; Zündorf, Irmgard: Dingliche Ostalgie? Materielle Zeugnisse der DDR und ihre Präsentation, in: Ulbricht, Justus H. (Hrsg.): Schwierige Orte. – Regionale

- Erinnerung, Gedenkstätten, Museen, Halle 2013, S. 77 – 95, hier S. 85.
- 3 Vgl. den Beitrag von Niklas Poppe in diesem Band.
 - 4 Auch die sehr detaillierte Publikation von Katrin Passens lässt Inhaftierungen von Nicht-DDR-Bürgern außen vor. Vgl. Passens, Katrin: MfS-Untersuchungshaft. Funktionen und Entwicklung von 1971 bis 1989, Berlin 2012.
 - 5 Zahlenangaben nach Weinke, Annette / Hacke, Gerald: U-Haft am Elbhang. Die Untersuchungshaftanstalt der Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit in Dresden 1945 bis 1989/90, Dresden 2004, S. 83.
 - 6 Ebenda, S. 82.
 - 7 Vgl. Herz, Andrea unter Mitarbeit von Wolfgang Fiege: Die Erfurter Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit 1952 bis 1989, Erfurt 2006, S. 99.
 - 8 Vgl. ebenda, S. 98.
 - 9 Vgl. Spohr, Julia: In Haft bei der Staatssicherheit. Das Untersuchungsgefängnis Berlin-Hohenschönhausen 1951 – 1989, Göttingen 2015, S. 148 – 156.
 - 10 Vgl. Möbius, Sascha: „Grundsätzlich kann von jedem Beschuldigten ein Geständnis erlangt werden“. Die Untersuchungshaftanstalt Magdeburg-Neustadt von 1957 – 1970 (= Gedenkstätten und Gedenkstättenarbeit im Land Sachsen-Anhalt, H. 6), 2. Aufl. Magdeburg 2002, S. 123.
 - 11 Konkret handelte es sich mehrheitlich um italienische Strafgefangene sowie um Fremd- und Zwangsarbeiter, die Haftstrafen z.B. wegen Arbeitsvertragsbruchs, Eigentumsdelikten, verbotenen Umgangs mit Kriegsgefangenen oder Verstößen gegen diverse Polizeiverordnungen verbüßten oder sich deswegen im damals als Strafgefängnis Magdeburg-Neustadt bezeichneten Gebäudekomplex in Untersuchungshaft befanden. Vgl. LASA MD, Rep. C 144 Gefängnisse Magdeburg, B Nr. 295a, Gefangenenkartei; ebenda, A Nr. 8.
 - 12 Vgl. Sperk, Alexander / Bohse, Daniel: „Grundsätzlich kann von jedem Beschuldigten ein Geständnis erlangt werden.“ Die Untersuchungshaftanstalt Magdeburg-Neustadt 1945 – 1989. Leitfaden für die Dauerausstellung, Magdeburg 2012, S. 27; Bastian, Alexander: Repression, Haft und Geschlecht. Die Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit Magdeburg-Neustadt 1958 – 1989, Halle 2012, S. 299f., 312.
 - 13 Vgl. Bohse, Daniel: Bezirksbehörde der Volkspolizei Magdeburg 1952-1990, in: Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.): Vom Königlichen Polizeipräsidium zur Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei. Die Magdeburger Polizei im Gebäude Halberstädter Straße 2 zwischen 1913 und 1989, Halle 2010, S. 135 – 195, hier S. 185.
 - 14 Vgl. ebenda, S. 188.

- 15 Vgl. Bundesarchiv (BArch), MfS, BV Mgb., Abt. IX, Beschuldigtenkartei für die Jahre 1952 – 1989.
- 16 Vgl. Spohr, Julia: In Haft (wie Anm. 9), S. 63.
- 17 Stola, Dariusz: Das kommunistische Polen als Auswanderungsland, in: Zeithistorische Forschungen/ Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 2 (2005), H. 3, online: <https://zeithistorische-forschungen.de/3-2005/4720> [Stand vom 04.03.2024].
- 18 Vgl. hier und im Folgenden BArch, MfS, BV Mgb., Abt. IX, Beschuldigtenkartei für die Jahre 1952 – 1989 (wie Anm. 15).
- 19 Vgl. Bohse, Daniel: Bezirksbehörde (wie Anm. 13), S. 186f.
- 20 Hierzu vgl. Hytrek-Hryciuk, Joanna: Der Fall der deutsch-polnischen Grenze, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, Ausgabe Nr. 52/2024. Schwerpunkt: Flucht, S. 120-129, hier S. 122ff.
- 21 Vgl. BArch, MfS, BV Mgb., Abt. IX, Beschuldigtenkartei für die Jahre 1952 – 1989 (wie Anm. 15).
- 22 Ebenda.
- 23 Vgl. hierzu den Beitrag von Niklas Poppe in diesem Band.

Aus der Arbeit der Stiftung

Mein Urgroßvater war ein Täter – Franz Beckers Lebensweg in zwei diktatorischen Systemen

Lilli Hietschold

2019 führte das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung in Bielefeld eine Umfrage zur deutschen Erinnerungskultur durch. Dabei gab ein großer Teil der Befragten an, im Allgemeinen an der NS-Geschichte interessiert zu sein, jedoch weniger an der der eigenen Vorfahren. Die Hälfte der 1.000 Umfrageteilnehmenden ging außerdem davon aus, dass ihre Familienmitglieder weder Täter oder Mittäter noch Mitläufer gewesen sind.¹ Das sind in Bezug auf die Bedeutsamkeit der Erinnerungskultur in Deutschland erschreckende Zahlen.

Ich habe während meines Freiwilligen Sozialen Jahres in der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) Nachforschungen zu meinem Urgroßvater angestellt, um seine Vergangenheit im Nationalsozialismus und in der DDR zu hinterfragen und aufzuklären. Dieser Text ist zu einem großen Teil das Ergebnis dieser Recherchearbeit. Im folgenden Bericht wird versucht, Franz Beckers Vergangenheit aufzuarbeiten und seine Tätigkeiten transparent zu machen. Dabei verwendet die Autorin den Täterbegriff, welchen der Historiker Dieter Pohl wie folgt definiert: „Jede Person, die zwischen 1933 und 1945 im nationalsozialistischen Sinne tätig war, [kann] als Täter oder Täterin bezeichnet werden.“² Auch in der DDR gab es Täter, zu denen die Parteiführung und Mitglieder der SED sowie Stasi-Mitarbeitende (offizielle und inoffizielle) zählen können.³ Nach diesen Definitionen war Franz Becker ein Täter. Um nachzuerfolgen, wie es dazu kam, muss man im Jahr 1894 beginnen. In diesem Jahr wurde am 19. Januar in Berlin-Pankow Franz Albert Otto Becker geboren. Seine Mutter Anna Jakob besaß eine Schneiderei und sein Vater Karl Becker war zunächst Pferdebahnschaffner und später Fahrlehrer und -meister. Franz Becker wuchs in der Wilhelminischen Ära auf. Die Erziehung zu dieser Zeit war nationalistisch und militaristisch geprägt. In der Schule wurden Lobhymnen auf den Kaiser gesungen und alles zielte auf Zucht und Ordnung ab. Becker ging von 1901 bis 1909 in verschiedene schulische Einrichtungen in Berlin, in denen auch er nach den Werten der damaligen Zeit sozialisiert wurde. Mit 15 Jahren begann er seine Ausbildung an einer Gewerblichen Fortbildungsschule in

der Verwaltung. Ab 1911 wechselte er zur Ausbildung bei der Polizei in Berlin-Pankow und ging schließlich ab 1913 in die Fachschule für Verwaltungsbeamte der Staats-, Polizei- und Kommunal-Karriere.⁴ Ein Jahr später wurde er Bürohilfe bei der Schank-, Bau-, Gesundheits- und Veterinärpolizei. Mit dem Beginn des Ersten Weltkriegs zog man Becker als Wehrpflichtigen ein und so diente er vom 15. November 1914 bis Juni 1917 als Infanterist an der Front unter anderem in den Masuren, in Flandern und Alois.⁵ Aufgrund einer Verletzung durch eine Artilleriegranate endete sein Fronteinsatz, er durchlief verschiedene Lazarette.⁶ Auf die Niederlage Deutschlands und den Zusammenbruch des Deutschen Kaiserreichs folgte die Entstehung der Weimarer Republik. Die neue Regierungsform war eine parlamentarische Demokratie, in der sich Becker nach seiner Kindheit und Jugend in einer Monarchie nun zurechtfinden musste. Im Anschluss an seinen Dienst beim Militär konnte er seine Stellung als Bürohilfe bei der Polizei in Lichtenrade wieder aufnehmen.⁷ Im Laufe der nächsten Jahre wurde Franz Becker mehrmals befördert, zuerst zum Polizeiassistenten und 1921 zum Polizeisekretär.⁸ Er stieg also schnell auf. Im Jahr 1922 bekam er mit seiner Frau Margarethe Becker sein erstes Kind, Ulrich Becker. In der Familie erzählte man sich später, dass Ulrich eine Behinderung hatte und sich Franz Becker vermutlich deswegen von seiner Frau scheiden ließ – einen schriftlichen Beleg gibt es für diese Geschichte jedoch nicht. Einige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg schrieb Franz in einem seiner Lebensläufe, dass sein Sohn vermisst werde und seine Ehefrau wohl 1938 gestorben sei. Zumindest Letzteres kann jedoch nicht stimmen: In einem Bericht von 1946 macht Margarethe Becker noch eine Aussage gegen Franz.

Fünf Jahre nach der Geburt seines Sohnes wurde Becker zum Polizeiobersekretär befördert und war von nun an im Innendienst, Dezernat 5, tätig.⁹ Das Dezernat 5 war laut *Geschäftsverteilungsplan der Staatspolizeistelle für den Landespolizeibezirk Berlin (gültig ab 20. Juni 1934)* unter anderem zuständig für Ein- und Ausbürgerung, Aberkennung der Staatsangehörigkeit und Mitwirken bei Namensänderungen. Ob dieses Dezernat 1927 bereits mit denselben Aufgaben betraut war, ist nicht sicher, jedoch könnte ihm besonders das Mitwirken bei Namensänderungen in seinem Lebensweg weitergeholfen haben. Dieses Thema wird im späteren Textverlauf genauer betrachtet.

Am 30. Januar 1933 wurde Hitler zum Reichskanzler ernannt. Die Nationalsozialisten übernahmen die Macht in Deutschland und entließen alle Mitglieder demokratischer



Parteien aus dem Polizeidienst. Franz Becker behielt seine Stellung, da er zu dieser Zeit in keiner Partei Mitglied war. Die Geheime Staatspolizei (Gestapo) bildete sich aus der preußischen Geheimpolizei und den entsprechenden Bereichen der Polizei der Länder, also auch Berlin, heraus. So war ab dem 1. Oktober 1933 auch Becker Teil der Gestapo Berlin. Diese hatte die Aufgabe, jegliche Gegnerinnen und Gegner des Regimes zu bekämpfen und auszuschalten. Damit war jeder aktiv Mitarbeitende der Geheimen Staatspolizei zumindest formal ein Mittäter, da dieser die Ideen des Nationalsozialismus unterstützt und umgesetzt hat. Folglich war auch Becker aufgrund seiner Stellung in der Verwaltung ein Täter. Anfang Oktober 1933 wurde er außerdem Mitglied im Deutschen Luftsportverband (DLV), welcher inoffiziell zum Aufbau einer Luftwaffe diente und 1934 in das neu gegründete Nationalsozialistische Fliegerkorps (NSFK) überführt wurde. Dort arbeitete Becker ehrenamtlich als Hauptstützpunktleiter für die gesamte Polizei in Berlin, trug demnach ebenfalls wieder Verantwortung und hatte eine gewisse Stellung.¹⁰

Becker war anscheinend von Anfang an beliebt. Bereits in der Schule hatte er gute Noten und im Polizeidienst wurde er schnell befördert. In einem kurzen Artikel im Steglitzer Anzeiger Nr. 275 vom 1. Dezember 1923 stand beispielsweise: „Franz Becker ist [...] zur Obersekretärlaufbahn zugelassen [...]. Damit verliert Steglitz abermals einen bewährten Beamten, der sich allgemeiner Beliebtheit erfreute.“¹¹ Auch 1936 spiegelte sich dies in seinem Lebenslauf wider, als er am 1. April zum Polizeiinspektor ernannt wurde.¹² Folglich sprach man ihm also Führungspotenzial und Vertrauen zu, was immer wieder Anklang fand. Auch in seiner Beurteilung durch einen SS-Sturmführer vom 9. Oktober 1936 wird sein Charakter bei Verhalten im und außer Dienst, das kameradschaftliche Verhalten und die geistige Regsamkeit auf sehr gut und sehr rege geschätzt. Seine politische Einstellung sei zudem „einwandfrei“ und seine Dienstbeteiligung „besonders eifrig“.¹³ Vermutlich war dies unter anderem auf seine ehrenamtlichen Tätigkeiten und großen Aufstieg bei der Gestapo zurückzuführen. Am 10. Oktober desselben Jahres heiratete Franz seine Verlobte Herta Else Baude, die nachweislich von 1922 bis 1929 Buchhalterin und Stenotypistin in verschiedenen Betrieben war. Zu diesem Zeitpunkt musste er also schon von seiner ersten Ehefrau geschieden gewesen sein. Als am 1. Mai 1937 die Aufnahmesperre von Neumitgliedern in die NSDAP gelockert wurde, gehörte auch Becker zum Kreis der summarisch unter diesem Datum in die Partei aufgenommenen Antragsteller.¹⁴ Seine Mitglieds-

nummer war die Nummer 5.387.332. Ob er dies aus Überzeugung tat oder weil er sonst seine Stellung verloren hätte, kann man nicht sagen. Betrachtet man seinen Lebenslauf, könnte beides zutreffen. Eine gewisse Grundüberzeugung gegenüber dem Nationalsozialismus hatte er sicherlich verinnerlicht, sonst hätte er sich zum Beispiel nicht ehrenamtlich bei dem DLV gemeldet. Auch in verschiedenen Beurteilungen wurde immer wieder sein „gefestigtes Weltbild“ und sein Engagement in den nationalsozialistischen Institutionen benannt. Es hat außerdem den Anschein, als hätte er unter allen Umständen versucht, sich Macht und Einfluss zu sichern. Bereits in seiner Rolle als Polizeinspektor bekam er Aufgaben, die wie folgt formuliert wurden: „[Becker] bekommt seit der Umstellung des DLV zum NSFK von den Dienststellen der Polizei besonders ins Auge springende Vorfälle politischer und strafrechtlicher Art, die sich gegen NSFK-Männer richten. [Er] wäre bereit, das Amt eines Verbindungsmannes der Gruppe zur Polizeibehörde und Geh. Staatspolizei nach Art der Verbindungsführer der SA, SS und des NSKK zu übernehmen.“¹⁵ Das zeigt, dass Becker durchaus auch Kollegen bei dem NSFK ausspioniert und denunziert haben könnte. Inwieweit er sonst bei der Gestapo Berlin tätig war, ist unklar. Am 23. September 1938 versetzte man Franz Becker zur neu zu schaffenden Gestapoleitstelle Karlsbad (Sudetenland, heute Tschechien).¹⁶ Nur sechs Tage später wurde bei einer Konferenz in München zwischen Deutschland, Großbritannien, Italien und Frankreich das Münchner Abkommen geschlossen: Die Staats- und Regierungschefs Frankreichs und Großbritanniens wollten einen Krieg vermeiden, weshalb sie sich auf die „Abtretung des sudetendeutschen Gebiets“ (Gebiet der damaligen Tschechoslowakei an den Grenzen zum Deutschen Reich und zu Österreich) an das Deutsche Reich einigten. So besetzten schon am 1. Oktober 1938 deutsche Truppen das Sudetenland.¹⁷ Aufgrund von Beckers Versetzung ist anzunehmen, dass den Nationalsozialisten offenbar bereits vor dem Münchner Abkommen bewusst war, wie die Entscheidung der anderen Großmächte ausfallen würde. Im November 1938 wurde Franz dann beim NSFK vom Oberscharführer zum Truppführer befördert. Die Begründung für diese schnelle Beförderung lautete: „NSFK-Oberscharführer Becker hat sich durch ganz besondere Leistungen ausgezeichnet.“¹⁸ Gezeichnet wurde das Dokument vom Führer des NSFK-Sturmes 4/26. Inwiefern Becker in diesem Sturm mitwirken konnte, ist der Autorin unklar, da er sich zu diesem Zeitpunkt bereits in Karlsbad aufgehalten hat und nicht mehr in Berlin, wo der Fliegersturm 4 eigentlich im Einsatz war.



Am 19. Dezember 1938 wurde Becker Mitglied der Schutzstaffel (SS). Seine Mitgliedsnummer war die Nummer 353.584.¹⁹ Es ist anzunehmen, dass Franz Becker Teil der Allgemeinen SS und nicht der Waffen-SS war, da er nach 1938 keine militärische Ausbildung erhielt und dies für die Aufnahme in dieser entscheidend war.

In den Jahren 1939 und 1940 erreichte er mit der Ernennung zum Polizeioberinspektor (POI) wohl den Höhepunkt seiner Karriere im Nationalsozialismus.²⁰ Damit wurde ihm eine Führungsposition bei der Gestapo in Karlsbad übertragen, die mit einem Zuwachs an Verantwortung einherging. Diese geht nicht zwangsläufig mit einer größeren Schuld Beckers an NS-Verbrechen einher; ein Zusammenhang ist jedoch anzunehmen. Er durfte Entscheidungen treffen, untergeordnete Ränge befehligen und anleiten und erfuhr höchstwahrscheinlich Vorteile, die anderen nicht zukamen. Am 1. Dezember 1939 begann laut Akten sein Dienst beim Sicherheitsdienst des Reichsführers SS (SD)²¹, welcher als Geheimdienst der SS zur Ermittlung von Gegnerinnen und Gegner des NS-Regimes zuständig war. Ab 1939 unterstand dieser dem Reichssicherheitshauptamt. Fünf Monate später, im Mai 1940, wurde Franz Becker bei der SS zum Obersturmführer befördert „unter gleichzeitiger Zuteilung zum Reichssicherheitsdienst“.²² Der Reichssicherheitsdienst war zuständig für den Personenschutz Hitlers und anderer hochrangiger Persönlichkeiten.

Im Juni bekam Herta Becker ihr erstes Kind von Franz, Regina Sieglinde Christiane Becker. Kurz darauf, im September, wurde Franz Becker auf Runderlass des Reichssicherheitshauptamtes „aus dienstlichen Gründen“ zur Stapoleitstelle Karlsruhe versetzt.²³ Was genau die „dienstlichen Gründe“ waren, ist nicht bekannt. Er verließ seine Familie und arbeitete dort für kurze Zeit. In Karlsruhe war er dann unter anderem als Verwaltungsführer im Stab der Einsatzgruppe III der Sicherheitspolizei (SiPo) und des SD tätig.²⁴ Diese Einsatzgruppen steuerten maßgeblich die Verfolgungs- und Vernichtungspolitik des Regimes. Speziell Einsatzgruppe III war ab 1940 für das Elsass und dessen „Germanisierung“ zuständig. Es ist anzunehmen, dass Becker aus diesem Grund an die Westfront geschickt wurde und bei der Besetzung Frankreichs mitwirkte, wenn auch nur in der Verwaltung.

Im Mai 1941 verlor er bei einem Disziplinarverfahren seinen Rang als SS-Obersturmführer, da er „Reichsmittel zur Einrichtung eines Kantinenfonds“ und eine Dokumentensammlung entwendet und die Preise von „Angehörigen des Einsatzstabes bestimmten Waren“ ungerechtfertigt erhöht haben soll.²⁵ Damit wurde er am 26. des

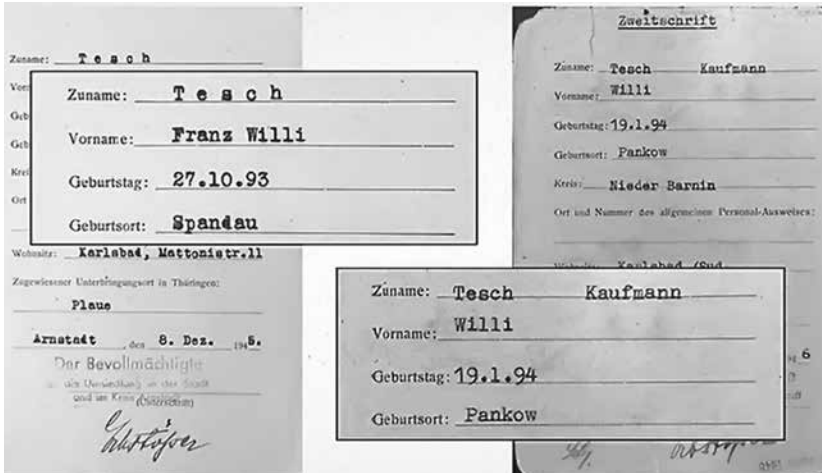
Monats zum einfachen SS-Mann degradiert. In dem Schreiben des Reichsführers SS, Hauptamt SS-Gericht an Becker heißt es: „Von der an sich verwirkten strafweisen Entfernung aus der Schutzstaffel wurde nur in Anbetracht ihrer bisherigen guten Führung und Dienstleistung abgesehen.“²⁶ Das zeigt abermals sein hohes Ansehen und seine Arbeitsbereitschaft. Vor dem SS-Gericht leugnete der als „anständig“ bewertete Becker die Tat.²⁷ Zu diesem Zeitpunkt war er laut Bericht bereits wieder bei der Stapoleitstelle Berlin tätig. Jedoch blieb er auch dort nur für einige Monate, denn im September 1941 wurde er nach Graz abgeordnet.²⁸ Was genau dort seine Aufgaben waren, ist aus den Unterlagen nicht ersichtlich. Im August 1942 hatte er einer Abordnung nach Düsseldorf zu folgen.²⁹ Von dort aus besuchte er, so seine Tagebuchaufzeichnungen, mehrmals seine Familie in Karlsbad. Weihnachten 1942 bekam seine Frau ihr zweites Kind, Dorothea Leonore Monika Becker. Die beiden Kinder wuchsen ohne ihren Vater in Karlsbad auf. Dieser war ab dem 6. März 1943 in Magdeburg bei der Gestapo.³⁰ Etwa zu diesem Zeitpunkt wird die Geschichte von Becker undurchsichtig. In seinem Tagebuch schreibt er, dass er in Magdeburg einen Antrag auf Zurückversetzung nach Berlin und im gleichen Zuge einen Antrag auf Namensänderung gestellt habe. Er begründete dies mit seiner bereits über mehrere Tagebuchseiten ausgeführten Unbeliebtheit bei seinen Kollegen und dem SD, da er sich gegen eine Aufnahme bei der SS entschieden habe – wobei er nachweislich seit 1938 SS-Mann gewesen ist. „Gleichzeitig stellte ich einen Antrag auf Namensänderung, denn ich wollte aus diesem Teufelskreis endlich heraus, weil mir klar wurde, daß man mir bei bester Gelegenheit irgendetwas ans Bein heften würde. Im Amt erregte mein Antrag einiges Aufsehen und ich wurde von Hinz und Kunz nach meinen Gründen gefragt, doch ich durfte diese ja nicht preisgeben“, schrieb er weiter.³¹ Becker wurde danach nicht nach Berlin, sondern zurück nach Düsseldorf zur Gestapo geschickt. Im November 1944 soll seine Namensänderung von Berlin aus bestätigt worden sein, falls es diesen Antrag überhaupt gegeben hat.³² Dies ist jedoch zweifelhaft, denn in der Geburtsurkunde Beckers ist diese Änderung des Namens nicht verzeichnet. Ab dem Zeitpunkt lebte Franz Becker als Franz-Willi Tesch, und nahm so teilweise die Identität des Mannes der Schwester von Herta Becker (Willi Tesch) an. Dieser war ab Anfang 1945 im Volkssturm an der Ostfront. Vermutlich dachte Becker, dass Tesch dort sterben würde, was sich auch im Mai 1945 so ereignete.³³ Am 5. Januar 1945 wurde Franz Becker in Wuppertal eine Kennkarte auf den Namen Franz Willi Fesch ausgestellt, was wahrscheinlich ein





Franz Becker, ca. 1946.

Kommunikationsproblem gewesen ist, denn unterschrieben hat er diese mit „Tesch“.³⁴ Außerdem wurde angegeben, dass er Kaufmann von Beruf sei. Fünf Tage später wurde Becker dann unter seinem neuen Namen wegen „Aufforderung von Militärpersonen zum militärischen Ungehorsam“ von der Düsseldorfer Polizei festgenommen.³⁵ Er schreibt in einer seiner Kurzbiografien, er habe Soldaten in der Stadt etwas wie „Mit solchen Truppen wollen wir den Krieg gewinnen? Schmeißt die Knarre gleich in den Dreck und macht, daß ihr nach Hause kommt!“ zugerufen. Daraufhin saß er bis zum 15. April in „Schutzhaft“ im Polizeigefängnis Wuppertal.³⁶ Am 16. April kamen US-amerikanische Truppen und befreiten die Stadt. Seine Entlassung beschrieb Becker selbst so: „Als die Besetzung bevorstand, entließ ein Gefängnis-Oberwachtmeister alle politischen Gefangenen, so auch mich am 15.4.1945. Wir mußten ihm ein Revers unterschreiben, daß er uns anständig behandelt und nicht geschlagen hat. Am nächsten Morgen wurde Wuppertal besetzt.“³⁷ Dass sich dies genauso ereignet hat, ist nicht nachweisbar. Sein Gefängnisaufenthalt lässt sich mit dem Entlassungsschreiben der Gestapo Wuppertal belegen. Auf diesem wird er bereits mit dem neuen Namen Franz-Willi Tesch aufgeführt. Womöglich war die „Schutzhaft“ für seine Namensände-



Links: Ostausweis, ausgestellt im Dezember 1945; rechts: Ostausweis, Zweitschrift, ausgestellt im Januar 1946.

rung von Vorteil, da er im Gefängnis vermutlich nur seine neu ausgestellte Kennkarte dabei hatte und somit der Name in die Akten „eingeführt“ wurde.

Nach seiner Entlassung begann er, nach seiner Familie zu suchen, die sich noch bis Eintreffen der sowjetischen Truppen in Karlsbad befand und dann floh.

Nach Kriegsende wurde Deutschland aufgeteilt: Familie Becker lebte nun in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ). Im Juli traf Franz Becker seine Frau und Kinder in Klingenthal in Sachsen wieder. Dort wohnten sie zwei Monate. Im Oktober 1945 trat er laut eigenen Aussagen in die Christliche Demokratische Union Deutschlands (CDU) ein und gab sich als vollends demokratischer, christlicher Bürger aus, was genau das Gegenteil von dem darstellte, was er noch einige Monate davor verkörpert hatte. Am 8. Dezember 1945 zog die Familie nach Plau, ein Dorf in Thüringen, wo Franz Becker in den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) eintrat.³⁸ An diesem Tag wurde außerdem der Ostausweis für Franz-Willi Tesch, geboren am 27.10.1893 in Spandau, ausgestellt. Das waren die Daten von Willi Tesch, dem Mann der Schwester von Beckers Frau, mit seinem eigenen Vornamen kombiniert. Man erkennt an dem Zustand des gut erhaltenen Ausweises, dass Becker ihn wohl nicht oft benutzt haben wird.



Ein weiterer Grund dafür ist womöglich die Zweitschrift des Ostausweises, welche im Januar 1946 ausgestellt wurde. Darauf findet man die Daten: Willi Tesch, Kaufmann, geboren am 19.01.1894 in Pankow.³⁹ Er „behält“ also seinen Geburtsort und -tag. Dieses Dokument sieht abgenutzt aus, was darauf schließen lässt, dass Becker sich damit die nächsten Jahre auswies.

Im Mai 1946 stellte man ihn in Plaue in der Eisengießerei Max Becher als Bürokraft ein.⁴⁰ Einen Monat später erkrankte seine Frau, Herta Becker. Die nächsten Wochen bis zu ihrem Tod im Juli 1946 verbrachte sie im Krankenhaus in Arnstadt. In ihrer Sterbeurkunde wurde Franz Becker als vermisst eingetragen.⁴¹ Daraufhin wollte er seine Kinder adoptieren, die aufgrund der Namensänderung nicht mehr offiziell seine waren. Elsa Tesch, seine Schwägerin, wollte auf Wunsch ihrer Schwester jedoch Regina und Dorothea zu sich nehmen und beantragte die Vormundschaft in Berlin.⁴² Das verstimmte Franz Becker, da sich nun das Jugendamt und das Vormundschaftsgericht Berlin, sowie der Bürgermeister von Plaue, das Kreisjugendamt und der Vormundschaftsrichter in Arnstadt mit der Angelegenheit beschäftigten und somit möglicherweise Fragen stellen würden bezüglich seiner Identität. Jedoch gewann Becker den Streit, behielt die Kinder und war fortan als ihr Vormund angegeben. Dies lässt sich beispielsweise an einem Zeugnis von Regina nachweisen. 1947 zog die Familie nach Nordhausen um, eventuell auch um eine weitere Konfrontation mit Elsa Tesch zu umgehen.

Im April 1947 begann Franz-Willi Tesch in Nordhausen als Werkzeugmeister in der Plattenbaufabrik Pekalith zu arbeiten, in der er einige Jahre später die Stellung als Betriebsleiter bekam.⁴³ Die Stadt im Südharz war am Ende des Krieges durch britische Luftangriffe zu 75 Prozent zerstört worden.⁴⁴ Die Bevölkerung machte sich an den Wiederaufbau. Becker integrierte sich schnell und verschaffte sich Beliebtheit durch sein Engagement. In dem Artikel „Als die Stadt in Schutt und Asche lag“ aus dem Thüringer Tageblatt von 1979 heißt es: „In Franz-Willi Tesch begegnen wir einem Menschen, der die furchtbaren Leiden der imperialistischen Weltkriege am eigenen Leibe erlebt hat und der sich von Anfang an dem faschistischen Ungeist konsequent widersetzte.“⁴⁵ Er wurde also nicht nur niemals als NS-Täter enttarnt, sondern auch noch für seinen angeblichen Widerstand gelobt. Franz betätigte sich beim Wiederaufbau von Nordhausen, wo er bis zu seinem Lebensende wohnte.⁴⁶

Am 9. Oktober 1949 entstand aus der Sowjetischen Besatzungszone die Deutsche Demokratische Republik (DDR) unter der Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Das diktatorische System wurde ab 1950 vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS, ugs. Stasi), welches den Nachrichtendienst und die Geheimpolizei der DDR in sich vereinte, gestützt. Das MfS hatte die Funktion, die Bevölkerung zu überwachen und dadurch politische Gegnerinnen und Gegner ausfindig zu machen und auszuschalten. Es ist anzunehmen, dass Becker in den ersten Jahren als Inoffizieller Mitarbeiter (IM) angeworben wurde und durch „eine Menge Verbindungen und Bekannte in Nordhausen und zu höheren Stelle[n] in Berlin“⁴⁷ viele Menschen durch seine Berichte belastete. In einer Beurteilung der Staatssicherheit vom 6. August 1953 wird sein Engagement als IM geschildert: „Er hat die Wichtigkeit unserer Zusammenarbeit erkannt und berichtet mir alle ihm bekannt werdenden Dinge, die den Charakter einer feindlichen Handlung haben“⁴⁸. In den Unterlagen der Stasi wird von ihm als „Herz“ und später dann als „Herbst“ berichtet. Becker erarbeitete sich auch in Nordhausen Vertrauen und Beliebtheit und wurde 1952 Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Kreises Nordhausen für Landwirtschaft. Dadurch beteiligte er sich an Verwaltungsreformen und der zwangsweisen Bildung der ersten landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft in Nordhausen.

Im Frühjahr 1950 machte Franz-Willi Tesch mit einigen französischen Widerstandskämpferinnen und -kämpfern und vermutlich mit einigen Mitgliedern der CDU Nordhausen einen Besuch an der ehemaligen Boelcke-Kaserne. Die Boelcke-Kaserne war im Nationalsozialismus zuerst Zwangsarbeiterlager und Ende des Krieges ein Außenlager des KZ Mittelbau. Dort starben über 3000 Menschen.⁴⁹ Dass Franz Becker aufgrund seiner Stellung bei der SS und der Gestapo selbst an der Verfolgung und Vernichtung von politischen Gegnerinnen und Gegner beteiligt war, hielt ihn nicht davon ab, mit ehemaligen Verfolgten einen Erinnerungsort zu besuchen und sich als demokratischer, christlicher Bürger auszugeben.

Am 17. Juni 1953 kam es in der gesamten DDR zu einem Volksaufstand.⁵⁰ Viele Arbeiterinnen und Arbeiter streikten und gingen zu Demonstrationen. Sie forderten unter anderem freie Wahlen, den Rücktritt der Regierung und die Freilassung aller politischen Gefangenen.⁵¹ Tesch soll in Bezug auf diesen Aufstand viele Beteiligte denunziert haben, denn auch in der Kreisstadt Nordhausen wurde gestreikt.⁵² Laut Staatssicherheit





Aufschrift auf der Rückseite des Fotos: „Französische Widerstandskämpfer an der Boelcke-Kaserne im Frühjahr 1950“.

wurde er deshalb einer der „Systemtreuen“, die in deren Auftrag auch Reisen nach Berlin oder Bonn unternahmen, um Informationen über verschiedene Menschen zu erhalten.⁵³ Er bewies damit sozusagen seine Loyalität gegenüber dem MfS. Im Jahr 1956 wählte man Franz-Willi Tesch zum Vorsitzenden des Kreisverbandes der CDU Nordhausen, wodurch er eine höhere Bedeutung für die Stasi erlangte. Er übernahm ab diesem Zeitpunkt nur noch „wichtige“ Aufgaben, also Arbeit während der Kreis- und Bezirkskonferenzen der CDU, Besuch des evangelischen Kirchentags im Westen Deutschlands und das Pflegen der Kontakte zu Pfarrern.⁵⁴ Im Dezember 1956 beispielsweise bespitzelte er Teilnehmende des Evangelischen Kirchentags in Frankfurt am Main, bei dem 117 Personen aus dem Kreis Nordhausen seine Zielpersonen waren.⁵⁵ Wen Becker dort bespitzeln sollte, ist unklar. Die Autorin hat vom Stasi-Unterlagen-Archiv keine Einsicht auf seine Akten bekommen, da das Verwandtschaftsverhältnis durch die Namensänderung nicht nachweisbar ist. Folglich lässt sich abermals annehmen, dass Beckers NS-Vergangenheit nie in Verbindung mit seinem neuen Namen gebracht wurde.

In den Jahren im Kreistag Nordhausen als CDU-Mitglied (1950–1970) wurden Franz-Willi Tesch viele Auszeichnungen und Urkunden für seinen angeblich „kameradschaftlichen“, demokratischen Charakter verliehen.⁵⁶ Er schien beliebt zu sein und erhielt zu jedem Geburtstag mehrere Karten mit Glückwünschen von „Unionsfreunden“ und anderen Politikern, die er über die Jahre in Ordnern aufbewahrte. 1958 wurde er geschäftsführender Vorsitzender der CDU. Laut Berichten der Staatssicherheit soll Becker im Laufe des Jahres immer wieder durch Alkoholexzesse negativ aufgefallen sein, weshalb die Zusammenarbeit 1959 beendet wurde.⁵⁷ Anscheinend habe er im Rausch gesagt, dass er Inoffizieller Mitarbeiter bei der Staatssicherheit sei, wodurch er fortan keinen guten Informanten mehr darstellte. Fragwürdig an dieser Situation ist, dass Becker – laut späteren Aussagen von Regina und deren Sohn – nie Alkohol getrunken haben soll. Außerdem wurde in einem Bericht des Stasi-Unterlagenarchivs Erfurt geschrieben: „Nicht ohne Schadenfreude berichtete die Stasi in ihrer Abschlussbeurteilung aus dem Jahre 1959, dass der GI wegen Beleidigungen im alkoholisierten Zustand auf einer Festveranstaltung von dem Bezirksvorstand der CDU fristlos entlassen sowie aus der Partei ausgeschlossen worden sei.“⁵⁸ Dadurch verlor er vermutlich Macht und Ansehen, jedoch blieb er entgegen der Aussage der Stasi noch bis 1970 Mitglied des Kreistags.⁵⁹ In einer Notiz aus diesem Zeitraum wirkte er durcheinander und hilflos: „Ihr beide sitzt stets zusammen. Schlussfolgerung. Das wird von euch gelenkt. Weshalb wurde ich ausgeschlossen? Gehöre ich nicht mehr zu Euch? Auszeichnung § 6 4.“⁶⁰ Auf der Rückseite und anderen beigelegten Blättern notierte er Daten über einen Kollegen bei der CDU und über seine eigenen Reisen nach Westdeutschland. Die Notizen zeigen, dass er unter anderem auch Parteikollegen bespitzelt hat. Etwa zehn Jahre später erkrankte er schwer und wurde in das Krankenhaus in Ilfeld eingeliefert, wo er am 17. Juli 1980 verstarb.⁶¹ Kurz vor seinem Tod gestaltete er noch seine eigenen Trauerkarten und Anzeigen für die Zeitung, in denen er betonte, welch guter Vater und engagiertes Parteimitglied er war. Nachdem er gestorben war, erhielten Regina und Dorothea viele Beileidsbekundungen von CDU-Mitgliedern und lokaler Prominenz.

Auch Jahre nach seinem Tod geriet er nicht in Vergessenheit. Regina fand in der Wohnung ihres Vaters viele Dokumente und Unterlagen, die ihr seine wahre Identität verrieten. Sie fing an, Nachforschungen anzustellen, Archive nach Informationen zu befragen und Anträge auf Akteneinsicht zu stellen. Sie erhielt Antwort vom Bundesarchiv,



wodurch sie erfuhr, wie weit die Treue ihres Vaters zum nationalsozialistischen System reichte. Trotzdem fand auch sie nicht heraus, dass er bei der Stasi arbeitete, da sie bei Frage auf Akteneinsicht bei dem Stasi-Unterlagen-Archiv nur eine zum Großteil geschwärzte Seite über seine Charakteristik bekam. 2022 wurden die privaten Unterlagen von Lilli Hietschold erneut hervorgeholt und die Hintergründe weiterrecherchiert. Alles in Allem kann man sagen, dass Franz Albert Otto Becker alias Franz Willi-Tesch durch seine Tätigkeiten in den zwei unterschiedlichen diktatorischen Systemen – Nationalsozialismus und DDR – gut überlebt hat. Die anfangs gestellte These, er sei ein Täter gewesen, lässt sich dadurch mehrfach bestätigen. Franz Becker war Polizeioberinspektor bei der Gestapo und Obersturmführer bei der SS. Er hatte eine gewisse Macht und nutzte diese. Er unterstützte und förderte das NS-Regime und die Verfolgung und Vernichtung von politischen Gegnerinnen und Gegnern und von sogenannten Unerwünschten. Das macht ihn unbestreitbar zu einem Täter.

Es ist außerdem anzunehmen, dass er als Polizeioberinspektor bei der Gestapo nicht ausschließlich Verwaltungsarbeit, sondern auch in Außeneinsätze bzw. Aktionen u.a. gegen politische Gegner involviert war. Unabhängig davon hätte er 1945 wohl kaum eine neue Identität aufgenommen, wäre er kein Täter gewesen. Damit erklärte er sich selbst für schuldig. Interessant ist, dass seine Biografie eine Art Doppelseitigkeit aufweist, da er sich nach Ende des Krieges die Identität eines antifaschistischen Bürgers aufbaute. Er stellte sich gegen all seine vorherigen politischen Überzeugungen, um im neuen System überleben zu können. Das machte er so überzeugend, dass er abermals in Führungspositionen gelangte und man ihm viele Auszeichnungen zuerkannte. Zwar waren in der DDR ehemalige NS-Täter in Diensten für die Staatssicherheit nicht unüblich, da man sie mit ihrer Vergangenheit erpressen konnte, bei Becker bzw. Tesch war das aber anders, da das MfS vermutlich gar nichts über seine Rolle in der NS-Zeit wusste. Als Inoffizieller Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes, der Personen bespitzelte und auch denunzierte, erfüllte er dann circa ab 1950 auch das Profil von Tätern in der DDR.

Franz Albert Otto Becker alias Franz-Willi Tesch war also nachweislich ein Täter, sowohl im Nationalsozialismus als auch in der DDR. Er wurde nie zur Rechenschaft gezogen und so bleiben seine Handlungen bis heute ohne Konsequenzen. Dieser Artikel soll dies ändern. Zwar ist er nicht mehr am Leben, doch wenigstens ist jetzt bekannt, wer er war und es wird nicht mehr über seine Vergangenheit geschwiegen. Viele Menschen

wollen nichts wissen über Täter in der Familie, jedoch ist es wichtig, über diesen Aspekt zu reden und darüber Bescheid zu wissen, damit Erinnerungskultur mit Leben gefüllt wird. Darum sollte jeder Mensch auch selbst einmal in seiner Familiengeschichte forschen und für Aufklärung sorgen. Damit das Schweigen aufhört.

Anmerkungen

- 1 War Opa ein Nazi? Archive helfen bei Recherche (2019), Deutschlandfunk Nova, online unter <https://www.deutschlandfunknova.de/beitrag/familiengeschichte-und-ns-zeit-name-und-geburtsdatum-reichen-aus> [Stand vom 03.08.2023].
- 2 Aussage Dieter Pohls auf der Tagung „Facing Police and Holocaust“, Münster, 29. – 31.10.2019, online unter <https://www.bpb.de/mediathek/video/305393/sichtweisen-auf-taeter-und-opfer-im-ns-vernichtungskrieg/> [Stand vom 03.08.2023].
- 3 Gieseke, Jens: Wer war „Täter?“, online unter <https://www.bpb.de/themen/deutsche-teilung/stasi/219122/wer-war-taeter/> [Stand 03.08.2023].
- 4 Nachlass Franz Becker, Lebenslauf und Zeugnisse.
- 5 Bundesarchiv (BArch), SS-Personalakte von Franz Becker.
- 6 Ebenda, Rasse- und Siedlungsfragebogen Franz Becker.
- 7 Nachlass Franz Becker, Dienstleistungszeugnis von 1919.
- 8 Ebenda, Mitteilung zur Anstellung als Polizeiasistent 1920, Mitteilung zur Beförderung zum Polizeisekretär 1921.
- 9 Ebenda, Ernennung zum Polizeiobersekretär 1927.
- 10 Landesarchiv Berlin, NSFK-Akte Franz Becker.
- 11 Steglitzer Anzeiger Nr. 275 vom 1. Dezember 1923.
- 12 Nachlass Franz Becker, Lebenslauf.
- 13 BArch, Personal-Bericht, Beurteilung des Charakters.
- 14 BArch, 31XX (ehem. BDC), NSDAP-Gaukartei.
- 15 Ebenda, SSO (ehem. BDC), SS-Offiziersakte Franz Becker, Lebenslauf, 1939.
- 16 Nachlass Franz Becker, Bericht eines Anrufs, Beschreibung Aufgaben bei der Gestapo, 1937.
- 17 Prinz, Claudia: Die Besetzung des Sudetengebietes 1938 (Lemo), online unter <https://rb.gy/uokpn> [Stand vom 07.08.2023].
- 18 Landesarchiv Berlin, Beförderungsvorschlag zum NSFK-Truppführer, 14.10.1938.



- 19 BArch, SSO (ehem. BDC), SS-Personalakte Franz Becker.
- 20 Ebenda, Lebenslauf 1939.
- 21 Ebenda, Beförderungsvorschlag zum Oberscharführer 1940.
- 22 Ebenda, Meldung zur Beförderung zum Oberscharführer 1940.
- 23 Ebenda, Meldung zur Versetzung nach Karlsruhe 1940.
- 24 Recherche Bundesarchiv Ludwigsburg 2010.
- 25 BArch, SSO (ehem. BDC), SS-Personalakte Franz Becker, Degradierung zum SS-Mann, 06.06.1941.
- 26 Ebenda, Schreiben des Reichsführers SS, Hauptamt SS-Gericht, 26.5.1941.
- 27 Ebenda.
- 28 Ebenda, Personalmitteilung, Abordnung nach Graz, 1941
- 29 Ebenda, Personalmitteilung, Abordnung nach Düsseldorf, 1942
- 30 Recherche Bundesarchiv Ludwigsburg, 2010.
- 31 Nachlass Franz Becker, Tagebucheinträge.
- 32 Ebenda.
- 33 Sterbeurkunde Wilhelm (Willi) Tesch.
- 34 Nachlass Franz Becker, Kennkarte, 1945.
- 35 Nachlass Franz Becker, Bescheinigung Schutzhaft, 1945.
- 36 Ebenda.
- 37 Nachlass Franz Becker, Tagebucheintrag.
- 38 Bescheinigung FDGB-Eintritt, 1946.
- 39 Nachlass Franz Becker, Ostausweise Franz-Willi Tesch/Willi Tesch, 1945/1946.
- 40 Nachlass Franz Becker, Zeugnis Eisengießerei Max Becher vom 02.08.1946.
- 41 Nachlass Franz Becker, Sterbeurkunde Herta Becker.
- 42 Nachlass Franz Becker, Briefverkehr mit Elsa Tesch.
- 43 Nachlass Franz Becker, Bescheinigung Arbeit bei Plattenbaufirma Pekalith, 10.09.1949.
- 44 Nordhausen und die Diskussion um die Opferzahlen, online unter <https://www.mdr.de/geschichte/nst-zeit/zweiter-weltkrieg/1945/nordhausen-bomben-angriff-diskussion-opferzahlen-100.html> [Stand vom 15.08.2023].
- 45 Als die Stadt in Schutt und Asche lag, in: Thüringer Tageblatt, Nr. 16, 19.01.1979, Seite 5.
- 46 Ebenda.
- 47 Labrenz-Weiß, Hanna: Die KD Nordhausen. Arbeitsstruktur und Wirkung der Kreisdienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit im Grenzkreis Nordhausen, Berlin 2018, S. 50.
- 48 Ebenda.

- 49 <https://www.nordhausen-im-ns.de/boelcke-kaserne.html> [Stand 16.08.2023].
- 50 <https://www.bpb.de/themen/deutsche-teilung/der-aufstand-des-17-juni-1953/>
[Stand vom 15.08.2023].
- 51 Ebenda.
- 52 Labrenz-Weiß, Hanna: Die KD Nordhausen (wie Anm. 48), S. 50f.
- 53 Ebenda, S. 51.
- 54 Ebenda, S. 52.
- 55 Ebenda, S. 52f. Der Deutsche Evangelische Kirchentag war ein Treffen von christlich gläubigen Menschen aus DDR und Bundesrepublik. Dort wurden verschiedene politische Themen besprochen und diskutiert, weshalb die Stasi interessiert daran war.
- 56 Nachlass Franz Becker, Urkunden und Auszeichnungen von 1950 – 1970.
- 57 Labrenz-Weiß, Hanna: Die KD Nordhausen (wie Anm. 48), S. 55.
- 58 Ebenda.
- 59 Als die Stadt (wie Anm. 45), Thüringer Tageblatt, Nr. 16, 19.01.1979, Seite 5.
- 60 Nachlass Franz Becker, Notiz, um 1959.
- 61 Nachlass Franz Becker, Sterbeurkunde Franz-Willi Tesch, 1980.





Gruppenfoto der Teilnehmenden mit Niklas Poppe und Dr. Daniel Bohse vor der Gedenkstätte

„Die Auswirkungen politischer Haft in der SBZ/Sowjetunion auf die nachfolgenden Generationen der Angehörigen“ – Tagung der Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion am 20./21.4.2024 in Halle (Saale) in Kooperation mit der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)

Edda Ahrberg

In der Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion versammeln sich Frauen und Männer, die in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und späteren DDR bis Mitte der 1950er Jahre als Zivilisten aus politischen Gründen von sowjetischen Militärtribunalen (SMT) zu hohen Strafen verurteilt wurden und ihre Haft in der Sowjetunion verbüßen mussten sowie nahe Angehörige, wie Lebenspartner, Kinder und Enkelkinder, und Vertreter von mit der Aufarbeitung dieses Themas befassten Ein-

richtungen. Der gemeinnützige Verein bemüht sich, Kenntnisse über die Haftgründe und Haftsituationen an die Öffentlichkeit zu vermitteln. Daneben versteht er sich als „Selbsthilfegruppe“, deren Angehörige sich nach den schlimmen Hafterfahrungen gegenseitig stützen.

Die Erfahrungsgeneration ehemaliger Häftlinge, welche Ende der 1940er/Anfang der 1950er Jahre verurteilt wurden, befindet sich heute in einem hohen Alter. Aus diesem Grund fand die letzte physische Jahrestagung der Lagergemeinschaft 2019 in Königswinter statt. Nach der Einschränkung durch Covid-19 gelang es 2023 erstmals, Vertreter der zweiten und dritten Generation in den Räumen der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Berlin zusammenzubringen. Ein Ergebnis dieses sehr berührenden Nachmittags war der Wunsch nach einem verstärkten Austausch untereinander. Auch wenn die Hafterfahrung der Eltern- generation sie eint, gehen sie doch ganz unterschiedlich damit um. Ein weiteres Resultat dieser Tagung war, dass sich die Teilnehmenden zukünftig auch intensiver als bisher in die Arbeit der Lagergemeinschaft einbringen wollten. Gleichzeitig wurde deutlich, dass ihnen die Informationsmöglichkeiten in der Gedenk- und Bildungsarbeit über das Wirken der Sowjetischen Militärtribunale in Ostdeutschland und seine Folgen häufig kaum bekannt waren. Ein Grund hierfür liegt darin, dass viele ehemalige Häftlinge nach der Haftentlassung aus Angst vor erneuter Inhaftierung nicht in der DDR blieben, sondern in die Bundesrepublik gingen und so ihre Kinder/Enkel natürlich dort sozialisiert wurden. Gedenkstätten und Gedenkorte für diese Thematik sind aber in den „alten Ländern“ im Unterschied zu den „neuen Bundesländern“ mit den historischen Repressionsorten nur eingeschränkt vorhanden. Diesem Wissensdefizit sollte durch die Einbindung einer Gedenkstätte in das nächste Treffen begegnet werden. Die Wahl fiel auf die Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) in Sachsen-Anhalt. Dort waren einige der Väter und Brüder inhaftiert und/oder verurteilt worden. Zwischen der Lagergemeinschaft und dem Haftort „Roter Ochse“ besteht außerdem seit 1990 eine enge Verbindung. Die Lagergemeinschaft ist von Beginn an auch Mitglied im Beirat für die Gedenk- und Erinnerungsarbeit für die Zeit der sowjetischen Besatzung und der SED-Diktatur (1945–1989) in der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt.

Da sich die Mehrheit der potentiellen Teilnehmerinnen und Teilnehmer noch im Berufsleben befindet, wurde die Veranstaltung auf ein Wochenende gelegt. Das führte je-





Jakob Wunder in seinem Atelier in Workuta.

doch dazu, dass die eigentlich geplante Führung in der JVA Halle selbst nicht durchgeführt werden konnte. Die Anstalt konnte dieses aus personellen Gründen (zu geringe Besetzung) leider nicht absichern.

An der Veranstaltung in Halle nahmen 25 Personen teil, die Angehörige von aus politischen Gründen von SMT Verurteilten waren, darunter auch eines in Moskau Erschossenen. Zu ihnen gehörten Dr. Heike Hennig als Tochter und Daniel Wunder als Enkel. Dr. Horst Hennig (1926 – 2020) war 1950 als Medizinstudent und Mitglied einer oppositionellen Studentengruppe in Halle (Saale) verhaftet und zu 25 Jahren Strafarbeitslager verurteilt worden. Als Deutscher kam er 1955 aus Workuta am Polarkreis nach Deutschland zurück. Nach dem Ende der DDR und der Auflösung der Sowjetunion kümmerte er sich engagiert um Gedenkmöglichkeiten in Halle und um die Rehabilitierung der SMT-Verurteilten durch und in Russland.¹

Der Großvater Daniel Wunders, Jakob Wunder (1919 – 1966), studierte als Wolgadeutscher in Moskau Kunst und arbeitete später am Theater in Mikolajiw (Ukraine). Nach der Zwangsumsiedlung während des Zweiten Weltkrieges nach Kasachstan wurde



Dr. Horst Hennig (1. v.l.) mit Haftkameraden und dem russischen Militärstaatsanwalt Leonid P. Kopalin (3. v.l.)
in der Justizvollzugsanstalt Halle, 1995





Führung der Tagungsteilnehmer durch die Dauerausstellung

er dort 1943 genau wie Horst Hennig später nach den §§ 58–10 und 58–11 (anti-sowjetische Propaganda und Gruppenbildung zur Vorbereitung eines Verbrechens) des Russischen Strafgesetzbuches zu zehn Jahren Strafarbeitslager verurteilt, die er in Workuta verbüßen musste. Dort arbeitete er u. a. als Ziegeleiarbeiter, Maler, Fotograf und Bühnengestalter. Nach Strafende durfte er als Sowjetbürger die als „geschlossene Stadt“ klassifizierte Region nicht verlassen. 1966 kam Jakob Wunder dort bei einem Unfall auf dem Fluss Kozschim ums Leben.²

Nach der Vorstellung der Gedenkstätte ROTER OCHSE und des Haftorts informierten am ersten Tag Niklas Poppe (Pädagogischer Mitarbeiter der Gedenkstätte ROTER OCHSE) und Dr. Daniel Bohse (Leiter der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg) zunächst über den Teil der Dauerausstellung, welcher über die Tätigkeit der sowjetischen Militärtribunale zwischen 1945 und 1952 informiert. Hierbei wurde das Außengelände mit einbezogen, womit ein Blick auf die gewaltigen Haftgebäude und das Torhaus, wo nach Berichten ehemaliger Häftlinge die SMT-Urteile gefällt wurden, möglich war. Der Führung schloss sich eine Gedenkveranstaltung der Gruppe im Ehrenhof



Gedenkveranstaltung im Innenhof, 1. v.l. Stefan Krikowski

der Gedenkstätte an, während dieser ein Gebinde niedergelegt und an verstorbene ehemalige SMT-Häftlinge erinnert wurde.

Im Anschluss an die Kaffeepause stellte Dr. Bohse Inhalte der Wanderausstellung „Politische Strafjustiz in der Sowjetischen Besatzungszone und frühen DDR. Sachsen-Anhalt“ vor, die sich mit der Repression durch die sowjetische Besatzungsmacht beschäftigen. Unter den in der Ausstellung dargestellten biografischen Fallbeispielen befanden sich auch Schicksale, die die Familien Anwesender betrafen. Er ermutigte ausdrücklich dazu, die Ausstellung auch in die „alten Bundesländer“ auszuleihen.

Die sich anschließende Vorstellung der Gedenkstättenarbeit mit Schülern und anderen Besuchergruppen traf auf großes Interesse. Die Teilnehmenden regten an, nach Formen zu suchen, die auch in Bundesländern ohne historische Haftorte Anwendung finden können.

In den knapp bemessenen Pausen bestand für die Teilnehmer nur wenig Möglichkeit, miteinander ins Gespräch zu kommen. Aus diesem Grund war das Beisammensein als



Fortsetzung der Tagung am Abend im Hotel in einem geschützten Raum besonders wichtig. Hier stellte sich auch Dr. Bohse noch einmal den Nachfragen Einzelner in bilateralen Gesprächen.

Am zweiten Tag referierte die Diplom-Psychologin Dr. Maya Böhm über psychische Belastungen bei ehemals politisch Inhaftierten und darüber, wie sich die traumatischen Erfahrungen auf die nachfolgenden Generationen auswirken können. Auch an diesen Vortrag schloss sich eine angeregte Diskussion an.

Als Fazit wurde am Ende der Veranstaltung von den Teilnehmenden festgestellt: Diese Art der Veranstaltung in einem geschützten Rahmen ist geeignet, schwierige Themen zu besprechen und sollte fortgesetzt werden. Die Angehörigen der zweiten und dritten Generation suchen nach Möglichkeiten, die Information über die Folgen von SMT-Urteilen auch in die Alten Bundesländer zu tragen. Einige von ihnen sind bereit, als Zeitzeugen von dem Schicksal ihrer Eltern und ihrem eigenen zu berichten. Eine kleine Gruppe wird sich mit der Zusammenstellung von Informationsmaterial über die Folgen der Inhaftierung aus der Perspektive der zweiten und dritten Generation beschäftigen.

Die organisatorische Vorbereitung und Begleitung der Veranstaltung erfolgte seitens der Lagergemeinschaft ehrenamtlich. Niklas Poppe und Dr. Daniel Bohse unterstützten engagiert und empathisch die Tagung, sodass diese in einer angenehmen Atmosphäre stattfinden konnte und sich die Teilnehmenden trotz der nicht einfachen Problematik sehr wohlfühlen konnten. Finanziell wurde das Vorhaben dankenswerter Weise von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur unterstützt

Anmerkungen

- 1 Vgl. https://www.workuta.de/Horst_Hennig/index.html.
- 2 Vgl. https://www.workuta.de/Jakob_Wunder/index.html, <https://jacobwunder.supernova.gallery/pages/biografie.html>.



Judith Gebauer, 2024.

Neue Leiterin der Gedenkstätte Bernburg: Judith Gebauer folgt auf Ute Hoffmann

Kai Langer

Leitungswechsel in der Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie Bernburg“: Am 1. Mai 2024 trat Judith Gebauer die Nachfolge der zuvor in den Ruhestand getretenen langjährigen Leiterin Dr. Ute Hoffmann an. Zuvor hatte der Stiftungsrat Frau Gebauer einstimmig in das neue Amt gewählt.

Judith Gebauer, geboren 1984 in Halle (Saale), absolvierte an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ihr Studium der Ethnologie, der Medien- und Kommunikationswissenschaften sowie der Zeitgeschichte. Ihre akademische Ausbildung schloss sie mit einer Magisterarbeit zum Thema „Von der Erweckung steinerner Zeugen: Eine Analyse von Führungen in Gedenkstätten als Ritual des kollektiven Gedächtnisses im



Zusammenspiel mit Erinnerungsorten am Beispiel der Gedenkstätte für Opfer der NS- ‚Euthanasie‘ Bernburg“ ab.

Bereits vor ihrem Studium war sie eng mit der Gedenkstätte verbunden und engagierte sich hier im Rahmen eines Freiwilligen Sozialen Jahres, später auch als freie Mitarbeiterin im Bereich der Besucherbetreuung. Ab Oktober 2015 war Frau Gebauer als Gedenkstättenpädagogin tätig. Zugleich fungierte sie in dieser Position auch als Stellvertreterin der Gedenkstättenleiterin. Besonderes Augenmerk legte sie dabei auf die Entwicklung und Umsetzung von pädagogischen Angeboten. Kontinuierlich überarbeitete sie vorhandene Materialien und entwickelte neue, zeitgemäße Bildungsformate. So entstand über die Jahre ein breites Angebot, das auf verschiedenste Zielgruppen zugeschnitten wurde. Neben der Erprobung und Umsetzung nahm sie gleichfalls auch die Pflege der Kontakte zu schulischen und außerschulischen Bildungsträgern und deren Beratung in den Fokus. Aufgrund des stetig wachsenden Interesses am historischen Ort und der pädagogischen Angebote bildete sowohl die Anwerbung, Auswahl und Qualifizierung als auch die Betreuung von freien Mitarbeitenden einen wichtigen Bestandteil ihres Verantwortungsbereiches.

Erfahrungen mit Ausstellungsprojekten konnte Frau Gebauer bei der Erstellung der aktuellen Dauerausstellung „Die Vernichtung der ‚Unbrauchbaren‘- NS-Gesundheits- und Rassenpolitik am Beispiel der ‚Euthanasie‘-Anstalt Bernburg“ sammeln, bei der sie Dr. Ute Hoffmann unterstützen durfte. In Zusammenarbeit mit anderen Kolleginnen und Kollegen aus der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt konzipierte sie Ausstellungselemente über die Tötungsanstalt und die Gedenkstätte Bernburg mit den dazugehörigen biografischen Informationen und historischen Quellen für das Wanderausstellungsprojekt „Als Jüd:innen markiert und verfolgt. Jüdische Identitäten und NS-Tatorte in Sachsen-Anhalt“.

Über die letzten Jahre arbeitete sie im Rahmen von innovativen Projekten mit lokalen und internationalen Partnerinnen und Partnern zusammen. Eine spannende Kooperation ergab sich mit der Kunststiftung Sachsen-Anhalt und der Schmuckgestalterin Mareen Alburg Duncker aus Halle. Im Austausch mit der Künstlerin entstand eine einzigartige Ausstellung, für die Gedenkschmuck, inspiriert von Biografien von Opfern der Tötungsanstalt Bernburg, gestaltet wurde. Aktuell entwickelt sie in Zusammenarbeit mit der Universität Odense und dem EU geförderten Projekt Memorise neue Wege, die Gedenkstätte digital einem breiten Publikum zugänglich zu machen.

In ihrer bisherigen Tätigkeit für die Gedenkstätte hat Frau Gebauer nicht nur einschlägige Erfahrungen sammeln können, sondern auch eine starke Verbindung zu dem Ort entwickelt. Darauf aufbauend hat sie erklärt, die Gedenkstätte als „Möglichkeitsraum“ weiterzuentwickeln und regionale und überregionale Partnerschaften aufbauen zu wollen. Ihre Kolleginnen und Kollegen in der Stiftung freuen sich auf die Fortsetzung der bestehenden guten Zusammenarbeit und wünschen Judith Gebauer weiterhin gutes Gelingen. Zugleich wünschen wir Dr. Ute Hoffmann nach 35 Dienstjahren alles Gute für den wohl verdienten Ruhestand. Ihre Aufbauleistung und ihr unermüdlicher Einsatz für die Gedenkstätte werden hier unvergessen bleiben.





Stefan Winzer, 2024.

Neuer Leiter der Gedenkstätte Gardelegen: Stefan Winzer tritt die Nachfolge von Andreas Froese an

Kai Langer

Die Gedenkstätte Feldscheune Isenschribbe Gardelegen hat einen neuen Leiter. Am 13. Mai 2024 trat der 47jährige Politikwissenschaftler Stefan Winzer aus Weimar die Nachfolge von Andreas Froese an. Letzterer war zu Jahresbeginn ins thüringische Nordhausen gewechselt, um Leiter der dortigen KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora zu werden. Daraufhin hatte der Stiftungsrat der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt Winzer einstimmig in sein neues Amt gewählt.

Stefan Winzer, geboren 1977 in Erfurt, absolvierte sein Studium der Kommunikationswissenschaften, Germanistik, Geschichte und Politisch-Historischen Studien an den

Universitäten Jena, Erfurt und Bonn. An der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität schloss er seine akademische Ausbildung mit einer Masterarbeit zum Thema „Gemeinschaft in der Volksgemeinschaft – Die Allgemeine SS in Thüringen in den 1930er Jahren“ ab.

Anfang 2015 begann Herr Winzer freiberuflich für die Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora zu arbeiten. In dieser Position arbeitete er mit nationalen und internationalen Besuchergruppen aller Altersstufen zusammen, moderierte Zeitzeugengespräche und wirkte an der Umsetzung von Jahrestagen zur Erinnerung an die Befreiung des Konzentrationslagers mit. Thematisch setzte er sich dabei hauptsächlich mit der Zeit Buchenwalds als nationalsozialistisches Konzentrationslager von 1937 bis 1945 auseinander. Zusätzlich übernahm er Bildungs- und Vermittlungsaufträge, die sich mit der Geschichte des sowjetischen Speziallagers Buchenwald zwischen 1945 und 1950 sowie mit der Geschichte Buchenwalds als Nationale Mahn- und Gedenkstätte der DDR ab 1958 und der damit verbundenen staatlichen Geschichts- und Wertepolitik beschäftigten.

Ab 2016 nahm er parallel dazu eine Tätigkeit als Dozent, Tagungsleiter und Moderator bei der Jakob-Kaiser-Stiftung Königswinter an. Ab 2020 entwickelte er dort auch digitale Bildungs- und Onlineangebote zusätzlich zu seiner Arbeit im Bereich der politisch-historischen Bildung.

Von 2021 bis 2023 war Winzer als Projektkoordinator und wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Projekt „Verstehen, Vernetzen, Verwurzeln – Die post-sozialistische Erinnerunglandschaft in Südthüringen“ tätig. Das Projekt wurde im Rahmen des Programms „Jugend erinnert“ (Förderrichtlinie SED-Unrecht) der Bundesstiftung Aufarbeitung in Zusammenarbeit mit dem Heimatbund Thüringen e.V. und dem Thüringer Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (ThLA) umgesetzt.

Seit seiner Jugend engagiert sich Stefan Winzer ehrenamtlich. Er ist u.a. Mitglied im Volksbund für Kriegsgräberfürsorge e.V., im Verein Weimarer Republik e.V., im Verband der Historiker und Historikerinnen (VHD) Deutschlands e.V. und im Verein zur Förderung an die Erinnerung an das Konzentrationslager Buchenwald e.V.; seit Juli 2023 als Stellvertretender Vorstandsvorsitzender.

Neben der Auseinandersetzung mit aktuellen Fragestellungen zur Mitwisserschaft und Mittäterschaft in allen Schichten und Bereichen der deutschen Gesellschaft während des Nationalsozialismus beschäftigt er sich auch mit der Frage nach einer angemess-



senen und zeitgemäßen Erinnerungskultur und ihrer Relevanz für nachfolgende Generationen in der heutigen Zeit.

Als Stiftung wünschen wir Herrn Winzer einen erfolgreichen Start an seiner neuen Wirkungsstätte und zugleich viel Kraft für die Einarbeitung in sein neues Aufgabengebiet. Zugleich danken wir Herrn Froese für die erfolgreiche Aufbauarbeit der letzten acht Jahre. Besonders als Kurator der hiesigen Dauerausstellung hat er sich hier einen Namen gemacht und neue Maßstäbe gesetzt. Für die Bewältigung der Herausforderungen an seiner neuen Wirkungsstätte wünschen wir ihm alles Gute.

Anhang

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Edda Ahrberg ist ehemalige Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in Sachsen-Anhalt und ehrenamtlich für die Lagergemeinschaft Workutas/Gulag Sowjetunion aktiv. | **Wolfgang Bischoff** ist stellvertretender Landesvorsitzender der Vereinigung der Opfer des Stalinismus in Sachsen-Anhalt. | **Dr. Daniel Bohse** ist Leiter der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg. | **Cornelia Habisch** ist stellvertretende Direktorin der Landeszentrale für Politische Bildung Sachsen-Anhalt. | **Lilli Hietschold** hat ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ Kultur) in der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) absolviert. | **Dr. Jan Matthias Hoffrogge** ist Referent für historische Bildungsarbeit im Stadtarchiv Münster. | **Dr. Kai Langer** ist Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt. | **Dr. Felix Ludwig** ist pädagogischer Mitarbeiter und amtierender Leiter der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn. | **Niklas Poppe** ist pädagogischer Mitarbeiter der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale). | **Ulrike Poppe** ist ehemalige Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im Land Brandenburg. | **Dr. Wolfgang Schneiß** ist bei der Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt Ansprechpartner für Jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt und gegen Antisemitismus. | **Mandy Schumacher** ist Bürgermeisterin der Hansestadt Gardelegen. | **Dr. Josef Schuster** ist Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland. | **Dr. Frank Stucke** ist pädagogischer Mitarbeiter der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg. | **Prof. Dr. Benjamin Ziemann** ist Lehrstuhlinhaber für Neuere deutsche Geschichte an der University of Sheffield.

Fotonachweis

Titelbild: Außenansicht der Kurt-Weill-Synagoge in Dessau am Tag der Abschlussveranstaltung der 2. Jüdischen Kulturtage Sachsen-Anhalt am 7. Dezember 2023. Foto Kai Langer

S. 51: Bayerisches Hauptstaatsarchiv | S. 50: Bundesarchiv, Foto W. Blankenbach | S. 66: crayon.com | S. 163: Judith Gebauer | S. 52 / 53 / 54 / 55 / 56: Jan Matthias Hoffrogge | S. 156 / 160 / 161: Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion | S. 7 / 8 / 9 / 18 / 26 / 33 / 43 / 98: Kai Langer | S. 6: Matthias Ohms | S. 146 / 147 / 150: Privatbesitz | S. 76 / 81: Privatbesitz Wolfgang Bischoff | S. 110 / 111 / 159: Sammlung Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) | S. 158: Sammlung Daniel und Tatjana Wunder | S. 90: Roland Schneidereit | S. 86: Stasi-Unterlagen-Archiv | S. 21: Synagogengemeinde Magdeburg | S. 166: Stefan Winzer

Impressum

Herausgeberin: Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt | Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg
Tel. 0391 244 55-930 | Fax -998 | Mail: info-geschaeftsstelle@erinnern.org

Redaktion: Dr. Daniel Bohse, Dr. Kai Langer (v.i.S.d.P.)

Gestaltung | Druck: laut wie leise, Halle | Halberstädter Druckhaus GmbH

ISSN-Nr.: 2194-2307

Spendenkonto: IBAN: DE74 8100 0000 0081 0015 16 | BIC: MARKDEF1810

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar. Für die inhaltlichen Aussagen sowie für die Veröffentlichungsrechte der verwendeten Fotos tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt wird gefördert durch das Land Sachsen-Anhalt.



SACHSEN-ANHALT

#moderndenken

Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin

Prettiner Landstraße 4 | 06925 Annaburg, OT Prettin | Tel.: (035386) 60 99 75 | Fax (035386) 60 99 77
mail: info-lichtenburg@erinnern.org | Öffnungszeiten: Dienstag bis Donnerstag 09:00 bis 15:30 Uhr
Freitag 09:00 bis 13:00 Uhr | jeder letzte Sonntag im Monat 13:00 bis 17:00 Uhr
An den gesetzlichen Feiertagen ist die Gedenkstätte geschlossen.

Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg

c/o Fachklinikum Bernburg | Olga-Benario-Str. 16/18 | 06406 Bernburg
Tel.: (03471) 3198 16 | Fax (03471) 64 09 691 | mail: info-bernborg@erinnern.org
Öffnungszeiten: Dienstag bis Freitag 09:00 bis 16:00 Uhr | jeder erste Sonntag im Monat 10:00 bis 16:00 Uhr
sowie nach Vereinbarung | An den gesetzlichen Feiertagen ist die Gedenkstätte geschlossen.

Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge

Vor den Zwiebergen 1 | 38895 Langenstein | Tel.: (03941) 56 73 26 | Tel./Fax (03941) 30 248
Mail: info-langenstein@erinnern.org | Öffnungszeiten (Dauerausstellung): Dienstag bis
Freitag 09:00 bis 15:30 Uhr | Stollenabschnitt: April bis Oktober jedes letzte Wochenende im Monat
14:00 bis 17:00 Uhr und für angemeldete Gruppen nach Vereinbarung. Das Freigelände ist tagsüber zugänglich.

Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen

An der Gedenkstätte 1 | 39638 Hansestadt Gardelegen | Tel.: (03907) 77 590 812 | Fax (03907) 77 590 820
Mail: info-isenschnibbe@erinnern.org | Öffnungszeiten: Dienstag bis Donnerstag: 09:00 bis 15:30 Uhr |
Freitag 09:00 bis 13:00 Uhr jeder letzte Sonntag im Monat 13:00 bis 17:00 Uhr | Das Freigelände ist
tagsüber zugänglich. | Führungen sind nach vorheriger Anmeldung möglich.

Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)

Am Kirchtor 20b | 06108 Halle | Tel.: (0345) 470 698 337 | Fax (0345) 470 698 339
mail: info-roterochse@erinnern.org | Öffnungszeiten: Montag und Freitag 10:00 bis 14:00 Uhr
Dienstag bis Donnerstag 10:00 bis 16:00 Uhr | jedes erste Wochenende im Monat (Samstag und Sonntag)
13:00 bis 17:00 Uhr | An den gesetzlichen Feiertagen, außer dem 3. Oktober, ist die Gedenkstätte
geschlossen.

Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg

Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg | Tel.: (0391) 24 45 590 | Fax (0391) 24 45 599 9
mail: info-moritzplatz@erinnern.org | Öffnungszeiten: Montag bis Donnerstag 09:00 bis 16:00 Uhr |
Freitag 09:00 bis 14:00 Uhr | jeder erste Sonntag im Monat 10:00 bis 16:00 Uhr sowie nach Verein-
barung | An den gesetzlichen Feiertagen, außer dem 3. Oktober, ist die Gedenkstätte geschlossen.

Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

An der Bundesautobahn 2 | 39365 Marienborn | Tel.: (039406) 92 090 | Fax (039406) 92 099
mail: info-marienborn@erinnern.org | Öffnungszeiten: täglich 10:00 bis 17:00 Uhr | Öffnungszeiten
Grenzdenkmal Hötensleben: Das Freigelände ist jederzeit
zugänglich. Führungen sind nach Vereinbarung möglich.

Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt

Geschäftsstelle | Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg
Tel.: (0391) 244 55 930 | Fax (0391) 244 55 998
mail: info-geschaefsstelle@erinnern.org
web: www.erinnern.org

